

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Deutschland und die Bundeswehr

Christian Stache - „Aktiv. Attraktiv. Anders.“ - Die aktuelle Reklame- und Rekrutierungskampagne der Bundeswehr - **1**

Michael Haid - Initialzündung für Rüstungsinvestitionen? - Expertenbericht zu Großprojekten der Bundeswehr vorgestellt - **6**

Jürgen Wagner - Gabriels Strategie zur Stärkung der Rüstungsindustrie - **8**

Martin Kirsch - Die „Psychologische Verteidigung“ der Bundeswehr bis 1990 - **10**

Jonathan Gerlinger - Die Kirche und das Militär - **20**

Peter Clausing - Deutsche Komplizenschaft. Das geplante Polizeiabkommen mit Mexiko - **22**

Thomas Mickan - Rüstungsatlas Thüringen gestartet - **24**

Kampf um Osteuropa

Mirko Petersen - Die Oligarchie und die geopolitische Orientierung der Ukraine - **25**

David X. Noack - Die Republik Moldau. Zerrissenes Land zwischen Europäischer und Eurasischer Union - **29**

Bericht vom IMI Kongress - **36**



Editorial:

Auch zu Beginn der angeblich so friedlichen Winter- und Adventszeit kann in den Krisengebieten dieser Welt und bei der fortschreitenden Militarisierung nicht von Besserung gesprochen werden. Dies motiviert uns auch im kommenden Jahr die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben fortzusetzen. Ein Dank an dieser Stelle an alle Mitglieder, Unterstützer_innen und Autor_innen, die dies auch 2014 ermöglichten! Wir freuen uns dennoch über weitere Spenden, dass wir auch im kommenden Jahr unsere Arbeit fortführen können.

Ein IMI-Höhepunkt des letzten Jahres war wieder der IMI-Kongress zur neuen deutschen Großmachtspolitik. In dieser AUSDRUCK-Ausgabe befindet sich der Kongressbericht. Viele Vorträge sind auf der IMI-Homepage als Audiomitschnitte verlinkt und sollen auch in verschrift-

licher Form allen Interessierten zeitnah zugänglich gemacht werden.

Den Beginn dieser Ausgabe macht das Thema Attraktivitätsoffensive mit einem Beitrag von Christian Stache. Ursula von der Leyen hat für den „Konzern“ Bundeswehr weitreichende Änderungen angekündigt, was Versorgung und Ausstattung der Soldat_innen auch mit Blick auf die Gesellschaft angeht. So soll bereits Ende 2014 der erste Bundeswehrpreis verliehen werden und ein Attraktivitätsgesetz verabschiedet werden und voraussichtlich am 13. Juni 2015 der erste Tag der Bundeswehr stattfinden.

Michael Haid blickt in einem weiteren Beitrag auf den Expertenbericht zu den Großprojekten der Bundeswehr, bei dem von 1.200 Seiten nur 52 Seiten öffentlich zugänglich sind. Jürgen Wagner kommentiert Sigmar Gabriels Rüstungsstrategie,

die vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie verbessern soll. Peter Clausing kritisiert das geplante Polizeiabkommen mit Mexiko und Jonathan Gerlinger schreibt über die Kirchen und das Militär. Auch die Ukraine (Beitrag Mirko Petersen) und die Republik Moldau (Beitrag David X. Noack) in ihren geopolitischen Untiefen werden in diesem AUSDRUCK besprochen. Thomas Mickan berichtet über den Rüstungsatlas Thüringen. Außerdem untersucht Martin Kirsch in einem historischen Rückblick die Einheiten zur „Psychologischen Kriegsführung“, die im Kalten Krieg gegen die DDR sowie Oppositionelle und die Bevölkerung in der damaligen BRD eingesetzt wurden.

Wir wünschen allen eine gute Weihnachtszeit und ein widerständiges Jahr 2015.
Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Gedenkstätte „Wald der Erinnerung“. Foto: Bundeswehr/Hannemann über Flickr 2014.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jürgen Wagner, Michael Haid sind IMI-Vorstandsmitglieder. Christian Stache, Mirko Petersen, Peter Clausing und Thomas Mickan sind IMI-Beiräte. Martin Kirsch war Praktikant bei der IMI. David X. Noack ist Politikwissenschaftler und Co-Autor des Buches „Slowakei: Der mühsame Weg nach Westen“. Jonathan Gerlinger ist Theologe in Tübingen.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen:

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Förderverein:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



„Aktiv. Attraktiv. Anders.“

Die aktuelle Reklame- und Rekrutierungskampagne der Bundeswehr

von Christian Stache

Im Juni 2014 stellte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Reklame- und Rekrutierungskampagne „Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“ der Öffentlichkeit vor. In den Folgemonaten unterfütterte das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) sie mit zwei Maßnahmenpaketen, von denen das eine (der „8-Punkte-Plan“) ohne Beschluss des Bundestags verabschiedet worden ist, während das andere (das „Artikelgesetz“¹) derzeit das Gesetzgebungsverfahren durchläuft. Die Attraktivitätssteigerung des Diensts an der Waffe ergänzt die Auf- und Umrüstung des deutschen Militärs. Das Ziel der Kampagne ist die Gewinnung neuer und die Bindung bereits aktiver Soldatinnen und Soldaten sowie die Vertiefung der politisch-ideologischen Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft, um dadurch die Kriegsfähigkeit der Bundesrepublik zu steigern und die militärische Renaissance des deutschen Imperialismus abzusichern.

Anfang 2014 gab Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen der *Bild am Sonntag* ein ausführliches Interview, in dem sie unter anderem ihre Vorhaben für die Bundeswehrreform im Kalenderjahr 2014 skizzierte. Dem Leitmedium des Springer-Verlags sagte sie, dass die Bundeswehr im „Wettbewerb um die besten Köpfe mit den vielen zivilen Arbeitgebern bestehen“ können müsse. Ihr Ziel sei es daher, „die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland zu machen“. Denn, so die Ministerin einige Monate später nach der Bekanntgabe der sogenannten Attraktivitätsoffensive des Bundesverteidigungsministeriums, die Frage der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber sei für die Einsatzfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Und um diese zu steigern, wolle sie „nur die Besten“ für das deutsche Militär.

Das Personalproblem

Trotz des sukzessiven Anstiegs der Ausgaben für PR- und Rekrutierungsmaßnahmen auf jährlich knapp 30 Millionen Euro² und zahlreiche Initiativen zur Attraktivitätssteigerung des Diensts an der Waffe³ strömen die jungen Arbeitskräfte nicht gerade in Massen in die Kasernen. Der Presse- und Informationsstab des BMVg beteuert zwar, dass „die Lage der militärischen Personalgewinnung sowohl rückblickend für das Jahr 2013 als auch vorausschauend für 2014 als gut und stabil bezeichnet werden“⁴ könne. Doch auch die PR-Abteilung des Ministeriums kann nicht gänzlich kaschieren, dass Personal fehlt. Ihr zufolge verpflichteten sich 2013 nur 87 Prozent der benötigten Soldaten auf Zeit. Bei den Mannschafts- und Unteroffizierslaufbahnen unterschritt die Armee sogar die erforderliche Zahl um 15 Prozentpunkte. Ganz zu schweigen von den sogenannten Spezialisten, „insbesondere in den Bereichen IT/Elektronik und Sanitätsdienst. Hier ist es schwer, geeigneten Nachwuchs zu finden“, räumen die Kommunikationsexperten der Hardthöhe ein. Von den seit dem 1. Juli 2011 eingestellten 28.830 Freiwilligen Wehrdienstleistenden hat nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums etwa ein Viertel den Dienst innerhalb der ersten sechs Monate quittiert. Der [Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags](#),

Hellmut Königshaus (FDP), sprach in seinem Jahresbericht⁵ noch drastischer von „erheblichem Personalmangel vor allem beim Heer und der Marine“. Laut Königshaus müsse heute die Basis dafür geschaffen werden, dass die Bundeswehr „auch in Zukunft genügend und ausreichend quali-

fizierten Nachwuchs gewinnen kann.“ Dies sei „eine Überlebensfrage für die Streitkräfte.“ In der Bundespressekonferenz am 29. Oktober gestand auch die Bundesverteidigungsministerin ein, dass nicht nur Personal für die „Spitzenberufe“ bei der Bundeswehr fehle, „die eines Studiums bedürfen.“ Es mangelt dem deutschen Militär auch an „Fachkräften“ im „mittleren Dienst bei den wehrtechnischen Berufen“, z.B. an Flugzeugmechanikern. Sogar manche „Schlüsselpositionen“ könnten schon jetzt nicht besetzt werden.

Der 8-Punkte-Plan

Von der Leyen weiß um die Achillesverse der Bundeswehr, auch wenn sie solch deutliche Formulierungen wie die ihres Kollegen Königshaus vermeidet. Eines der größten Risiken für die Einsatzfähigkeit der Truppe sei die Gefahr, dass ihr die qualifizierten Menschen ausgingen, sagte die Ministerin bei der Bundespressekonferenz Mitte des Jahres. Damit dies nicht passiert und die Bundeswehr stattdessen weitere Operationen weltweit durchführen kann, wie von der Leyen, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Bundespräsident Joachim Gauck im ersten Halbjahr 2014 es unisono gefordert haben,⁶ hat das BMVg nach langer Vorarbeit einen Maßnahmenkatalog zur Attraktivitätssteigerung der Arbeit bei der Bundeswehr vorgelegt.

Von der Leyen stellte die Kampagne ihres Hauses mit dem Titel „Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“ Anfang Juni 2014 der Öffentlichkeit vor. Im Wesentlichen handelt es sich um einen 8-Punkte-Plan, unterfüttert von 29 „untergesetzlichen“ Maßnahmen, d.h. Reformen, die nicht per Gesetz geregelt werden müssen, mit denen die angestrebten Veränderungen erreicht und junge Menschen zum Dienst in den Streitkräften und bereits „dienende“ Soldatinnen und Soldaten für eine längerfristige Tätigkeit beim Militär motiviert werden sollen.

Bei den acht Kernvorhaben handelt es sich um folgende Punkte: die Einführung eines neuen Führungsmanagements (1) und neuer Rekrutierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten (2), die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (3), flexiblere Arbeitsverhältnisse (4) bei gesteigerter Planbarkeit und besseren Aufstiegsbedingungen (5), die Entwicklung eines Gesundheitsmanagements (6), die moderne Einrichtung der Kasernen (7) sowie die vertiefte Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft (8).⁷

Betrachten wir die einzelnen Punkte der Reihe nach. Die Führungsebene der Bundeswehr ist offensichtlich zu dem Ergebnis gelangt, es bestünden erhebliche Defizite in der „Art und Weise, wie respektvoll und wertschätzend Vorgesetzte und Untergebene tagtäglich miteinander umgehen.“ Außerdem geht bei den Militärs wohl immer noch die Pflicht des Korps über die Belange des Individuums. Daher soll das neue Führungsmanagement „Gute Führung“ die militärischen Führungskader sensibilisieren. Über Lehrgänge, Schulungen und eine Kanonisierung dessen, was man sich unter „guter Führung“ vorzustellen hat, soll das Leitungspersonal der Bundeswehr soziale Techniken – sogenannte soft skills – erlernen, um die Untergebenen effektiver zu führen, ohne dabei auf die bestehenden Hierarchien direkt Bezug nehmen zu

müssen. Zudem sollen die Vorgesetzten die privaten Belange der ihnen unterstellten Soldatinnen und Soldaten berücksichtigen.

Ein zentraler Pfeiler der aktuellen Bundeswehrreform und der Kampagne zur Attraktivitätssteigerung ist die Entwicklung neuer Methoden zur Nachwuchsgewinnung und internen Weiterbildung. Diese bilden gemeinsam mit der gesteigerten Planbarkeit und den besseren Aufstiegsbedingungen das Herzstück der Reform-Agenda. Die Bundeswehr will z.B. durch einen „24-Stunden-Service für Jobangebote und Kontaktaufnahme“ in Form des „E-Recruiting“, die „Einrichtung eines Call-Centers für zivile Laufbahnen“ und eines Talentpools, über den grundsätzlich geeignete, aber zunächst nicht ausgewählte Bewerber weitere Stellenangebote erhalten. Außerdem beabsichtigte sie, durch die Erhöhung „der Azubi-Übernahmequote aus Ausbildungswerkstätten von 25 auf 70%“ neue Arbeitskräfte zu gewinnen. Das BMVg beabsichtigt darüber hinaus, den Soldatinnen und Soldaten eine Weiterbildungsgarantie auszustellen und frühzeitige Anschlussangebote sowie Beratung zu weiteren Berufsperspektiven bei der Bundeswehr zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen Versetzungen früher angekündigt, mit den Betroffenen erörtert und insgesamt die Zahl der Verlegungen verringert, die Aufstiegschancen an einem Standort erhöht und eine Online-Informationenbörse über Dienstposten eingerichtet werden, so dass die Militärs sich über mögliche Anschlussjobs informieren können.

Ergänzt werden diese Vorhaben durch die Maßnahmen, mit denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und die Arbeit flexibler gestaltet werden kann. Die Bundeswehr hat schon damit begonnen, mehr Belegrechte in Kitas zu erwerben, mehr Tagespflegeangebote zu machen und auch Kitas an eigenen Standorten zu eröffnen.⁸ Es ist zudem geplant, an jedem Standort eine „zentrale Ansprechstelle für alle Probleme rund um Familie und Dienst“ zu schaffen und Soldaten im Einsatz überall kostenfreie Telefon- und Internetnutzung zu gewährleisten. Ferner will das BMVg Teilzeitarbeitsmodelle und Langzeitarbeitskonten für alle Beschäftigte einführen, damit diese Zeit für private Anliegen haben. Zusätzlich soll durch mobile IT – also Laptops, Tablets und Smartphones – „zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten“ unterstützt werden.

Die Einführung eines „betrieblichen Gesundheitsmanagements“ beginnt mit einem Pilotprojekt an zehn verschiedenen Standorten und dient der Kontrolle und Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Truppe. Es zielt auf Stress- und Suchtprävention und

umfasst voraussichtlich Gesundheitschecks und Sportangebote.

Unter modernen Unterkünften stellt sich Ministerin von der Leyen vor allem eine neue Inneneinrichtung (Möbel, Fernseher und Kühlschränke) sowie freien und ungehinderten Internetzugang in allen Kasernen vor. Diese Ausstattung soll den Wohnkomfort und den Wohlfühlfaktor für die Soldatinnen und Soldaten deutlich erhöhen.

Ein besonderes Schmankerl sind die Projekte, die man sich auf der Hardthöhe für eine vertiefte Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft ausgedacht hat. Unter anderem soll im Jahr 2015 „anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundeswehr“ bundesweit ein „Tag der Bundeswehr“ gefeiert werden, „an dem sich die Bundeswehr an zahlreichen regionalen Standorten auch als attraktiver Arbeitgeber mit Hunderten spannenden zivilen und militärischen Berufen präsentiert“. Fortan, so die Planung, ist der Tag jedes Jahr zu begehen. Außerdem wird, ganz im Geiste der zivilmilitärischen Kooperation an der „Heimatfront“, erstmalig Ende 2014 ein neuer Preis mit dem Namen „Bundeswehr und Gesellschaft“ an „Personen und Institutionen, die sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen in besonderem Maße für die Belange der Bundeswehr oder ihrer Angehörigen einsetzen“, verliehen. Auch dieser Preis wird anschließend jedes Jahr vergeben.

Zeitplan und Kosten (I)

Insgesamt werden für das Reformpaket laut der Bundesverteidigungsministerin 100 Millionen Euro über fünf Jahre veranschlagt. Die Ausgaben würden, so von der Leyen weiter, aus den laufenden Jahresetats bestritten, d.h. es fielen angeblich keine Mehrkosten an. Dies ist bereits aus den Reihen der Opposition im Bundestag in Zweifel gezogen worden. Ähnliche Versprechungen sind auch in der Vergangenheit selten eingehalten worden.

Es ist vorgesehen, dass der überwiegende Teil der Pläne in den nächsten zwei Jahren umgesetzt wird. Die Umsetzung einiger Vorhaben wird sich auch bis ins Jahr 2017 hinein ziehen, in dem auch die aktuelle Bundeswehrreform abgeschlossen sein soll.

Das Artikelgesetz

Der 8-Punkte-Plan wird durch eine weitere Initiative des BMVg ergänzt: das sogenannte Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr („Artikelgesetz“). Das Kabinett



Fahnenappelle von Reservisten sind künftig auch beim „Tag der Bundeswehr“ geplant, Foto: Bundeswehr/Wilke über Flickr.

der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hat Ende Oktober 2014 den Entwurf des Gesetzes aus den Häusern der Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und des ehemaligen Bundesverteidigungs- und gegenwärtigen Innenministers Thomas de Maizière (CDU) gebilligt. Der Bundestag hat es aber bislang noch nicht abgesegnet. Es ist geplant, dass es Ende 2014 von der Regierungsmehrheit durchgewunken wird, so dass es am 1. Januar 2015 in Kraft treten kann.

Den materiellen Kern des sogenannten Artikelgesetzes bildet ein Sammelsurium von Besoldungs- bzw. Zuschlagserhöhungen und neuen Zuschlägen und Prämien. Den Strategen der Hardthöhe ist – ähnlich wie den Personalmanagern in Konzernen – klar, dass sie aktive Soldaten durch höhere Löhne nicht nur enger an die Bundeswehr binden können, sondern dass das Einkommen auch „ein maßgebliches Entscheidungskriterium bei der Berufswahl“ ist.

Grobschlüchtig sieht das Bundesverteidigungsministerium in vier Bereichen höhere Summen für seine Arbeitskräfte vor. Es kann ein sogenannter Personalbindungszuschlag ausgezahlt werden, „um besonders gesuchtes Fachpersonal an die Truppe zu binden“, wenn in einem Bereich der Bundeswehr „bereits ein Personalmangel besteht“. Ferner bekommen Soldaten mit „besonderen Aufgaben“, wie etwa Mienentaucher oder Matrosen, die „verantwortungsvolle oder mit besonderen Erschwernissen und körperlichen Anstrengungen“ verbundene Arbeiten verrichten, angehobene Aufschläge. „Insgesamt werden 20 Zulagen erhöht und sogar drei neue Erschwerniszulagen eingeführt.“ Teilweise handelt es sich um bis zu 40 prozentige Zuwächse. Darüber hinaus „erhalten Freiwillig Wehrdienst Leistende ab dem 1. November 2015 60 Euro mehr im Monat“, d.h. über sieben Prozent mehr Sold. Schließlich gilt ab dem 1. Januar 2016 die 41-Stundenwoche für Soldaten, „natürlich“ unter der Voraussetzung, „dass die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gewährleistet ist“. Bei der Bezahlung der Überstunden gelten dieselben Regeln wie für Bundesbeamte.

Diese direkten finanziellen Aufstockungen für Soldaten werden durch weitere Maßnahmen zur sozialen Absicherung ergänzt. In Zukunft steigt die Rente der Soldaten durch eine Nachversicherung und für geschiedene Soldaten, die für ihren Ex-Ehepartner versorgungspflichtig sind, zusätzlich durch den Aufschub der Rentenkürzung um den Betrag des Versorgungsausgleichs. Gleichzeitig können Soldaten „nach ihrer Pensionierung Tätigkeiten in der Privatwirtschaft aufnehmen, ohne dass sie deshalb Abzüge ihrer Versorgungsbezüge in Kauf nehmen müssen“. Dann gilt: volle Bundeswehrpension plus vollen Lohn. Außerdem werden alle Entschädigungszahlungen für kriegsverletzte Soldaten rückwirkend für alle Einsätze ab dem 1. Juli 1992 geleistet, so dass jetzt alle Verehrten monetär gleich behandelt werden.

Das Artikelgesetz wird durch Maßnahmen abgerundet, die die Arbeitsbedingungen der Soldaten verbessern sollen. Dazu zählen flexiblere Arbeitszeitmodelle, z.B. in Form von Langzeitarbeitskonten oder Teilzeitarbeit, finanzielle Hilfen in familiären Notfällen für Soldaten im Kriegseinsatz (bis zu 50 Euro/Tag für eine externe Betreuungs-/Pflegekraft) und umfangreiche sowie leichtere Beförderungsmöglichkeiten für Soldaten in Mannschaftslaufbahnen, d.h. der untersten Dienstgrade.

Zeitplan und Kosten (II)

Die Fraktionen im Bundestag müssen das Artikelgesetz noch verabschieden. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass die Abgeordneten von SPD und CDU/CSU der Regierung die Gefolgschaft verweigern. Werden die Gesetzesvorhaben von den

Regierungsfractionen abgenickt, träten die Reformen frühestens ab April 2015 in Kraft. Einige Regelungen, wie z.B. die Dienstzeitanpassung, werden erst ab 2016 umgesetzt.

Die jährlichen Gesamtkosten der Attraktivitätskampagne belaufen sich – nach derzeitigen Planungen – auf mindestens 320 Millionen Euro. Während die Ausgaben von 20 Millionen Euro per anno für die nicht-gesetzlichen Maßnahmen laut BMVg auf fünf Jahre beschränkt werden sollen, ist davon auszugehen, dass Teile der 300 Millionen Euro im Jahr dauerhaft anfallen werden. Zunächst war geplant, diese Mehrkosten dem BMVg-Haushalt zu entnehmen. Dies hatte sich aber erledigt, als geschickterweise Passagen aus dem „internen“ Bundeswehrplan 2016 öffentlich wurden. Ihm zufolge hätte „die Einplanung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Artikelgesetzes zur Steigerung der Attraktivität in der Bundeswehr dazu geführt, alle geplanten Neuvorhaben bei den militärischen Beschaffungen in 2016 zu streichen.“ Da dies offensichtlich nicht in Frage kommt, einigten sich Finanzminister Wolfgang Schäuble und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen schon Ende Oktober 2014 auf diverse Tricks, mit denen eine Belastung des BMVg-Etats vermieden werden kann.

Im Kern scheint es darum zu gehen, in den allgemeinen Haushalt verschobene, aber bislang nicht genutzte Budgetposten für ziviles Bundeswehrpersonal – die dort übrigens absolut nichts verloren haben – heranzuziehen sowie die Bundeswehr von der alle Ressorts betreffenden globalen Minderausgabe zu entbinden (bzw. den Haushalt wieder dementsprechend zu erhöhen), wie Spiegel Online schreibt: „Der Rechenrick ist ziemlich kompliziert: So will das Team der Ministerin beispielsweise auf einen rund 450 Millionen Euro schweren Geldtopf der allgemeinen Finanzverwaltung für das zivile Bundeswehrpersonal zurückgreifen, den man in den vergangenen Jahren nicht genutzt hat. Zudem rechnet das Ministerium damit, dass eine globale Minderausgabe von 400 Millionen Euro, welche die Bundeswehr dieses Jahr akzeptieren musste, in den kommenden Jahren zurückfließen wird.“⁹

Womöglich wird das Attraktivitätsgesetz also für das BMVg schlussendlich sogar ein Nettogeschäft. Real aber werden damit die ohnehin rasant angestiegenen Kosten für Reklame und Imagewerbung der Bundeswehr in jedem Fall weiter steigen.

Nach der Attraktivitätsoffensive ist vor der Attraktivitätsoffensive

Dass die Große Koalition den politischen Willen besitzt, große Summen Steuergelder für die Rekrutierung von Nachwuchs und für Bundeswehr-Reklame auszugeben, hatte sie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt. Dort heißt es: „Wichtig ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Wir werden eine Attraktivitätsoffensive voranbringen.“ Es folgt eine relativ detaillierte Liste an Vorschlägen, die einen Teil der aktuell beschlossenen Maßnahmen bereits vorweggenommen hat. Daher ist auch die zurückhaltende Kritik der SPD an den Plänen der Ministerin, wie sie der Verteidigungsexperte ihrer Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, geübt hat, kaum ernst zu nehmen. Zumal Arnold im Namen der SPD noch wenige Wochen vor Veröffentlichung der BMVg-Agenda die Vorschläge des Bundeswehrverbands zur Attraktivitätssteigerung des Militärs begrüßte und erklärte: „Die Bundeswehr muss attraktiver werden.“¹⁰ Gerd Hoofe, Staatssekretär im BMVg, kündigte bereits im Juli an, dass die „bisher vorgestellten Maßnahmen“ der Kampagne „Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“ nicht abschließend seien, sondern „fortgeschrieben und weiterentwickelt werden, unter anderem in einer ‚Personalstrategie 2020+‘“. Die Chefetage des Militärs forderte er zudem auf, „kontinuierlich alle sich ergebenden Mög-

lichkeiten der Attraktivitätssteigerung“ auch in der Alltagsarbeit auszuschöpfen. Der BundeswehrVerband äußerte zwar Anerkennung für die Reformpakete, legte aber mit zwei Broschüren zum Thema noch weitergehende umfangreiche Forderungen zur Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr vor.¹¹ „Erst wenn hinter jedem der aufgeführten Punkte ein grüner Haken erscheinen kann, ist die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr erreicht – und damit auch ein Höchstmaß an Einsatzbereitschaft“, so der Vorsitzende des BundeswehrVerbands, Oberstleutnant Wüstner. Es ist also davon auszugehen, dass das Ende der Rekrutierungsbemühungen und des Reklame-Bombardements noch längst nicht erreicht ist.

Erhöhte Kriegsfähigkeit: Attraktivität plus Waffen

Kaum hatte von der Leyen ihre Pläne im Juni 2014 vorgestellt, standen sie im Kreuzfeuer der Kritik. Insbesondere der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, ließ kein gutes Haar an der Ministerin und ihren Vorschlägen. Er polterte gegenüber dem *Focus*: „Von der Leyen hat ganz offensichtlich keine Ahnung vom Militär.“¹² Die Ministerin komme ihm vor „wie eine gute Hausfrau, die ihre Kinder versorgt.“ „Und“, so Kujat gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, „es wirkt auf mich, als sei diese Ideensammlung von Leuten erstellt worden, die die Bundeswehr nicht kennen.“¹³ Soldaten bräuchten vielmehr eine vernünftige Ausrüstung. „Das macht den Soldatenberuf sicherer und damit attraktiv.“ Der ehemals ranghöchste Militär der Bundesrepublik erhielt Unterstützung von einem nicht namentlich genannten hochrangigen Offizier aus dem BMVg, den der *Focus* mit folgenden Worten zitierte: „Die Ministerin verpasst uns mit dieser Agenda das Image von Weicheiern und Warmduschern, kein Mensch wird doch Soldat, weil er wohnliche Beleuchtung für seine Stube bekommt.“¹⁴

Der vorgetragenen Kritik wurde postwendend von höchster Stelle begegnet. Der amtierende Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wieker, sagte in einem Interview mit der *FAZ*, ohne Kujat beim Namen zu nennen: Es sei „unzulässig, die Modernisierung von Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr in eine Entweder-oder-Konstellation mit der Attraktivitäts-Agenda zu stellen, die gerade vorgestellt worden ist.“ Einige Einwände gegen von der Leyens Pläne seien „rückwärtsgerichtet“¹⁵ und schaden der Bundeswehr. Der Inspekteur der Marine warb in einem offenen Brief um Unterstützung für die Werbe- und Rekrutierungsbemühungen.¹⁶ Attraktive Rahmenbedingungen seien für die Marine auch in Anbetracht der aktuellen Personallage geradezu überlebenswichtig. Auch der BundeswehrVerband stand der Ministerin zur Seite. In seiner Pressemitteilung bezeichnete dessen Bundesvorsitzender, Oberstleutnant André Wüstner, die Reformvorschläge von der Leyens als „guten Anfang“.¹⁷ Es müssten aber weitere Maßnahmen folgen. Zuspruch kam sogar aus der Opposition im Bundestag. Doris Wagner, Mitglied des Bundestags für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, begrüßte die „Attraktivitätsagenda der Ministerin“ als einen „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“¹⁸. „Wer gute Männer und Frauen für die Bundeswehr begeistern will, muss auch gute Arbeitsbedingungen bieten.“ Von der Leyen meldete sich schließlich auch noch einmal gegenüber der Presse zu Wort. Für sie gehe es nicht „um das Entweder-oder, sondern es geht um das Sowohl-als-auch“.¹⁹ Als von der Leyen Ende Oktober das Artikelgesetz vorstellte, betonte sie erneut: „Gutes Personal ist ebenso wichtig wie gute Ausrüstung.“ Und bei einem Treffen mit dem BundeswehrVerband sagte sie: „Wenn es uns gelingt, Menschen und Material nicht als Gegensätze und Konkurrenten, son-

dern als zwei Seiten einer Medaille zu sehen, mache ich mir um unsere Zukunft keine Sorgen.“²⁰ Die Ministerin will also nicht nur eine attraktivere Armee, sondern auch bessere Waffen. Sie lässt zwar derzeit einige große Rüstungsprojekte prüfen, an ihrer generellen Absicht, die Bundeswehr weiter hochzurüsten, bestehen aber kaum Zweifel. Der BundeswehrVerband unterstützt die Ministerin auch bei diesem Vorhaben: es solle beschafft werden, was gebraucht wird.

Der Vorsitzende des BundeswehrVerbands, Oberstleutnant Wüstner, lieferte schließlich auch die Begründung für die Notwendigkeit der Attraktivitätsoffensive unzweideutig: „Die Steigerung der Attraktivität ist kein Selbstzweck. Sie ist existenziell für motivierte und einsatzbereite Streitkräfte.“²¹ Soft skills plus Drohnen oder Attraktivität plus Waffen, das ist das Konzept der ersten Verteidigungsministerin der Republik, um die Kriegsfähigkeit des deutschen Militärs zu erhöhen und die Interessen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Politik militärisch durchzusetzen.

Berufsrisiko Krieg

Die Protagonistinnen und Protagonisten dieser Kontroverse sparten – nahezu selbstverständlich – aus, dass der Job bei der Bundeswehr wohl kaum ein Beruf „wie jeder andere“ ist. Im Begleitvideo zur Rekrutierungs- und Werbekampagne „Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung“ spielt die Kriegsrealität nicht ansatzweise eine Rolle. Von der Leyen spricht zwar davon, dass die Bundeswehr aufgrund der Auslandseinsätze „ein besonderer Arbeitgeber“ mit „ganz besonderen Aufgaben“ sei, aber nur, um diese Besonderheit positiv in ihrem Sinne zu wenden: „Gerade weil wir viel von den Soldatinnen und Soldaten verlangen, müssen wir ihnen auch im Grundbetrieb viel bieten.“²²

Das BMVg will vor allem und ausdrücklich auf die Bedürfnisse der „Zielgruppe“ „jung und qualifiziert“ eingehen. In der Begleitbroschüre zur Werbe- und Rekrutierungskampagne heißt es: „Als Arbeitgeber im Wettbewerb um Fachkräfte müssen wir attraktiv sein für junge Männer und Frauen, die berufliche Herausforderungen suchen und die notwendigen fachlichen und sozialen Kompetenzen mitbringen.“ Die Charmeoffensive des BMVg richtet sich entsprechend nicht in erster Linie an die Jugendlichen, deren Schulabschlüsse schlecht sind, oder an Menschen mittleren Alters, die keinen Job finden. Die kommen auch ohne extra Überzeugungsarbeit in ausreichender Zahl. Die jungen qualifizierten Arbeitskräfte haben hingegen andere Möglichkeiten, einen Job zu finden – und nutzen diese auch. Die demographische Entwicklung verschärft die Konkurrenz mit den zivilen Unternehmen zusätzlich. Entsprechend müsse die Bundeswehr, so ist ihrer Homepage zu entnehmen, „in den nächsten drei Jahren auf die Überholspur gehen, um sich einen vorderen Platz im Wettbewerb um die besten Köpfe zu sichern.“²³ „Ziel ist es“, so wird es in der Broschüre des Ministeriums zur Kampagne formuliert, „die vielen Guten, die sie hat, zu halten und möglichst viele neue motivierte Männer und Frauen für sich zu gewinnen.“

Demographischer Wandel, verschärfte Konkurrenz mit zivilen Unternehmen um Arbeitskräfte usw. – Argumente, die die Bundeswehr seit Jahren als Erklärung ihrer schlechten Personalsituation anführt – sind zwar aus Sicht der Militärs durchaus ernstzunehmende Probleme, aber es besteht kein Zweifel daran, dass es vor allem die Kriege und militärischen Operationen im Ausland sind, die der Attraktivität der Bundeswehr und der Nachwuchsförderung diametral entgegenstehen. Dennoch wird es nur selten ausgesprochen. Alexander S. Neu, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Verteidigungsausschuss, ist einer der

Wenigen. Er äußerte sich kritisch über die Pläne des BMVg und die Erfolgsaussichten der Reformen: „Die Bundeswehr hat ein grundsätzliches Problem: Junge Menschen wollen nicht in Kriege geschickt und dort verheizt werden.“ Die mangelnde Attraktivität des Militärdienstes führt er auf „die Ausrichtung der Bundeswehr als globale Interventionsarmee im Dienste einer militarisierten Außenpolitik“ zurück. „Die Bundeswehr ist eben kein normaler Arbeitgeber, sondern einer, der junge Menschen sucht, die bereit sind zu töten und selbst getötet zu werden.“²⁴

Diese Position wird untermauert von den Ergebnissen einer Studie des Potsdamer Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Auch wenn das Institut mit seiner Studie lediglich die „Attraktivität der Mannschaftslaufbahn“²⁵ erforscht hat, sind die im Dezember 2013 veröffentlichten Resultate durchaus auf die Bundeswehr insgesamt übertragbar. Der Erhebung zufolge seien die Auslandseinsätze und das damit verbundene Berufsrisiko der „wichtigste Grund gegen eine Verpflichtung in der Mannschaftslaufbahn“. Sogar „für die Jugendlichen, die sich für eine Tätigkeit als Soldat bzw. Soldatin der Mannschaftslaufbahn interessieren, sind die Auslandseinsätze der mit Abstand häufigste genannte Grund gegen eine solche Verpflichtung.“

Lebensverlängernde Maßnahme

Mittelfristig stellt sich die Frage, ob es den Strateginnen und Strategen des BMVg gelingt, die berechtigten Bedenken und nachvollziehbaren Sorgen der Menschen sukzessive aus dem kollektiven Bewusstsein zu verdrängen, indem man sie mit stetig neuen Versprechungen und materiellen Zugeständnissen überlagert. Bisher hält sich aber die Erkenntnis hartnäckig, dass der Verzicht auf einen Job beim – in den Worten des BMVg – „hochmodernen, global agierenden Konzern“ Bundeswehr eine lebensverlängernde Maßnahme ist.

Anmerkungen

- 1 Laut Glossar auf der [Homepage des Bundestags](#) versteht man unter einem Artikelgesetz ein „Gesetz, das gleichzeitig mehrere Gesetze, bisweilen auch unterschiedlicher Zielrichtung, ändert“.
- 2 Vgl. dazu die [Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag Ds. 18/1018](#) vom 16. Mai 2014.
- 3 Vgl. z.B. Christian Stache: Arme und Ausländer, zu den Waffen und an die Front! Die Bundeswehr startet Charme-Offensive für ihre Transformation zur Armee im Einsatz. [IMI-Analyse 2011/05](#).
- 4 [Homepage der Bundeswehr](#) (5.3.2014): Die Lage der Personalgewinnung in der Bundeswehr.

- 5 <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/003/1800300.pdf>
- 6 [SPON](#) (31.1.2014): Gauck auf Sicherheitskonferenz: Deutschland, auf in die Welt.
- 7 Die Bundeswehr stellt auf ihrer Homepage reichlich Material zur Kampagne zur Verfügung. Um einen ersten Überblick zu erhalten, sind die „Presseunterlagen“ besonders geeignet, in denen die acht Schwerpunkte benannt und die dazugehörigen Maßnahmen stichpunktartig aufgeführt werden. Der Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums zur Kampagne „Aktiv. Attraktiv. Anders. - Bundeswehr in Führung.“, die im Juni 2014 erschienen ist, können die wesentlichen Vorhaben zur Attraktivitätssteigerung des Militärdienstes auch entnommen werden. Selbstverständlich sind sie für die Veröffentlichung werbewirksam aufbereitet worden. Vgl. Homepage der Bundeswehr: [Aktiv. Attraktiv. Anders. – Bundeswehr in Führung](#).
- 8 Zu den Folgen und Problemen vgl. Thomas Mickan: Motivationsfaktor Kita. Über Belegrechte und die Privilegierung der Bundeswehr. [IMI-Analyse 2013/019](#).
- 9 [SPON](#) (22.10.2014): Streit ums Budget: Von der Leyen darf Bundeswehr attraktiver machen.
- 10 [SPD Pressemitteilung](#) (7.5.2014): Bundeswehr muss attraktiver werden.
- 11 Für die Forderungen des Bundeswehrverbands siehe: [Bundeswehr2020](#).
- 12 [Focus](#) (2.6.2014): Die Wellness-Truppe.
- 13 [SZ](#) (31.5.2014): Kritik an von der Leyens Plänen für attraktivere Bundeswehr.
- 14 [Focus](#) (1.6.2014): Von der Leyen erntet Spott mit Attraktivitätsoffensive für Bundeswehr.
- 15 [FAZ](#) (8.6.2014): „Rückwärtsgerichtete Kritik schadet der Bundeswehr“.
- 16 [Marine](#) (19.6.2014): Inspekturbrief zur Attraktivitätsoffensive der Bundeswehr.
- 17 [Pressemitteilung DBwV](#) (30.5.2014): Wüstner: Guter Anfang - jetzt Finanzmittel bereitstellen und notwendige Gesetze erlassen!
- 18 [Pressemitteilung Grüne](#) (4.6.2014): Bundeswehr: Attraktivitäts-Agenda ohne Abstriche.
- 19 [BMVg](#) (4.6.2014): Pressekonferenz: Statement der Verteidigungsministerin zur Attraktivität der Bundeswehr.
- 20 [DBwV](#) (14.11.2014): Ministerin will mit DBwV für Verbesserungen kämpfen.
- 21 [DBwV](#) (30.5.2014): Wüstner: Guter Anfang - jetzt Finanzmittel bereitstellen und notwendige Gesetze erlassen!
- 22 [BMVg](#) (4.6.2014): Pressekonferenz: Statement der Verteidigungsministerin zur Attraktivität der Bundeswehr.
- 23 [Bundeswehr](#) (2.6.2014): Die Bundeswehr geht in die Attraktivitäts-offensive.
- 24 [Pressemitteilung Linksfraktion](#) (4.6.2014): Wohlfühl-Angebote machen eine Interventionsarmee nicht attraktiv.
- 25 [ZMSBw](#) (2013): Attraktivität der Mannschaftslaufbahn der Bundeswehr.



„Wald der Erinnerung“ – Tödliche Einsätze als Grund für die Unattraktivität der Bundeswehr. Foto: Bundeswehr/Hannemann über Flickr.

Initialzündung für Rüstungsinvestitionen?

Expertenbericht zu Großprojekten vorgestellt

von Michael Haid

Am 6.10.2014 wurde das Expertengutachten „Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte“ der Bundeswehr von der Unternehmensberatung KPMG, der Ingenieurgesellschaft P3 und der Kanzlei Taylor Wessing an Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) übergeben.¹ Die darin enthaltene Botschaft wurde in den Medien breit und unmissverständlich wiedergegeben: „Verheerendes Urteil über Rüstungsprojekte“ titelte die Tageszeitung „Die Welt“ beispielsweise in einem ihrer Artikel, der die Ergebnisse des Berichts hinsichtlich der Großprojekte mit den Worten „zu teuer, zu spät, zu schlecht“ zusammenfasste.² Spätestens nach dieser Studie ist diese Thematik in der Öffentlichkeit angekommen.

Das Gutachten erschien zu einem Zeitpunkt, an dem bereits seit Wochen in den Medien die Nachrichten nicht zu enden schienen, dass die Ausrüstung der Bundeswehr sich in einem desolaten Zustand befinde,³ weshalb sogar deren Einsatzfähigkeit in Frage stünde.⁴ Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), warnte öffentlich, die Auslandseinsätze der Bundeswehr seien mit der derzeitigen Ausstattung nicht weiter ausdehnbar.⁵

Die offizielle Linie der Verteidigungsministerin ist, dass Deutschland international – gerade auch militärisch – mehr Präsenz zeigen müsse.⁶ Ende August 2014 wurde ein Bundeswehreinsatz im Irak beschlossen, ein weiterer in der Ukraine befindet sich derzeit in Planung. Gegenwärtig befindet sich nach Zählart der Verteidigungsministerin die Bundeswehr in 17 Auslandseinsätzen.⁷

Das Ende 2013 erschienene Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund of the United States fordert die auch von der Verteidigungsministerin vertretene neue Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands ein. Ein Abschnitt dieses Papier behandelt auch die innerstaatliche Dimension der angestrebten Politik und kommt zur Einschätzung, dass Politik und Öffentlichkeit sich darauf einstellen müssten, dass eine größere deutsche Rolle auf globaler Ebene mit einem höheren Aufwand an Ressourcen verbunden sein werde.⁸

Ob der Expertenbericht und der in den Medien in letzter Zeit verstärkt öffentlich formulierte Bedarf an Investitionen in die Bundeswehr tatsächlich zur Erhöhung der entsprechenden Etats führen wird, ist derzeit nicht verlässlich vorherzusagen und wäre spekulativ. Jedoch könnte eine der Wirkungen dieser Studie sein, Verständnis für Rüstungsinvestitionen in der Öffentlichkeit und der Politik zu fördern.

Verschlusssache: 1.200 Seiten Bericht – öffentlich: 52 Seiten

Der offizielle Anlass der am 27.06.2014 vom Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz in Auftrag gegebenen Untersuchung war, die Strukturen und Prozesse im Management der Rüstungsprojekte zu überprüfen, Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Transparenz für das Parlament und die Öffentlichkeit herzustellen.⁹

Für diese Arbeit sollen die externen Berater ein Honorar von 1,15 Millionen Euro bekommen haben.¹⁰

Zumindest was den Anspruch an die Transparenz betrifft, kann sich jeder selbst ein Bild von der Ernsthaftigkeit dieser Absichtserklärung machen: Die Ergebnisse

der Analyse wurden in einem Gesamtbericht zusammengefasst, der als Verschlussache der Stufe „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft wurde. Für die Öffentlichkeit gibt es nur das 52 Seiten umfassende Exzerpt zur Einsicht, das die wesentlichen Ergebnisse des Gesamtgutachtens enthält, die nicht als Verschlussache eingestuft wurden. Zum Vergleich: Der Gesamtbericht enthält 1.200 Seiten, die von der Leyen übergeben wurden.¹¹

Ausdrücklich weisen die Verfasser darauf hin, dass wegen der Einstufung der Quelldokumente als Verschlussache identifizierte Probleme und Risiken mit Rücksicht auf den Geheimschutz nicht vollumfänglich in diesem Exzerpt wiedergegeben wurden. Die ausführliche und vollständige Übersicht aller Probleme und Risiken müsse daher den jeweiligen Teilgutachten (zu den einzelnen Großprojekten) vorbehalten bleiben, die seit dem 30.9.2014 als Verschlussache der Geheimhaltungsstufe „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft seien.¹²

Der Gegenstand der Untersuchung waren neun Rüstungsprojekte und -vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro.¹³ An anderer Stelle ist von 57 Milliarden Euro die Rede; diese Summen machten circa Zweidrittel des Gesamtvolumens der Investitionen im Rüstungsbereich aus.¹⁴ Es handelt sich dabei um folgende Projekte:

- Schützenpanzer Puma
- Transportflugzeug A400M
- Eurofighter
- NATO Helikopter (NH 90) einschließlich „Global Deal“
- Unterstützungshubschrauber Tiger
- Fregatte Klasse 125 (F 125)
- Streitkräftegemeinsame Funkausrüstung (SVFuA)
- Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS)
- Signalverarbeitende Luftgestützte Weitreichende Überwachung und Aufklärung (SLWÜA).¹⁵

Zur Einordnung der Studie ist es wichtig zu wissen, welche Quellen zur Erkenntnisgewinnung genutzt wurden. Die Grundlage der Analyse bildeten die vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) bereitgestellten Unterlagen. Die Verfasser des Berichts weisen darauf hin, dass sie es nicht ausschließen können, dass sie bei Kenntnis weiterer Dokumente und Informationen zu einem von dem Gesamtgutachten abweichenden Befund gekommen wären.¹⁶

Weiterhin ist aufschlussreich, wessen Wahrnehmungen ausschließlich in den Bericht einfließen. Es wurden mehrere zehntausend Seiten bereitgestellte Projektdokumentation und Vertragswerk gelesen sowie zahlreiche Gespräche mit Angehörigen des BMVg geführt. Der Bericht stützt sich also auf die Sichtweise der an den Rüstungsprojekten Beteiligten auf Seiten des Ministeriums und der Bundeswehr. Die Ansichten der Industrie als Produzentin oder von nicht am Prozess beteiligten Dritten wurden nicht einbezogen.¹⁷

Wasser auf die Mühlen der Rüstungsindustrie

Nachdem die Einzelprojekte und -vorhaben analysiert wurden, formuliert das Gutachten für das BMVg ein daraus abgeleitetes

tes Leitbild für eine optimierte Rüstungsbeschaffung¹⁸ und gibt 15 projektübergreifende Handlungsempfehlungen ab.¹⁹ Das Gesamtgutachten, aus dem dieses Exzerpt stammt, weist auf deutlich mehr, nämlich auf rund 140 Probleme und Risiken hin und beinhaltet ungefähr 180 konkrete und übergreifende Handlungsempfehlungen. Der Bericht kommt zu dem zentralen Ratschlag, dass aufgrund der Analyse der ausgewählten Rüstungsprojekte und -vorhaben eine Optimierung des Rüstungsmanagements in nationalen und internationalen Großprojekten dringend und ohne Verzug geboten sei.²⁰ Abschließend regt es als eines von vier Grundsätzen für das Leitbild guten Managements von Großprojekten im Verteidigungssektor eine enge professionelle Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer an, die entscheidend für den Erfolg von Großprojekten sei.²¹

Die Studie dürfte Wasser auf die Mühlen der Rüstungsindustrie sein. Denn der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) haben eine gemeinsame Erklärung zu diesem Gutachten veröffentlicht. Darin wird ausgeführt, dass wie auch in der Studie gefordert werde, für künftige Diskussions- und Entscheidungsprozesse zwischen dem BMVg und der Industrie eine enge und konstruktive Zusammenarbeit vereinbart worden sei. In der Erklärung heißt es weiter, die Studie bestätige die Notwendigkeit der industrieseitig bereits seit längerem angemahnten ausreichenden Mittelbereitstellung, was sowohl für die Bereiche Forschung und Entwicklung als auch für Beschaffung und Betrieb bereits vorhandener Systeme gelte. Dabei seien sich alle Beteiligten bewusst, dass sich nur in einem engen Schulterschluss zwischen Bundeswehr und der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Lösungen erreichen lassen würden. Die Verbände hätten dem BMVg jedenfalls eine größtmögliche Unterstützung bei der Umsetzung der Experten-Empfehlungen zugesagt.²² Auch wenn es sich noch nicht deutlich abzeichnet, was und wie aus dieser Studie umgesetzt wird und welche weiteren Folgen dies für Rüstungsinvestitionen haben wird, steht doch fest, dass die Rüstungsindustrie alles andere als unzufrieden mit diesem Gutachten zu sein scheint.

Anmerkungen

- 1 KPMG / P3 Group / Taylor Wessing: Exzerpt. Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte, Stand 30. September 2014, www.bmvg.de.
- 2 Verheerendes Urteil über Rüstungsprojekte. Verteidigungsministerin erhält Gutachten, 7.10.2014, www.welt.de.
- 3 Matthias Gebauer / Gerald Traufetter: Desolate Bundeswehr-Ausrüstung: Hersteller warnt vor Mängeln am „Eurofighter“, 30.9.2014, www.spiegel.de; Matthias Gebauer: Probleme bei der Bundeswehr: Hälfte aller Soldatenstuben ist marode, 8.10.2014, www.spiegel.de.
- 4 Sorge um Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, 23.9.2014, www.handelsblatt.com.
- 5 Mängel bei der Bundeswehr: Wehrbeauftragter warnt vor weiteren Auslandseinsätzen, 25.9.2014, www.spiegel.de.
- 6 Ursula von der Leyen: Rede anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, München, 31.1.2014, www.bmvg.de.
- 7 Ministerin im Bild Interview: Ist unsere Bundeswehr nur noch Schrott, Frau von der Leyen?, Berlin, 24.9.2014, www.bmvg.de.
- 8 Stiftung Wissenschaft und Politik / German Marshall Fund of the United States: Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin, September 2013, S. 11.
- 9 KPMG u. a., S. 6.
- 10 Christian Thiels: KPMG soll Rüstungsprojekte prüfen, 28.6.2014, www.tagesschau.de.
- 11 Verheerendes Urteil über Rüstungsprojekte. Verteidigungsministerin erhält Gutachten, 7.10.2014, www.welt.de.
- 12 KPMG u. a., S. 8.
- 13 KPMG u. a., S. 6.
- 14 Gutachter bescheinigen Bundeswehr massive Probleme, 6.10.2014, www.deutschlandfunk.de.
- 15 KPMG u. a., S. 6.
- 16 KPMG u. a., S. 8.
- 17 KPMG u. a., S. 7.
- 18 KPMG u. a., S. 38.
- 19 KPMG u. a., S. 39.
- 20 KPMG u. a., S. 52.
- 21 KPMG u. a. S. 52.
- 22 Gemeinsame Erklärung von BDSV, BDLI und BDI, Berlin, 7.10.2014, augengeradeaus.net.



Ursula von der Leyen bei der Pressekonferenz zur Attraktivitätsoffensive, Foto: Bundeswehr/Wilke über Flickr.

Gabriels Strategie zur Stärkung der Rüstungsindustrie

von Jürgen Wagner

Unter schwerem Beschuss ist Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in den letzten Wochen geraten – angeblich gefährde er mit seiner restriktiven Haltung zu Rüstungsexporten das Überleben der deutschen Waffenindustrie, so der vielfach erhobene Vorwurf. Schon vor einiger Zeit kündigte Gabriel deshalb eine [Grundsatzrede](#) zum Thema an, die er am 8. Oktober 2014 bei der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) hielt. Auf den ersten Blick klingt die Rede ganz gut – da werden etwa Einschränkungen der Waffenverkäufe und mehr Transparenz angekündigt; beim zweiten Hinsehen fällt aber schnell auf, dass es mit besagten Einschränkungen lange nicht so weit her ist, wie überall suggeriert wird; schaut man aber schließlich ein drittes Mal darauf, so entpuppt sich die Rede sogar als ein hochgradig problematisches Grundsatzprogramm zur Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie.

Teil I: Begrenzte Rüstungsexportbeschränkungen

Wie bereits angedeutet, erweckt Gabriel in Teilen zumindest – ob gewollt oder ungewollt – durchaus den Eindruck, der Rüstungsindustrie an den Kragen zu wollen, indem er die Absicht bekundet, die Exporte substanziell beschränken zu wollen: „Ein offensiver Verkauf deutscher Waffentechnik überall auf der Welt – auch zur Kompensation zurückgehender Nachfrage der Bundeswehr und der NATO – ist weder mit der geltenden Rechtslage zu vereinbaren, noch mit den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands.“ Viel zu lange sei zudem über Rüstungsexporte im stillen Kämmerlein entschieden worden, dies habe mit der neuen Transparenzoffensive nun aber ein Ende, so Gabriel in seiner Rede weiter: „Die heimliche Verabredung, einen kritischen Rüstungsexport doch im Interesse der heimischen Industrie oder im Interesse guter wirtschaftlicher Beziehungen zum Empfängerland zu genehmigen, weil die Öffentlichkeit davon nur rudimentär Kenntnis erhalten wird, trägt nicht mehr.“

Konkret bezieht sich der Wirtschaftsminister dann auf Waffenverkäufe in den Mittleren Osten und kommt hier immerhin zu dem Ergebnis, der Verkauf von „Kampfpanzern Leopard“ dorthin lasse sich „nicht rechtfertigen“. Eigentlich handelt es sich hier aber um eine Selbstverständlichkeit, denn die politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000 verbieten dies faktisch: „Der Export von Kriegswaffen [in Krisenregionen] wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik. [...] für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.“

Doch Gabriel erteilt solchen Waffenlieferungen in Krisengebiete keineswegs eine generelle Absage – im Gegenteil. Man dürfe sich nicht dazu verleiten lassen, „auf Differenzierungen auch innerhalb der arabischen Region zu verzichten.“ Es könne also durchaus notwendig und legitim sein, Waffen an Länder der Region zu verschern, hierfür brüchte es allerdings bestimmte Kriterien, um zu wissen, wann dies erforderlich sei. Genannt werden dann etwa die „Menschenrechte im Empfängerland“, aber auch ob ein Land eine „stabilisierende oder aggressive, eine polarisierende oder aus-

gleichende Haltung“ einnehme. So soll ein Leitfaden entstehen, der zu einer Verbesserung beitragen soll: „Mithilfe von Analysen entlang dieser Parameter könnten in Zukunft die Einzelfallentscheidungen angelegt werden.“

Das Bemühen um Kriterien, die die übelsten Exportexzesse womöglich verhindern könnten, ist hier durchaus erkennbar – allerdings zeigt die Vergangenheit, dass solche „Parameter“ leider zumeist recht beliebig zurechtinterpretiert werden können. Zumal auch offensichtlich ist, dass es Gabriel keineswegs um ein grundsätzliches Verbot von Waffenlieferungen in die Region geht: „Aber zugleich müssen wir – und das ebenfalls mit großer Klarheit – feststellen, dass es natürlich legitime sicherheits- und bündnispolitische Interessen gibt, welche die Lieferung von Rüstungsgütern und Kriegswaffen rechtfertigen können. [...] Und natürlich es gibt in der Praxis immer wieder Beispiele für einen aus unseren Sicherheitsinteressen heraus begründeten Export von Kriegswaffen. [...] Deutschland und seine Partner haben ein eigenes Interesse daran, Piraterie, Terrorismus und Proliferation von Waffen, wie sie im Nahen und Mittleren Osten auftreten, einzudämmen. [...] Die Lieferungen an die Kurden im Norden des Irak, die der Abwehr einer fanatisch-grausamen Terrorbewegung wie dem so genannten ‚Islamischen Staat‘ dienen, sind weder ein Tabubruch und noch gar ein Widerspruch zu unseren Werten und Rechtsregeln.“

Selbst wenn man es also wohlwollend betrachtet, geht es also lediglich darum, Rüstungsexporte nur für Krisenregionen und hier auch nur in überschaubarem Ausmaße zu beschränken. Doch ein Großteil der deutschen Rüstungsexporte ist aus Gabriels Sicht ohnehin völlig unproblematisch und hier gäbe es noch enormes Wachstumspotenzial – Rüstungslieferungen an zertifizierte Freunde. Und genau hierfür kündigt er eine „Exportpolitische Flankierung für die Verteidigungsindustrie“ an: „Die Bundesregierung sollte die Industrie stärker als bisher in ihren Aktivitäten mit EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Ländern unterstützen. Die NATO hat 28 Mitgliedsstaaten. Sie geben zusammen 880 Milliarden Dollar für die Verteidigung aus. Hinzu kommen fünf EU-Länder, die nicht Mitglied der NATO sind – zusammen also 33 formale Bündnispartner. Auch Indien und Brasilien sind strategische Partner für Deutschland und Europa. In alle diese Demokratien mit ihren großen Volkswirtschaften und Verteidigungsetats kann die deutsche und die europäische wehrtechnische Industrie liefern.“

Der Hintergrund hierfür ist folgender: Eine unabhängige und schlagkräftige Rüstungsindustrie gilt als unverzichtbarer Machtfaktor, woran auch Gabriel keinerlei Zweifel aufkommen lässt. Um deren Überleben aber garantieren zu können, ist der deutsche Markt in der Tat zu klein, was die „Eroberung“ von Auslandsmärkten zwingend erforderlich macht. Und genau hierfür Bedarf es aber einer Strategie zur systematischen Verbesserung der „Wettbewerbsfähigkeit“ in Form einer Stärkung der Rüstungsindustrie, mit der sich der zweite Teil von Gabriels Rede beschäftigt.

Teil II: Eine Strategie zur Stärkung des Rüstungssektors

Die aus seiner Sicht wesentliche Bedeutung der Rüstungsindustrie beschreibt Gabriel folgendermaßen: „Die Erhaltung der Bündnisfähigkeit und der dazu notwendigen rüstungstechnologischen Kernkompetenzen sind ein zentrales außen- und sicher-

heitspolitisches Interesse der Bundesrepublik Deutschland.“ Zustimmend bezieht sich Gabriel weiter auf den Koalitionsvertrag, der stuft „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie [SVI] als eine Schlüsselbranche von nationalem Interesse ein, deren Kernkompetenzen und industrielle Fähigkeiten weiter entwickelt und deren Arbeitsplätze erhalten werden sollen.“ Und genau hieraus leitet Gabriel dann die Notwendigkeit für eine Strategie zur „Stärkung der SVI“ ab, für die er ein ganzes Bündel an Ideen präsentiert.

Einmal bedürfe es der „Festlegung wesentlicher nationaler Kernkompetenzen“, die unter allen Umständen im Land behalten werden müssten. Weiter betont Gabriel, es sei ein „angesichts der Haushaltskonsolidierungsverpflichtungen der Bundesregierung ein wichtiges Signal“, dass die Bundesregierung in ihrer „mittelfristigen Finanzplanung den Etat des BMVg verstetigt“ habe. Ohne rot zu werden, geschweige denn es überhaupt zu erwähnen, wird unter den Teppich gekehrt, dass diese „Verstetigung“ auf 32,4 Mrd. Euro grob gerechnet satte 5 Mrd. Euro über der im Juni 2010 für das Jahr 2014 beschlossenen Sparvorgabe liegt. Tatsächlich liegt der Etat noch höher, einmal, weil Personalausgaben teils in den allgemeinen Haushalt verschoben wurden und zum anderen, weil das Verteidigungsministerium nicht in der Lage war, 400 Mio. der ursprünglich 32,8 Mrd. Euro abzurufen. Deshalb macht sich Gabriel auch noch dafür stark, nicht abgerufene Beträge in die Folgejahre hinüberretten zu dürfen: „Überlegenswert ist, ob Mittel, die im Verteidigungshaushalt in einem Jahr nicht abgerufen werden können, nicht in den Folgejahren als Finanzmittel zur Verfügung stehen sollten.“ Weiter sei der „Ausbau der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung“ ebenso nötig wie die „Chancen in den Wachstumsmärkten der zivilen Sicherheitswirtschaft [zu] nutzen.“

Der Kern seiner Unterstützungsstrategie speist sich aber aus der Erkenntnis, dass die jeweiligen nationalen Rüstungsindustrien in der Europäischen Union zu klein sind, um sich dauerhaft am Markt behaupten zu können. Eine europaweite „Konsolidierung“ der Branche über Fusionen und Zusammenschlüsse soll hier Abhilfe schaffen: „Die Verteidigungsindustrie in der EU ist nach wie vor national ausgerichtet und stark fragmentiert. [...] Folgen dieser unbefriedigenden Situation sind hohe Kosten und nachteilige Folgen für den internationalen Wettbewerb, aber auch negative Auswirkungen für die Streitkräfte. Es ist erklärtes Ziel der EU und der Bundesregierung, den bisher stark zersplitterten europäischen Verteidigungsmarkt neu zu gestalten und die europäische wehrtechnische industrielle Basis zu stärken. Die starke und wettbewerbsfähige deutsche Industrie könnte von einer solchen Entwicklung deutlich profitieren. [...] Europäische, nicht nationale Champions sind geboten. Nur die Kooperation und zum Teil auch das Zusammengehen von Unternehmen in Europa kann es ermöglichen, dass eine echte rüstungstechnologische Basis in Europa aufrechterhalten wird.“

Doch bei aller Begeisterung für „europäische Champions“ will Gabriel schon sicherstellen, dass die hierfür notwendigen Fusions- und Übernahmeprozesse faktisch in einen deutsch dominierten Superkonzern münden. Um für anstehende Übernahmeschlachten gewappnet zu sein, ist deshalb die nationale Konsolidierung erst einmal prioritär, um so aus einer Position der Stärke agieren zu können. Genau aus diesem Grund blockierte Gabriel kürzlich auch die Fusionspläne der deutschen Panzerschmiede KMW mit der französischen Nexter und macht sich stattdessen für ein Zusammengehen mit Rheinmetall stark (siehe [IMI-Standpunkt 2014/49](#)). Konkret formuliert Gabriel die Priorität einer nationalen Konsolidierung in seiner Rede folgendermaßen: „Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass der Schritt in europäische

Kooperationen und Zusammenschlüsse am besten auf der Basis einer konsolidierten deutschen Rüstungsindustrie aus erfolgt, um auf Augenhöhe mit europäischen Partnern zusammen zu treffen.“

Um schließlich die Europäisierung der Rüstungspolitik und -industrie weiter voranzubringen befürwortet Gabriel „Pooling & Sharing“, die gemeinsame Beschaffung und Nutzung von Militärgerät: „Eine gemeinsame Rüstungspolitik hat in Europa nur dann eine Chance, wenn sie als Bestandteil der Entwicklung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa verfolgt wird. [...] In ihrer Folge ist es zwangsläufig sinnvoll, auch militärische Fähigkeiten zu teilen, statt in 28 Mitgliedsstaaten jeweils ein eigenes Heer, eine eigene Marine und eine eigene Luftwaffe mit jeweils praktisch dem gesamten Fähigkeitsspektrum vorzuhalten.“

Die Überlegung hier ist, dass die Bündelung der Beschaffungsprojekte zu größeren Stückzahlen und damit zu günstigeren Stückpreisen führen wird – so dies überhaupt der Fall sein würde, hätte dies dennoch einen beträchtlichen Kollateralschaden, den deutschen Parlamentsvorbehalt gegenüber Auslandseinsätzen, den Gabriel gleich mit einkassieren will. Argumentiert wird dabei, die Partner müssten verlässlich auf gemeinsam beschafftes (und damit auch von Deutschland bezahltes) Militärmaterial zurückgreifen können, da könne es nicht angehen, dass der Bundestag eventuell einem Militäreinsatz die Zustimmung verweigern könne: „Am Ende könnte bei einer Aufteilung der militärischen Fähigkeiten zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten im Rahmen einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dann nicht mehr der Deutsche Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr alleine entscheiden. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa heißt nämlich, dass der Teil militärischer Fähigkeiten, den z.B. Deutschland für solche Einsätze im Rahmen eines europäischen Burdensharing bereit hält, auch verfügbar wäre. Letztlich würde damit der Deutsche Bundestag einen Teil seiner nationalen Souveränität verlieren. Heute wohl noch kaum vorstellbar und doch eine Entwicklung, der man aus europäischer Perspektive kaum ausweichen kann.“

Deutsche Rüstungsexportgenehmigungen 2012 (Einzelausfuhren in Mio. Euro)

Saudi-Arabien	1237
USA	596
Algerien	287
Großbritannien	234
Kanada	208
Frankreich	169
Schweiz	150
Südkorea	148
Singapur	146
Verein. Emirate	125
Italien	122
Irak	113
Indien	97
Polen	96
Türkei	89
Niederlande	76
Schweden	74
Spanien	66
Israel	49
Norwegen	44

Quelle: GKKE: Rüstungsexportbericht 2013, Berlin, Januar 2014, S. 37

Die „Psychologische Verteidigung“ der Bundeswehr bis 1990

von Martin Kirsch

Der Kampf gegen die DDR und die BRD-Opposition mit Flugblattballons, Radiosendern, Briefzensur, Spitzeln und Tarnorganisationen

Die „Psychologische Kampfführung“ (PSK) – später „Psychologische Verteidigung“ (PSV) – waren Gliederungen der Bundeswehr, die weitestgehend im Verborgenen mit Flugblättern, Radiosendern, Tarnorganisationen, Spitzeln und Briefzensur einen heißen Propagandakrieg gegen die DDR führten. *„Faktisch waren die PSK-Kompanien damit die einzigen Truppenteile, die im Frieden dasselbe taten wie im Ernstfall auch: Informationen, die Soldaten wie Zivilisten der anderen Seite beeinflussen sollten, gezielt auf Feindgebiet zu verbringen.“* (Schindelbeck S. 217)

Dabei beschränkten sich die ProtagonistInnen der PSK/PSV, die größtenteils einer gefestigten antikommunistischen Ideologie anhängen, nicht auf den „Feind im Osten“. Um die Wehrbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung herzustellen und vermeintliche oder reale Feinde der Bundeswehr und der NATO auf Linie zu bringen oder ins gesellschaftliche Abseits zu drängen, wurden in Geheimdienstmanier Informationen gesammelt und ausgewertet. Mit diesen Informationen wurde ein Apparat gefüttert, dessen Aufgabe es war, offen und verdeckt im Sinne der Bundeswehr propagandistisch auch auf die Bevölkerung der BRD einzuwirken.

Trotz der politischen Brisanz des heißen Propagandakriegs der PSK/PSV sowie deren höchst fragwürdigen Aktivitäten im Inland finden sich bislang nur wenige aktuelle wissenschaftliche Arbeiten, die mehr als einen kleinen Ausschnitt dieses Geschehens bearbeiten. Zu den zentralen Quellen der vorliegenden Studie gehört eine Dissertationsschrift von Dirk Drews aus dem Jahr 2006. Diese liefert zwar einen guten Überblick und hält viele Fakten bereit, der Autor steht allerdings durch Interviews mit und Kontakten zu ehemaligen Akteuren der Bundeswehr zu nah am Forschungsfeld, um eine kritische Perspektive zu entwickeln. Dirk Schindelbeck und Eva Bliembach liefern in einem Sammelband zur Propaganda in Deutschland aus dem Jahr 1996 kurze, aber sehr informative Beiträge. Karl Heinz Roth, durch die Rowohlts-Affäre selbst Betroffener der Ereignisse, ist Herausgeber eines Bandes zur Psychologischen Kampfführung. Dieser zeichnet neben der Aufarbeitung diverser Geheimdokumente bereits 1971 Teile der späteren Entwicklungen vor. Aussagen von Zeitzeugen sind zu großen Teilen dem Dokumentarfilm „Gesteuerte Demokratie?“ aus dem Jahr 2006 von Steven Hutchings und einem SWR 2-Radiobeitrag von Thomas Moser aus dem Jahr 2007 entnommen.

Die Anfänge der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr

Psychologische Operationen zur Beeinflussung des Gegners durch Propaganda und Fehlinformationen gewannen seit dem 2. Weltkrieg als Teil moderner Kriegsführung zunehmend an Bedeutung. Bereits Ende der 1940er Jahre war der Antikommunismus der Adenauer-Ära,¹ als Teil der sich verstärkenden Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, Grundpfeiler der Entstehung der

GASTBEITRAG

Bundeswehr. Mit einem plumpen Bedrohungsszenario nach dem Muster „Asien steht an der Elbe“ (Bald S. 20) wurde die Westanbindung der jungen BRD und die Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ gegen „den Bolschewismus“ begründet.

„Während der Londoner Außenministerkonferenz im Mai 1950 wurde ein gemeinsames antikommunistisches Aufklärungsprogramm für Osteuropa und die DDR beschlossen. Vor allem Flugblattaktionen und die Errichtung starker Sender wurden geplant.“ (Bliembach S. 236)

Um einen eigenen Beitrag zu diesem Programm leisten zu können, war die Aufstellung einer Einheit für psychologische Operationen unter dem Stichwort Psychologische Verteidigung bereits vor der Gründung der Bundeswehr im Gespräch. Ohne auf die noch zu gründende Armee zu warten, wurden ab 1951 (u.a. durch das Ost-Büro der SPD) Ballons zur Verteilung von Flugblättern an BürgerInnen der DDR genutzt. Aber auch diverse Vereine wie der „Zentralverband Sowjetischer Emigranten“ und die „Kampagne gegen Unmenschlichkeit“ nutzten diese Methode. Aufgaben, die von Deutschen nicht übernommen werden konnten, übernahmen in der BRD stationierte US-AkteurInnen. Nach einer langjährigen Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung Deutschlands mit den ersten Großdemonstrationen der BRD – deren Niederschlagung erschossene Demonstranten in Essen zurück ließ und dem das Verbot der KPD in Westdeutschland, die sich aktiv an einer verbotenen Volksabstimmung gegen die Wiederbewaffnung beteiligt hatte, folgte – wurde im November 1956 die Bundeswehr gegründet.

Bereits 1957, ein Jahr nach der formalen Gründung der Bundeswehr, wurden konkrete Pläne für eine Einheit für Psychologische Kampfführung (PSK) geschmiedet und ein Referat PSK im Führungsstab des Verteidigungsministeriums eingerichtet. Nach einer Presseoffensive des damaligen Verteidigungsministers Franz Joseph Strauß im Jahr 1958, die sich gegen den „aggressiven Weltkommunismus“ richtete, wurden die Pläne konkretisiert. Strauß sah die PSK-Einheiten als elementaren Bestandteil seiner antikommunistischen Strategie, um den Einfluss von DDR und Sowjetunion auf die Bevölkerung der BRD zurückzudrängen und ein klares Bekenntnis zu NATO und Bundeswehr in Westdeutschland durchzusetzen. Eine nicht weiter benannte Person aus dem Strauß-Ministerium gab dem Spiegel 1958 zu verstehen: *„Der psychologische Angriff ist der Krieg der Gegenwart, die psychologische Verteidigung die Forderung der Stunde, die psychologische Kampfführung derjenige Teil der militärischen Aufgaben, dessen Rüstungselemente heute schon für den sofortigen Einsatz benötigt werden.“* (o.A. Der Spiegel 39/1958)

In dieser Phase wurden Verteidigungsminister Strauß und das Referat PSK von Eberhard Taubert beraten, der zuvor schon im Gesamtdeutschen Ministerium tätig war. Vor 1945 war Taubert als leitender Propagandist des NS-Regimes aktiv und gilt als Autor des Drehbuchs zum antisemitischen Film „Der ewige Jude“.² Sein Einfluss wurde später von Köpfen der PSK/PSV geleugnet, oder aber seine Rehabilitierung mit der Begründung versucht, er sei „an erster Stelle leidenschaftlicher Antikommunist“ gewesen. (Schimmeck S. 6f)

Lautsprecher-, Flugblatt- und Radiokompanien

Als Folge der Initiative von Strauß wurde am 1.10.1959 die Lautsprecher- und Flugblattkompanie 983 der Bundeswehr auf-



Radio Andernach im Afghanistaneinsatz Foto:Rafoss/Wikipedia 2007.

gestellt. Dabei wurden zunächst aus den drei Truppenteilen Heer, Luftwaffe und Marine Personen ausgewählt, die durch vorherige Ausbildungen oder anderweitige Vorkenntnisse die benötigten Fähigkeiten mitbrachten. Die erste Unterbringung der Truppe befand sich passend zu ihrem geheimen Auftrag in einem angemieteten Hotel im Westerwald. Bereits am 4.11.1959 wurde von Verteidigungsminister Strauß die Aufstellung der Radio-Kompanie 993 angeordnet. Mit diesen neugegründeten Einheiten konnten die damals gewünschten Aufgaben der Flugblätterstellung und Verteilung, der Propaganda via Lautsprecher, sowie das Erstellen und Senden von Radioprogrammen abgedeckt werden.

Wie schon während der Gründung gab es in der Ausbildungs- und Beschaffungsphase einen regen Austausch mit der US Army. Regelmäßige Besuche bei der „5th Loudspeaker and Leaflet Company“ in Böblingen halfen der neuen Truppe zwischen 1960 und 1962 auf die Beine. Trotz Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung standen den Einheiten bereits 1960 eine Druckmaschine, ein mobiler Sendemast sowie Lautsprecher aus Bundeswehrbeständen zur Verfügung. Neben der Erprobung weiterer Verbreitungsmethoden wie einem Flugblatttraketwerfer³ waren die Flugblattballons das Mittel der Wahl für die ersten Einsätze.⁴

Lehrgruppe PSK

Bereits 1959 wurden erste Offiziere und „zivile“ WissenschaftlerInnen durch das Verteidigungsministerium damit beauftragt, eine Forschungs- und Lehrereinrichtung für Psychologische Kampfführung aufzubauen. Ziel war es, Führungskräfte der Bundeswehr über die Möglichkeiten der PSK zu unterrichten und SpezialistInnen für die PSK-Einheiten auszubilden. Dabei sollten sechs Offiziere und sechs WissenschaftlerInnen⁵ die Basis der Lehrgruppe stellen. Am 9. Oktober 1961 nahm die „Lehrgruppe PSK“ in einem Hotel in Rheinbach ihre Arbeit auf. Als

Schulungsorte dienten auch Gasthäuser in der Region um Bonn. Neben Soldaten wurden bereits in den ersten Tagen auch ZivilistInnen, aus Organisationen die der Bundeswehr nahe standen, dort geschult. Alle LehrgangsteilnehmerInnen wurden zu MultiplikatorInnen der PSK/PSV ausgebildet. Sie sollten propagandistische Angriffe auf BRD und Bundeswehr erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen beherrschen, sowie die sicherheitspolitische Diskussion mit der Bevölkerung suchen. Unter dem Stichwort Psychologische Rüstung (PSR) als ergänzende Aufgabe zwischen Innerer Führung und Psychologischer Kampfführung (PSK) sollten auch innerhalb der Bundeswehr die Zustimmung zur Verteidigungspolitik und die Abwehr von gegnerischer Propaganda durchgesetzt werden. Unter der Regierung Brandt wurden Bundeswehrangehörige 1970 als Zielgruppe der PSV offiziell ausgeschlossen, was jedoch nie konsequent umgesetzt wurde. Ein Beispiel hierfür ist der Soldatensender Radio Andernach, der seit 1975 bis heute Bundeswehrangehörige im Einsatz beschallt.

Im Lehrbereich der nach der Aufbauphase in Euskirchen angesiedelten PSK/PSV-Schule wurden pro Jahr durchschnittlich zwischen 800 und 1000 Personen in rund 40 Lehrgängen mit einer Dauer von je vier bis 40 Tagen unterrichtet. Dabei wurden Vorträge, Seminare, Gruppenarbeiten, Planspiele und Diskussionsübungen eingesetzt. Die Lehre der PSK/PSV-Schule richtete sich dabei an fünf Zielgruppen: Lehrgänge für **Führungskräfte der Bundeswehr** sollten vermitteln, wie der Zusammenhalt in der eigenen Truppe bereits im Frieden zu stärken sei, wie GegnerInnen mit psychologischen Mitteln bekämpft werden können und wie „die Bevölkerung im Kampfgebiet im Sinne des eigenen Auftrags beeinflusst werden“ könne. *„Die PSK/PSV-Schule war in der Bundesrepublik zeitweise die einzige Schule, die sich mit dem Verhalten der Zivilbevölkerung in Krise und Verteidigungsfall befasste.“* (Drews S. 160)

In Informationslehrgängen für **Offiziere verbündeter und befreundeter Staaten**, die zweimal jährlich stattfanden, ging



Verteidigungsminister Franz Josef Strauß bei Militärmanöver
Foto: Atwood/Wikipedia 1960.

es vor allem um einen internationalen Austausch. Laufbahnlehrgänge der **PSK/PSV-Truppe** dienten der Eignungsfeststellung und der Vorbereitung auf anstehende Beförderungen. Die Verwendungslehrgänge stellten den eigentlichen Kern der Ausbildung für die PSK/PSV-Truppe dar. Nach dem Durchlaufen von Grundlehrgängen, die vor allem politisch/ideologisch ausgerichtet waren, wurden die Verwendungslehrgänge in den vier Gruppen Lageauswertung, Druck, Hörfunk und Lautsprecher abgehalten, um inhaltliches und technisches Wissen der Spezialgebiete zu vermitteln.⁶

Die 1969 ausschließlich für **Jugendoffiziere** konzipierten Seminare für Diskussionstechnik und Argumentation sollten Grundlagen der verbalen Auseinandersetzung mit „bundeswehrkritischen Standpunkten“ und „bundeswehrfeindlichen Gruppen“ vermitteln.⁷ In einem kritischen Kommentar des WDR 1989 heißt es dazu: „Hier werden Soldaten geschult, wie sie in friedenspolitische Denkstrukturen eindringen und primitive Bedrohungsängste am Leben halten können.“ (Westdeutscher Rundfunk 3, 1989, zitiert nach Drews S. 162)

Für **zivile TeilnehmerInnen** der PSK/PSV-Schule wurden Informationslehrgänge abgehalten, die Personen u.a. aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Bundes- und Landesbehörden, Verwaltung, Gewerkschaften und Presse zu MultiplikatorInnen im Sinne der PSK/PSV schulen sollten. Eine zentrale Rolle spielte auch hier der Umgang mit „bundeswehrkritischen“ und „bundeswehrfeindlichen“ Gruppen.

Studiengesellschaft für Zeitprobleme

Die 1961 gegründete Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V. war eine Tarnorganisation der PSK/PSV. Im Auftrag des Verteidigungsministeriums (BMVg) versuchte sie die Bevölkerung der

BRD, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, im Sinne der „Verteidigungsbereitschaft“ mittels Publikationen und Seminaren zu beeinflussen. Aber auch direkte PSK/PSV-Aktionen gegen die DDR wurden über die Studiengesellschaft abgewickelt. Die Vereinsspitze sowie die Mitglieder wurden direkt aus dem Referat PSK/PSV im BMVg und einem ihm nahe stehenden Personenkreis rekrutiert. Dabei kamen die finanziellen Mittel immer direkt aus dem Ministerium. In den Jahren 1981 bis 1988 beliefen sich die Mittel laut Bundesregierung auf rund eine Million Deutsche Mark pro Jahr. (Deutscher Bundestag Drucksache 11/4360) In den Anfangsjahren beschränkten sich die Tätigkeiten dabei vor allem auf interne Seminare und Publikationen, die sich an handverlesene Studierende⁸ richteten und vor allem auf Wissensvermittlung über den Kommunismus im Sinne der PSK/PSV ausgerichtet waren. Vergleichbar mit den PSK/PSV-Schulungseinrichtungen wurde das Ziel verfolgt, MultiplikatorInnen zu finden und auszubilden, die die Weltanschauung der PSK/PSV in der Gesellschaft vertraten. Dabei sollten Netzwerke von bundeswehrrahmen Studierenden als Gegenpole zu rechts- sowie vor allem linksradikalen Gruppen in der Studierendenschaft aufgebaut werden.

Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen

Die Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen e.V. (DGfSB) war eine Anfang 1963 gegründete „zivile“ Organisation, die durch das Referat für PSK/PSV aus dem Verteidigungsministerium heraus gesteuert wurde. Zentrale Aufgabe war die Integrationshilfe für geflüchtete Uniformträger der DDR in die westdeutsche Gesellschaft.

Der Vereinsgründung 1963 war die Erkenntnis vorausgegangen, dass in den Jahren 1960 bis 1962 rund 36% der geflüchteten NVA-Soldaten und Volkspolizisten trotz einer bevorstehenden Gefängnisstrafe in die DDR zurückkehrten. Nachdem in einer Besprechung im Bundeskanzleramt die relevanten Geheimdienste (BND und VS) und mehrere Ministerien die Zuständigkeit für diese spezielle Flüchtlingsgruppe ablehnten, wurde die Problemlösung in die Verantwortung des Verteidigungsministeriums gestellt. Neben dem moralischen wie propagandistischen Misserfolg wurde die Rückkehr von geflüchteten Uniformträgern in die DDR auch als Sicherheitsproblem gesehen. Eine Integration dieser Flüchtlingsgruppe hingegen konnte für eigene Informationsbeschaffung und Propaganda, u.a. der PSK/PSV, genutzt werden und sollte die Betroffenen festigen, um dem befürchteten Druck der Staatssicherheit, die auch in der BRD agierte, Stand zu halten. Der 1963 mit Hilfe diverser Umwege zur Geheimhaltung gegründete Verein wurde von Bundeswehroffizieren, Mitgliedern des Bundestages, MitarbeiterInnen des Familienministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen sowie weiteren handverlesenen Mitgliedern betrieben. Den Vorsitz des Vereins übernahm zumeist die/der jeweilige ReferatsleiterIn PSK/PSV im BMVg, um den direkten Auftrag aus dem Ministerium umzusetzen.

Für die konkrete Betreuungsarbeit, die bereits im Sommer 1963 begonnen wurde, waren angestellte AußendienstmitarbeiterInnen zuständig. Deren Aufgabe war es, ihre „Zielpersonen“ ab dem ersten Schritt im Aufnahmelager über die Arbeitssuche bis zu einer gefestigten gesellschaftlichen Position in der BRD zu begleiten. Ihre Mittel waren Vorortbesuche und Gespräche, regelmäßiger Briefkontakt, „aufklärende“ und unterstützende Broschüren sowie kleinere Geldbeträge und Darlehen. Zentrale Schwierigkeiten der gesteuerten Integration waren Probleme bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Identitätskonflikte und Anpas-

sungsprobleme in einer stärker durch Konkurrenz geprägten Gesellschaft und der damit einhergehende Verlust von Privilegien, fehlender familiärer und sozialer Rückhalt sowie Heimweh. (Drews S. 263ff) Die gesamte Finanzierung der DGfSB wurde von Bundesministerien, Geheimdiensten und Institutionen der Bundesländer übernommen und belief sich auf durchschnittlich 450.000 DM pro Jahr.

Propagandaeinsätze von 1961 bis 1972

Mit dem Mauerbau und dem Schießbefehl im Jahr 1961 verschärften sich die Spannungen zwischen BRD und DDR zusehends. In diesem Klima wurde die Einsatzfähigkeit der PSK massiv vorangetrieben. Ein Grundsatzbefehl aus dem BMVg zur Durchführung von Flugblattballoneinsätzen wurde im Herbst 1961 mit Billigung aller im Bundestag vertretenen Parteien erteilt. Dabei sollte Propagandaeinsätze aus dem Osten⁹ offensiv begegnet werden und NVA-Angehörige, im speziellen die Grenztruppen, mit Gegeninformationen zur DDR-Wehrerziehung versorgt werden. Erste Ballons der PSK-Truppe überquerten im Winter 1961 die Grenze zur DDR und warfen dort Flugblätter ab. (Drews S. 189)

Bald wurde die PSK auf drei Kompanien mit je einem Ballonzug, einem Lautsprecherzug und einem Flugblatttraketenzug ausgebaut, die in Münster, Koblenz und Ulm stationiert waren.¹⁰ Die Radio-Kompanie, mit mobilen Sendeanlagen und redaktionellen Fähigkeiten ausgestattet, wurde nach einem Jahr nach Andernach verlegt.¹¹ Der PSK-Rundfunk kam allerdings nur im Sommer 1962 und 1963 jeweils wenige Tage lang aktiv gegen die DDR zum Einsatz und strahlte in den Nachtstunden Hörfunksendungen für NVA-Angehörige aus. Das unter extremer Geheimhaltung gegründete PSK-Sendebataillon war angeblich bereits 1965 besser als die US Vorbilder ausgerüstet. Die Weiterentwicklung hatte hohe Priorität, da das PSK-Sendebataillon auch als „Notstandssender“ für den Fall einer Invasion oder innerer Unruhen eingeplant war.

Für die Flugblattverschickungen, die von Beginn an zum Einsatz kamen, bauten die Ballonzüge der PSK temporäre Lager in Wäldern in der Nähe zur Grenze auf, die günstig gelegen waren, um die Wasserstoffballons mit den häufigen Westwinden in die ausgewählten Zielgebiete der DDR zu tragen und dort per mechanischem Zeitauslöser die brisante Last abzuwerfen.¹² Dabei konnten in einer Nacht bis zu 300 Ballons mit über einer Tonne Propagandamaterial verschickt werden. Die für jeden Einsatz extra zur Verschwiegenheit verpflichteten Soldaten wurden angewiesen, neben der Uniform immer auch Zivilkleidung auf die Einsätze mitzunehmen, um nicht unnötig aufzufallen. Für die jeweiligen PSK-Einheiten wurden Tarnnamen genutzt, um die Aktivitäten zu verschleiern.

Zu Beginn wurden bei diesen Einsätzen vor allem kleine Flugblätter mit einfachen Parolen in die Regionen kurz hinter der Grenze verbracht.¹³ Mit der Zeit verfeinerten die PSK-Einheiten ihre Fähigkeiten auf redaktioneller und technischer Ebene. So wurden aus einfachen Parolen-Zetteln ausgeklügelte Zeitungen für ausgewählte Zielgruppen sowie ganze Bücher im Taschen-



Flugblatttrakte MGR-1 bei einer Bundeswehrparade auf dem Nürburgring 1969. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F029235-0024 / Schaack, Lothar.

format, die zumeist in grenznahen Gebieten in Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, aber auch während der Leipziger Messe im Stadtgebiet in die Lüfte verteilt werden konnten.

Die Inhalte der Flugschriften variierten von Parolen gegen den Schießbefehl über plakative Postkarten zur Reisefreiheit und Warenvielfalt im Westen (sogar mit einfachen Kopien von Seiten aus Neckermann-Katalogen) bis hin zu Beschreibungen von geglückten Fluchtversuchen, Hinweisen über Möglichkeiten, den Schießbefehl „praktisch zu verweigern“ (Drews S. 415) sowie ganzen Zeitungen, die in einer Vielzahl von Artikeln Ereignisse des Zeitgeschehens bewerteten und der PSK-Linie entsprechende Lesarten propagierten. Dabei wurden neben bundeswehreigenen Propagandaerzeugnissen auch Auftragsarbeiten, beispielsweise von der CDU, versandt.¹⁴

Unterstützung bei ihren Propagandamissionen erhielt die PSK-Truppe nicht nur von staatlichen Stellen. So gab es ZivilistInnen, zumeist unter Führung von Reserveoffizieren, die der PSK-Truppe bei den Balloneinsätzen mit dem Anliefern von Flugblättern oder dem dringend benötigten Wasserstoff für die Befüllung der Ballons tatkräftig halfen. Bereits in den Anfangsjahren 1957/58 wurden von den zuständigen ReferatsleiterInnen im Verteidigungsministerium „zivile“ SozialwissenschaftlerInnen angeheuert und Kontakte zu Ex-Offizieren der Wehrmacht geknüpft, die Verlage oder weitere Firmen im Bereich Medien und PR führten. Diese Verbindungen konnten genutzt werden, um erste Druckerzeugnisse zu erstellen, ohne unnötiges Aufsehen zu erregen.

Proklamiertes Leitbild der PSK/PSV-Propaganda war u.a. „Empathie“ gegenüber den Menschen der DDR und „Glaubwürdigkeit“, also die Verwendung von nachprüfbareren Informationen. (Drews S. 240) Eine strikt antikommunistische Grundeinstellung und die Verwendung von Informationen mit der Intention der „Umerziehung“ machte es allerdings unmöglich, diesen vermeintlichen Idealen gerecht zu werden.¹⁵ In den ersten Jahren wurde dem Grundsatz der Empathie teilweise besonders drastisch widersprochen. So gibt es beispielsweise ein PSK-Flugblatt zu Ausbildungszwecken aus den frühen 60er Jahren mit der Abbildung eines kopflosen Soldaten und dem Text „Du wirst zermalmt“, das mit der Atombombe droht. (Hutchings Min. 6'10) Sogenannte graue Propaganda, also die Verschleierung der Herkunft einer Information, und sogenannte schwarze Propaganda, also bewusste Lügen und Täuschungen, kamen zum Einsatz.

Zur Erlangung einer Einschätzung der Wirkung der Einsätze der PSK beinhalteten ausgewählte Flugschriften ab 1962 die Bitte, eine anonymisierte Antwort via Post an eigens vom MAD eingerichtete Briefkästen zu senden. Diese Bitte wurde auch in das Programm der sporadisch ausgestrahlten Radiosendungen der PSK integriert. Weitere Quelle waren die aus der DDR geflüchteten Uniform- und FunktionsträgerInnen, die u.a. von PSK-SoldatenInnen befragt wurden, sowie die Analyse von Veröffentlichungen der NVA zu für die PSK relevanten Themen. Bei diesen Auswertungen gingen die Verantwortlichen von einer recht hohen Wirksamkeit ihrer Aktivitäten aus.¹⁶ (Schindelbeck S. 212ff und S. 225) Dabei ist allerdings zu beachten, dass die PSK/PSV auf Finanzierung und damit auf Erfolge angewiesen waren.

Neben den Aktivitäten der direkten Propaganda waren auch Maßnahmen gegen die Propaganda der NVA in der BRD Teil des Geschäfts der PSK/PSV. So wurden in „Zoll und Devisen Verbringungsstellen“ in Hof, in Hamburg und Hannover seit Anfang der 1960er Jahre sämtliche Postsendungen aus der DDR und dem Ostblock von GeheimdienstspezialistInnen aus dem Bundesnachrichtendienst unter die Lupe genommen. Bei Verdacht wurde die Post aussortiert, um dann PSK-Soldaten vorgelegt zu werden. Offizielles Ziel war es, Briefe aus dem Verkehr zu ziehen, die von DDR-Institutionen verschickt wurden, um Unruhe in der Bundeswehr und den Familien der Soldaten zu stiften. Der damalige PSK-Soldat und Zeitzeuge Thomas Mielke führt dies aus:

„Ich bin stutzig geworden nach einem oder zwei Jahren, als ich plötzlich einen Brief an meinen eigenen Schwiegervater in der Hand hielt, der stellvertretender Bürgermeister irgendwo war im Westfälischen. [...] Und wie viele Briefe da einfach nur aus Schludrigkeit oder aus Eigenmächtigkeit gegen jedes Gesetz einfach entsorgt worden sind, das sind Millionen gewesen pro Monat, Millionen.“ (Moser S. 4)

Öffentliche Kritik

Der Stern und weitere Printmedien beichteten ab 1964 erstmals über die Existenz der PSK und ihre Aufgaben, ohne dabei allerdings deren konkretes Vorgehen zu benennen. Im März 1965 wurden die Balloneinsätze der PSK durch einen Beitrag der Hessenschau öffentlich, nachdem fehlgeleitete Ballons inklusive Flugblättern rund um einen Kirmesplatz in der hessischen Provinz gelandet waren. Schon Ende 1964 hatte das Magazin einen Bericht über die Balloneinsätze senden wollen, die Ausstrahlung wurde allerdings unter Androhung einer Anklage wegen Landesverrats durch das BMVg verhindert. Daraufhin brachte die NDR-Sendung „panorama“ am 26.4.1965 trotz Einschüchterungsversuchen einen Beitrag, der die Bundeswehr als Quelle der Flugblätter benannte. Dies zog weitere Presseberichte und eine Bundestagsdebatte nach sich. Einzige Konsequenz aus dieser Affäre, in der das BMVg keinen schlüssigen Grund für die Flugblattverteilung liefern konnte, war die Beendigung der Ballonstarts in Hessen nach einem Verbot des amtierenden SPD-Innenministers. Zu diesem Zeitpunkt hatten die PSK-Einheiten bereits rund 100 Millionen Flugschriften über der DDR abgeworfen. In Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gingen die Einsätze ungestört weiter. Abgesehen von dem Vorfall in Hessen war es den politischen Eliten über Partei- und Landesgrenzen hinweg möglich, die Unterstützung der PSK durch Bundesgrenzschutz, Zoll, Landespolizeien und weitere Institutionen zu organisieren und weitestgehend geheim zu halten. Die Aktivitäten des PSK-Rundfunkbataillons in Andernach wurden im Februar 1966 zwar ausführlich im Spiegel besprochen, während der Einsätze zuvor kam eine Berichterstattung allerdings über vier Jahre nicht

zustande, weil die JournalistInnen mit dem Verweis auf Staatsgeheimnisse abgeblockt wurden. (o.A. Der Spiegel 7/1966)¹⁷

Ein für die PSK unangenehmes Kapitel in der Zusammenarbeit mit „zivilen“ Verlagen und Medienmachern bildet die so genannte Rowohl-Affäre im Herbst 1969. Nachdem linke VerlegerInnen und AutorInnen aus dem Hause mitbekamen, dass Minitaschenbücher für die Balloneinsätze des Verteidigungsministeriums in ihrem Haus gedruckt wurden, gab es einen internen und medialen Aufschrei. Karl Heinz Roth, der zuvor bei Rowohl unter Vertrag stand, gab daraufhin 1971 das Buch „Invasionsziel: DDR“ heraus, das sich mit den Aktivitäten der PSK und der Ostpolitik der BRD, sowie der inneren Repression gegen die Studentenbewegung ab 1967 beschäftigt. (Schindelbeck S. 216 und Neumann S. 7ff)

Im Sinne der Entspannungspolitik und aufgrund schwindenden Rückhalts für die Einsätze der PSK fand 1970 nach Anordnung von Verteidigungsminister Helmut Schmidt eine Umbenennung statt. Das „K“ für Kampfführung wurde durch ein „V“ für Verteidigung ersetzt, um den vermeintlichen Defensivcharakter der Einheiten zu unterstreichen. Mit der Umbenennung 1970 wurden die Truppenteile im Herbst auch örtlich umgruppiert. So entstanden aus den vorigen Kompanien der PSK-Truppe zwei PSV-Bataillone in Clausthal-Zellerfeld im Harz und in Andernach mit etwa deckungsgleichen Fähigkeiten im gesamten Aufgabenspektrum.

Schon in den Vorgesprächen zum Grundlagenvertrag¹⁸ 1972 einigten sich die Unterhändler Egon Bahr (BRD) und Michael Kohl (DDR) darauf, die Beeinflussung der Bevölkerung der Gegenseite zu unterlassen. So wurden die Balloneinsätze im Juni 1972 nach einer letzten Propagandaoffensive eingestellt. Mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages am 21.12.1972 war die Zeit der offensiven Propagandaeinsätze gegen die DDR vorüber. Über die während der heißen Phase in der DDR verhafteten PSK-Soldaten und auch über angebliche Todesopfer in ihren Reihen wurde und wird bis heute aus Geheimhaltungsgründen geschwiegen.

Nach dieser Wende der Außenpolitik der BRD verloren die Ballonzüge der PSV, aber auch die Redaktions- und Drucksparte plötzlich ihren Auftrag. Dies hinderte den restlichen Apparat der PSV aber nicht daran, sich weitere Aufgabenfelder zu suchen oder bereits angelaufene Projekte zu vertiefen.

Vom äußeren zum inneren Feind: Umstrukturierung 1972 bis 1989

Die Vereinbarungen des Grundlagenvertrages wurden in Teilen der Bundeswehr stark kritisiert, da davon ausgegangen wurde, dass die BRD ihre Einflussmöglichkeiten auf die NVA eingebüßt hätte, während von der DDR gesteuerte kommunistische Aktivitäten gegen die Bundeswehr jetzt nach Westdeutschland verlagert werden würden. (Drews S. 223f)

Bereits seit 1964 wurde in Bundeswehrkreisen, neben der eigenen verdeckten Kriegsführung, über einen möglichen verdeckten Krieg des Warschauer Pakts in der BRD und dessen Abwehr diskutiert. Pläne für den „inneren Notstand“ wurden geschmiedet und eine Kooperation von Bundeswehr und „ziviler Verteidigung“ – sprich Polizei und Behörden – geplant. Mit der Neuen Linken, die sich ab 1967/68 aus der Studentenbewegung entwickelte, bekam diese Debatte neuen Zündstoff. Die Notstandsgesetzgebung und Repression nach innen folgten und verschärften sich mit dem Aufkommen von bewaffneten Gruppen Anfang der 1970er massiv.



Moderne US-Army Flugblattverteilung in Herat Afghanistan. Foto: ISAF /Laurie L. Wood

Unter diesen Vorzeichen verlagerte sich der Schwerpunkt der PSV-Arbeit zusehends in den Bereich der Informationsbeschaffung und Propaganda innerhalb der BRD. Die Kapazitäten der PSV-Printmedien wurden jetzt bei Übungen von Großverbänden eingesetzt, um die betroffene Bevölkerung zu informieren, aber auch, um Feldzeitungen für die übende Truppe zu erstellen oder um bundeswehrinterne Informationsblätter sowie Werbung zu drucken und die Truppe damit für den Ernstfall fit zu halten.

Was den Bereich des Hörfunks anging, wurde das Training mittels Einsätzen bei Großübungen, aber auch als technische Unterstützung für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sowie die US-Army aufrechterhalten.

„Ein besonderes Übungsvorhaben war für das Andernacher Bataillon der halbjährige Unterstützungseinsatz bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. In Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk produzierte die Rundfunkkompanie für akkreditierte Journalisten der Olympischen Spiele Programmbeiträge.“ (Drews 2006 S. 226)

In den 1970er und 1980er Jahren konzentrierten sich die Radiomacher der PSV auf den möglichen Spannungs- oder Verteidigungsfall. Dafür wurde Anfang der 1980er Jahre das Projekt „Radio Bundeswehr“ gestartet, das im Ernstfall via Rundfunk auf die SoldatInnen des Warschauer Paktes einwirken sollte. In der Zielvorstellung sollte es möglich sein, im 24-Stunden-Betrieb auf Deutsch, Russisch, Polnisch und Tschechisch senden zu können.¹⁹ 1989 wurde das Projekt eingestellt. Im September 1987 produzierte die PSV während einer Großübung von rund 75.000 deutschen und französischen SoldatInnen in Süddeutschland das erste und einzige Mal Livesendungen, die als Begleitprogramm für SoldatInnen und Bevölkerung über den Bayerischen Rundfunk unter dem Namen „Oliv Aktuell“ öffentlich ausgestrahlt wurden. Dabei waren die Sendungen bis in Teile Frankreichs, Englands und der DDR zu hören. Der interne Truppenbetreuungssender „Radio Andernach“, der 1975 von der PSV für wenige Bundeswehrsoldaten in den USA und Kanada geschaffen wurde, verzeichnete bis 1990 stark wachsende Hörerzahlen. Bis heute laufen die Sendungen von „Radio Andernach“ in Einsatzgebieten der Bundeswehr rund um den Globus.

Das Einsatzmittel Lautsprecher der PSK/PSV stand schon vor 1972 im Schatten der anderen Sparten und wurde kaum aktiv gegen die DDR eingesetzt. Nach 1972 wurden die Lautsprecher-

kräfte neben der Übung für den Ernstfall auch während Manövern, bei öffentlichen Großveranstaltungen der Bundeswehr und bei Katastropheneinsätzen eingesetzt. Darüber hinaus wurden sie gegen Demonstrationen und Sitzblockaden im Bereich von Bundeswehranlagen verwendet. (Drews S. 233ff)

Um die „Feinde der Wehrbereitschaft“ im Inneren, die im Weltbild der PSK/PSV generell unter „Ostverdacht“ standen, im Blick zu behalten, hatte sich die PSK/PSV über die Jahre ein eigenes Netz zur Informationsbeschaffung aufgebaut. Über das Vorgehen Mitte der 1960er Jahre berichtet Zeitzeuge Mielke:

„Es gab die Ostermarschierer damals. Es gab also große Ängste [...], wenn da so 100 oder 1000 oder 3000 Leute auf irgendwelche Kasernen zumarschieren und für den Frieden waren. So, dann gab's also nur eine Möglichkeit: Wir mussten auch für den Frieden sein. Also was machten wir? Wir wurden Mitglied. Es gab also eine ganze Reihe von Soldaten, die dann bei der Friedensunion Mitglied wurden, in zivil natürlich. [] Wir waren letzten Endes Erfüllungsgehilfen des Verfassungsschutzes. Weil: die hatten keine jungen Leute. [...] Es geht ja sogar so weit, und das ist der extreme Fall, dass man bestimmten Leuten, wo am nächsten Tag eine Razzia sein sollte, oder mal ne Hausdurchsuchung und so, nachts noch was reingelegt hat, damit auch was gefunden wird.“ (Moser S. 4f)

Der perfide Auftrag zur Ausspähung wurde in den 70er und 80er Jahren noch ausgebaut. Die Dienstvorschrift „Zdv 1/200 VS-NfD Psychologische Verteidigung“ von 1983 (Hutchings Min. 8'50) teilte die gesamte Bevölkerung der BRD in folgende Kategorien ein:

- „Extremistische Gruppen“ und „Störergruppen“
- Zielgruppen mit „negativer Einstellung zur Wehrbereitschaft und zu Einzelproblemen der Verteidigung“
- sowie Gruppen, die „dem Wehrdienst indifferent gegenüberstehen“.

Im Raster der PSV waren folglich alle Menschen Gegenstand der Beobachtung und Überwachung, die sich nicht absolut kritiklos hinter die Bundeswehr stellten. Ein über die gesamte BRD verteiltes Netz von PSV-Offizieren in allen Wehrbereichskommandos, Territorialkommandos und Korps (Schimmeck S. 3) sammelte fleißig selbst Informationen oder bediente sich bei anderen Stellen. So durften laut Dienstvorschrift PSV-Stabsoffiziere „Erkenntnisse über Bevölkerungsgruppen“, die „bei ande-

ren Stabsabteilungen oder Dienststellen auffallen“ (Zdv 1/200 zitiert nach Hutchings Min. 8'51), einholen. Darunter sind der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Bundesnachrichtendienst (BND), die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern sowie weitere Geheimdienste zu verstehen. Der in der PSV-Truppe ausgebildete spätere Leiter der Zielgruppenanalyse der Operativen Information²⁰ Reinhard Dressler spricht von verdeckter Beobachtung von Veranstaltungen von BundeswehrgenauerInnen und nennt als Beispiele den Kommunistischen Bund Westdeutschland und die KPD/ML. (Hutchings Min. 8'21) Neben den Aktivitäten von K-Gruppen wurden anscheinend auch „Hochschulwahlergebnisse und GEW-Demonstrationen“, „Berater von Kriegsdienstverweigerern“, „Christen, Grüne, Wissenschaftler, Tieffluggegner und Weltbank-Kritiker“, sowie Medienberichte – z.B. eine „Sendereihe im TV-Programm des WDR“ (Schimmeck S. 3f) – beobachtet.

In den Jahren 1988/89 wurde die Notwendigkeit der Verteidigung gegen äußere Feinde in der westdeutschen Bevölkerung immer weniger gesehen. Dies erzeugte eine Identitätskrise der Bundeswehr, für die „der Feind im Osten“ sinnstiftendes Moment seit den Gründungstagen war. Gegen diese Entwicklung versuchte die PSV-Truppe noch 1989 anzutreten. Dabei lag der Schwerpunkt der Arbeit zu dieser Zeit längst zu zwei Dritteln im Inneren der BRD. MeinungsmultiplikatorInnen wurden als aktuelles Einsatzmittel im Gegensatz zu Lautsprecheransagen und Flugschriften gesehen. Gegenüber den regulären Truppenteilen der PSK/PSV kam dem intensiven Forschungs- und Schulungswesen, das nicht nur von Bundeswehrangehörigen genutzt wurde, und den Tarngesellschaften, die der Truppe u.a. bei Informationsbeschaffung und Inlandspropaganda unter die Arme griffen, bereits zuvor eine stetig wachsende Bedeutung zu.

Ein wichtiger Baustein der Arbeit der Studiengesellschaft für Zeitprobleme waren etwa Seminare, die von externen TrägerInnen, z.B. einem Dachverband von Studentenverbindungen, ausgerichtet und abgehalten wurden. Finanziert von der Studiengesellschaft behielt diese aber die Hoheit über ReferentInnen und Inhalte. Auf diesem Wege konnten ab 1972 weitere Zielgruppen innerhalb der Studierendenschaft mit geringem Arbeitsaufwand erschlossen werden. Neben dem Seminarwesen hielt die Studiengesellschaft für Zeitprobleme regelmäßig wissenschaftliche Symposien, Fachtagungen und Konferenzen ab, die in Kooperation mit weiteren TrägerInnen veranstaltet wurden. Mit ausgewählten namhaften WissenschaftlerInnen wurde dort über den Ost-West-Konflikt getagt und die Forschungsergebnisse von der Studiengesellschaft sowie durch Dritte veröffentlicht. Über Tagungsergebnisse hinaus war die Studiengesellschaft damit beschäftigt, verschiedenste Publikationen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei handelte es sich um Broschüren, Schriftenreihen bzw. Aufsatzsammlungen und Monographien. Ein Teil wurde direkt von Mitgliedern der Studiengesellschaft und der PSK/PSV angefertigt. Zudem wurden externe WissenschaftlerInnen mit Arbeiten beauftragt und die Publikationsrechte an weiteren Schriftstücken aufgekauft. Der Vertrieb wurde dabei von der Studiengesellschaft selbst, aber z.B. auch über die Markus-Verlag GmbH²¹ in Köln übernommen.

In den 1980er Jahren wurde die Zielgruppe von externen Seminaren auf SchülerInnen, LehrerInnen und Jugendverbände ausgeweitet. Als größte öffentliche Aktion der Studiengesellschaft für Zeitprobleme kann dabei ihr Auftritt auf der DIDACTA 1985, einer Messe für Lehrpersonal in Stuttgart, gesehen werden. Aber auch die Einführung von Seminaren speziell für Geschichts-, Politik- und GesellschaftskundelehrerInnen war ein großer Schritt bei der Erschließung von Schulen. Mit einem Umweg

über die Studiengesellschaft versuchte die Bundeswehr dabei die Erziehung von Jugendlichen zu treuen, wehrbereiten StaatsbürgerInnen selbst in die Hand zu nehmen. Diese Aufgabe wurde innerhalb der PSV, aber beispielsweise auch von Verteidigungsminister Helmut Schmidt als sträflich vernachlässigtes Aufgabefeld der Schule gesehen.²²

Größte Zielgruppe nach der Öffnung der Studiengesellschaft in die Bereiche Schule und Jugend waren LehrerInnen der Politik und Sozialkunde. Mit Schriftenreihen wie „Demokratische Verantwortung“ oder „Beiträge zur politischen Bildung“²³ sollten LehrerInnen durch die bereits didaktisch für den Unterricht aufbereiteten Unterlagen unwissentlich zu MultiplikatorInnen der Wehrbereitschaft im Sinne der PSV gemacht werden, was teilweise auch gelang. Das Ausmaß dieser Beeinflussung wird klar, wenn man betrachtet, dass Mitte der 80er rund 100.000 Schriftstücke im Jahr von der Studiengesellschaft ausgeliefert wurden. Neben den Schriftstücken wurden ab 1979 auch Filme von der Studiengesellschaft in Auftrag gegeben, die vor allem die Argumente der Friedensbewegung diskreditierten und einseitig Werbung für den Wehrdienst machten. Die über Landes- und Kreisfilmstellen sowie Landeszentralen für politische Bildung vertriebenen Filme der Studiengesellschaft erreichten 1983 rund 44.000 Zuschauer in 1.634 Vorführungen, wobei nicht alle Verleihstellen Zahlen übermittelten. (Drews S. 311f)

Von 1961 bis 1989 konnte die Finanzierung und Steuerung der Studiengesellschaft aus dem Verteidigungsministerium vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Für diese Geheimhaltung gab es mehrere Gründe. Erstens versprach man sich höhere Akzeptanz, so beschreibt eine Dienstvorschrift den Aufgabenbereich als *„Mitwirken beim Abbau negativer Einstellungen zur Verteidigungsbereitschaft und zu Einzelproblemen der Verteidigung bei solchen Zielgruppen, die mit Informationen wirksamer erreicht werden, wenn die Bundeswehr nicht in Erscheinung tritt.“* (ZDV 1/200, 1984, zitiert nach Drews S. 286). Zweitens konnte die Studiengesellschaft aufgrund der befürchteten Gegenpropaganda aus der DDR nicht offen agieren und drittens gab es ernsthafte Legitimationsprobleme für eine direkte Einflussnahme der Bundeswehr auf Erziehung und Meinungsbildung der Bevölkerung bei einem gleichzeitig propagierten Bild einer offenen und freiheitlich demokratischen Gesellschaft.

Knapp ein Jahr nach dem Umzug der PSV-Schule nach Waldbröl 1986 wurde die Einrichtung in Akademie der Bundeswehr für Psychologische Verteidigung umbenannt, was mit einem Aufstieg innerhalb der Bundeswehrehierarchie einherging. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurde auch die inhaltliche Ausrichtung der politischen Großwetterlage angepasst. In Zeiten von Glasnost und Perestroika stand nach Selbstdarstellung der Akademie nicht mehr die Psychologische Verteidigung mit einem klaren Feindbild im Osten im Vordergrund.²⁴ Vielmehr wurde die Strategie der „psychologischen Konsolidierung“ im Sinne einer Entschärfung von Spannungen, Aufnahme eines Dialogs, sowie die Nutzung der deutschen Sprache im Sinne einer Einigung und der Beförderung von „Ganzheitsdenken“ in der PSV-Akademie entwickelt und gelehrt. Die Gliederung der PSV-Akademie wurde im Gegensatz zur Vorgängerorganisation nicht mehr in einen militärischen und einen wissenschaftlichen Bereich geteilt, sondern in gemischten Bereichen organisiert. Der inhaltliche Schwerpunkt der Lehre und Forschung der Akademie wurde dabei mehr als je zuvor in Richtung Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit bzw. Wehrpropaganda innerhalb der BRD verschoben. Ein letzter verzweifelter Ansatz war die Erschließung neuer Zielgruppen, in diesem Fall der Frauen, mit dem Ziel, „Wachsamkeit an den Mann zu bringen.“ (Schimmeck S. 10)

Ende oder Neuanfang? 1989 und 1990

Am 17. Januar 1989 strahlte der Westdeutsche Rundfunk die Fernsehsendung Monitor und eine Radiosendung auf West 3 mit dem Titel „Psychologische Verteidigung – Ein geheimer Staatsapparat in Waldbröl“ aus. Darin wurde die PSV-Akademie als „Bastion der Psychosoldaten“ bezeichnet und mit einem „psychologischen Laboratorium“ verglichen, sowie Parallelen zwischen PSV und NS-Propaganda gezogen. Die Offiziellen der Akademie wussten sich darauf nur mit halbherzigen Richtigstellungen, Pressemitteilungen und Programmbeschwerden gegen den WDR zu helfen. Der PSV-Wissenschaftler Buchbender ging sogar so weit, hinter der Berichterstattung eine Kampagne der Staatssicherheit der DDR zu wittern.

Mit dem Fall der Mauer am 9.11.1989 und der damit einhergehenden Auflösung der „eisernen“ Grenze zwischen DDR und BRD war die zuvor bereits vorhandene Skepsis der Bevölkerung und der Medien gegenüber der Bundeswehr im Allgemeinen und der Psychologischen Verteidigung im Speziellen auf einem Höhepunkt angelangt. In Reaktion auf den Monitor-Bericht wurde eine öffentliche Debatte geführt und darin die Aktivitäten der PSK/PSV, besonders die Inlandspropaganda und die Ausspähung, stark kritisiert. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 11/4360) von Dr. Alfred Mechttersheimer²⁵ und der Fraktion der Grünen wurden 1990 viele kritische Fragen zum PSK/PSV-Komplex gestellt, die aus dem Verteidigungsministerium ausweichend oder gar nicht beantwortet wurden und so kaum zur Aufklärung beitragen konnten. Einzig die Verschwiegenheit über ein fragwürdiges Kapitel der Geschichte der Bundeswehr wurde ein weiteres Mal demonstriert. Im Zuge der Heeresreform 2000 war bereits im September 1989 das PSV-Bataillon in Clausthal-Zellerfeld, eine der vormaligen Säulen der PSV, aufgelöst worden. Das PSV-Bataillon in Andernach, noch bis 1989 mit rund 400 Personen in Bereitschaft für den Einsatz, wurde im April 1990 durch Verteidigungsminister Stoltenberg außer Dienst gestellt.

Der steigende Druck der Öffentlichkeit veranlasste Stoltenberg dazu, die Psychologische Verteidigung der Bundeswehr und damit auch die PSV-Akademie zum Oktober 1990 komplett aus dem Repertoire der Bundeswehr zu streichen. Durch die bereits angesprochene Berichterstattung des WDR im Januar 1989 flog auch die Studiengesellschaft als Teil des PSV-Apparates auf. Im Zuge weiterer Recherchen diverser JournalistInnen wurde u.a. öffentlich, dass die Studiengesellschaft seit 1988 auch ein Forschungsprojekt an der Universität Münster zu „Glasnost und Perestroika“ unter Mitwirkung des PSV-Spitzenfunktionärs Ortwin Buchbender finanziert hatte.²⁶ Nach diesen und weiteren Enthüllungen wurden die Tätigkeiten der Studiengesellschaft für Zeitprobleme zum Jahresende 1990 eingestellt.

Nachdem die Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen in den Jahren 1963 bis 1990 insgesamt 2.064 Personen betreut hatte und die Zahl der Rückkehrer drastisch senken konnte, stellte die Gesellschaft ihre Arbeit 1990 im Zuge der Auflösung der PSV ein und wurde im Januar 1991 aus dem Vereinsregister gelöscht.

Während der Auflösung der Strukturen der PSV, getrieben von Opposition, Medien und Öffentlichkeit, wurde nach Angaben eines PSV-Insiders der Archivbestand des Führungsstabes der PSK/PSV im BMVg vernichtet. Diese Aussage deckt sich mit einer klaffenden Lücke zu den Stichworten PSK/PSV im Militärarchiv in Freiburg. (Moser 2007 S. 7ff)

Die starke Kritik zu Zeiten der Auflösung der Psychologischen Verteidigung hinderte die Bundeswehr aber nicht daran bereits 1990, im Jahr der Auflösung, neue Einheiten unter dem Namen Operative Information (OpInfo) und die Akademie der Bundes-

wehr für Information und Kommunikation (AIK) aufzubauen. OpInfo deckte dabei den operativen Teil der psychologischen Kriegsführung, sowie Schulungseinrichtungen für diesen Zweck ab und ist mittlerweile in Einsätzen in aller Welt aktiv. Die AIK übernahm den Teil der Forschung und Lehre zur Kommunikation mit der Zivilbevölkerung und prägt bis heute die strategische Kommunikation der Bundeswehr entscheidend mit.

Wie sehr der Geist der PSK/PSV in den Nachfolgeeinheiten weiterlebt, zeigt neben personellen Überschneidungen²⁷ eine Rede der damaligen Leiterin des Allensbach Instituts für Demoskopie Elisabeth Noelle-Neumann zur Eröffnung der AIK:

„Es geht nicht an, dass im Bereich der Verteidigung zwar höchste Anforderungen gestellt werden an militärische und ingenieurwissenschaftliche Grundlagen, Technik in Planung und Ausführung, dass aber die Sozialwissenschaften als ‚weiche Wissenschaften‘ denen überlassen werden, denen militärische Werte an sich ein Ärgernis sind, denen die konservativen Werte wie Disziplin, Gehorsam, Patriotismus, Nationalgefühl an sich ein Gräuöl sind, weil sie [...] in ihrer Lebensnotwendigkeit und Notwendigkeit zur Existenzsicherung nicht verstanden werden.“ (Noelle-Neumann)

Fazit

Bis zum Grundlagenvertrag 1972 führte die Bundeswehr unter dem Namen Psychologische Kampfführung einen verdeckten heißen Propagandakrieg gegen die DDR und weitere Teile des Warschauer Paktes. Mit Postkarten, Briefen, Flyern und Zeitungen, Radio und Lautsprechern, aber auch mit Postzensur in Kooperation mit Geheimdiensten und Tarnorganisationen wurde die Propaganda der DDR bekämpft sowie die uniformierte und zivile Bevölkerung östlich der Grenze aggressiv beeinflusst. Nach 1972 wendete sich die mittlerweile in Psychologische Verteidigung umbenannte Abteilung der Bundeswehr stärker in Richtung ihrer „inneren Feinde.“ Oppositionelle wurden systematisch bespitzelt, um Informationen zu gewinnen, und mit offener und verdeckter Propaganda wurde versucht Zustimmung für die Außen- und Verteidigungspolitik der BRD herzustellen. Dabei wurde auch nicht vor der verdeckten Beeinflussung von LehrerInnen und mit ihnen der gesamten SchülerInnenschaft halt gemacht. Wenn es in den Kreisen der PSK/PSV für nötig erachtet wurde, wurde auch zu Mitteln der verdeckten Propaganda und Indoktrination, sowie der Bloßstellung und Einschüchterung von KritikerInnen und GegnerInnen gegriffen.

„Die Folgen waren nur, dass die Freiheit dabei draufging. Und wenn ich jetzt mal sage, das hat nichts mit der CDU zu tun, weil die SPD das ganz genauso gemacht hat, dann heißt das eigentlich: Die gesamte Bundesrepublik Deutschland hat es immer gemacht, genauso wie die DDR. Also was regen wir uns auf eigentlich?“ (Thomas Mielke)

Diese Einschätzung des ehemaligen PSK-Soldaten Thomas Mielke greift als politische Bewertung viel zu kurz. Sie macht aber deutlich, dass die Erinnerung an die DDR, die um den 25. Jahrestag des Mauerfalls wieder stärker ins Bewusstsein rückt, vor allem eine der auf Seiten der Sieger geschriebenen Geschichte ist, wenn eine kritische Bewertung der aggressiven Politik der BRD, sowohl gegen die „Feinde im Osten“ als auch gegen die „eigene Bevölkerung“ fast völlig ausgeblendet wird. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ist nötig, kann aber nur im Kontext einer parallelen Aufarbeitung der Geschichte der BRD und deren Überschneidungen ernst genommen werden.

Ein klares Freund-Feind Schema in der Geschichtspolitik, die Aufrechterhaltung des immer noch nützlichen Antikommunismus und die Verdrängung unbequemer Ereignisse scheint für Politik und Medien ein willkommenes Motiv zu sein, um das

Bild des vereinigten, freien Deutschlands und der für die aktuellen Staatsziele mittlerweile in aller Welt kämpfenden Bundeswehr von Kratzern und Brüchen frei zu halten.

Die Aktivitäten der Bundeswehr im Bereich der psychologischen Kriegsführung und Forschung zur Einstellung der Bevölkerung als Grundlage für Propaganda und Beeinflussung haben nach 1990 keinen grundsätzlichen Bruch erlebt. Die Beeinflussung von militärischen GegnerInnen und der Bevölkerung in Einsatzgebieten sowie die Herstellung von Zustimmung für das Militär und seine Kriegseinsätze an der Heimatfront gehören zum festen Repertoire der Bundeswehr. In einem veränderten geostrategischen Umfeld und einer Verschiebung der Ideologie der AkteurInnen wurden die Bereiche der Psychologischen Kriegsführung getrennt. Das Zentrum Operative Information der Bundeswehr als Nachfolgeeinheit der PSV-Truppe organisiert die Psychologische Kriegsführung in den Einsatzgebieten, beispielsweise in Afghanistan, im Kosovo und im Kongo. Die Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, als Nachfolgeorganisation der PSV-Akademie, ist für die strategische Kommunikation der Bundeswehr und damit für die Herstellung von Ruhe an der Heimatfront zuständig. Sie bildet in bester Tradition – unterstützt durch die Forschung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr²⁸ und weiterer KooperationspartnerInnen – Jugendoffiziere sowie weitere SoldatInnen, ReservistInnen und Zivilpersonen (darunter auch JournalistInnen) zu MultiplikatorInnen aus. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit schult die AIK Offiziere in entsprechenden Positionen und berät Führungsstäbe und das BMVg bei Außendarstellung und Propaganda.

Im Gegensatz zur vorherigen PSK/PSV werden die Mittel dieser Kommunikation, wie die Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr oder durch das BMVg finanzierte Stiftungsprofessuren an öffentlichen Universitäten, mittlerweile völlig offen betrieben. Die Beeinflussung der Bevölkerung durch die Armee scheint ihre Anruchigkeit zu verlieren.

Die Kontinuitäten von NS-Propaganda zur PSK, sowie der gesamte Bereich der Wirkung der Einsätze der PSK/PSV auf Individuen und Gesellschaft sind kaum bearbeitet und diskutiert. Kontinuitäten und Brüche der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr von 1956 bis in die Gegenwart sind ein Gebiet, in dem dringend weiterer Forschungsbedarf besteht, ebenso hinsichtlich möglicherweise weiterhin bestehender Institutionen und Aktivitäten in der Tradition der PSK/PSV, die verdeckt arbeiten.

Abkürzungsverzeichnis:

AIK	Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BND	Bundesnachrichtendienst
DGfSB	Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen e.V.
OpInfo	Operative Information (der Bundeswehr)
PSK	Psychologische Kampfführung (der Bundeswehr)
PSR	Psychologische Rüstung
PSV	Psychologische Verteidigung (der Bundeswehr)
MAD	Militärischer Abschirmdienst
NVA	Nationale Volksarmee
VS	Bundesamt bzw. Landesamt für Verfassungsschutz
ZOI	Zentrum für Operative Information (der Bundeswehr)

Anmerkungen

1 Weitere Ausführungen zu Wirkungsweisen des Antikommunismus und seinen Spielarten in Deutschland nach 1945 finden sich bei Körner und Creuzberger / Hoffmann.

- 2 Im Goebbels-Ministerium war Taubert für „Aktivpropaganda gegen die Juden“ zuständig. Seine spätere Position als Propagandachef im „Generalreferat Ostraum“ machte ihn für Ministerien und Geheimdienste nach 1945 attraktiv.
- 3 Für den Ernstfall war die PSK-Truppe bis 1972 mit einem Raketenwerfer ausgerüstet, der in der Lage war Flugblätter über kurze Distanzen zu verschießen und den Feind damit zu beeinflussen. Bezeichnenderweise waren diese „Flugblattkanonen“ die ersten Raketenwerfer im Arsenal der Bundeswehr.
- 4 Neben den Wetterballons wurden in den 60er Jahren auch Sportflugzeuge und Schwimmvorrichtungen als mögliche technische Lösungen getestet, aber nach kurzen Testphasen verworfen. (Drews S. 209-212)
- 5 Als Fachbereiche wurden Politikwissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Werbewissenschaften und Slawistik ausgewählt.
- 6 Im technischen Bereich wurden Ausbildungen in den Sparten Layout, Grafik, Flugblattgestaltung und Druck, Studio- und Rundfunktechnik, sowie Lautsprecher-Technik abgehalten. Im Bereich Lageauswertung wurden Personen dazu ausgebildet, eine jeweilige Zielgruppe psychologisch zu analysieren und „Anfälligkeit“ und „Ansatzpunkte“ zu bestimmen, um diese in einem Auswertungsblatt aufzubereiten. PrintredakteurInnen sollten dazu befähigt werden, aus den Informationen der Auswertungsblätter kurze und prägnante Druckerzeugnisse zu erstellen. Ähnliches galt für HörfunkredakteurInnen, die Wort- und Musikbeiträge für Radiosendungen zusammenstellen können sollten. LautsprechersoldatInnen sollten Aufrufe texten und sprechen können, um Zielgruppen in Frieden und Ernstfall zu „lagebezogenem Verhalten anzuleiten“. Dabei sollten die Lautsprechereinheiten mit Kampftruppen, Pionieren, Militärpolizei und „zivilen Bedarfsträgern“ kooperieren. (Drews S.149 bis 156)
- 7 Aufgrund großer Nachfrage wurden die Seminare später auch für weitere (Reserve-)Offiziersgruppen mit direktem Kontakt zur Öffentlichkeit und für Feldjägeroffiziere angeboten. (Drews S. 147f)
- 8 Bedingungen für die Teilnahme an den Seminaren waren der Studienstatus und die deutsche Staatsangehörigkeit, sowie der vorherige Abschluss des Wehrdienstes. Bevorzugt wurden studierende Reserveoffiziere ausgewählt.
- 9 Die Streitkräfte und Geheimdienste der DDR arbeiteten propagandistisch auf diversen Ebenen gegen die BRD. So gab es einen Radiosender (Soldatensender 935), Flugblätter u. Zeitungen in Grenzzügen aus der DDR, Briefe an Soldaten und deren Ehefrauen (u.a. parfümierte Liebesbriefe, um Unruhe in die Familie zu bringen), Flugblattraketenwerfer und Propagandafeln im Grenzgebiet, Lautsprecherdurchsagen Richtung „Westen“, sowie Enthüllungen über höhere Bundeswehroffiziere. (Drews S. 222 und Schindelbeck S. 215)
- 10 Die häufigen Umbenennungen, Unterstellungswechsel und örtlichen Verlegungen der hier eingeführten Einheiten finden in dieser Arbeit nur Erwähnung, wenn sie zum Verständnis der Gesamtgeschehnisse beitragen. Weitere Informationen finden sich bei Drews unter: „Die PSK/PSV-Truppe – Anfänge, Truppenteile, Aufgaben, Personal und Material“. Eines blieb aber trotz aller Unterstellungswechsel über die Jahre unverändert: Die Befehle für Propagandaeinsätze kamen immer direkt aus dem Bundesverteidigungsministerium.
- 11 Der Ort Andernach in Rheinland-Pfalz spielt in der Geschichte der Bundeswehr eine besondere Rolle. So war Andernach der erste Stationierungsort des Heeres der Bundeswehr. Die PSK-Truppe zog 1962 in Andernach ein und war unter wechselnden Namen bis zur Auflösung 1990 dort stationiert. Anfang der Neunziger nahm die Nachfolgeeinheit der PSV namens „Operative Information“ ihre Arbeit in Andernach auf und war dort bis 2001 beheimatet. Der Betreuungssender der Bundeswehr für SoldatInnen im Auslandseinsatz, „Radio Andernach“, der noch aus der PSK/PSV Zeit stammt, sendet heute aus Mayen unter gleichem Namen Informations- und Unterhaltungsprogramm in die Einsatzgebiete in aller Welt.
- 12 Technische Details der Balloneinsätze finden sich bei Drews im Kapitel „Von der Auftragserteilung bis zur Verbringung mit Ballon und Flugblattrakete“.
- 13 Plakative Aufschriften waren beispielsweise „Neckermann macht’s möglich“ oder ein Aufruf zum „Großen Sprung“. (Schimmeck S. 5)

- 14 Schindelbeck berichtet von einem CDU-Flugblatt mit dem Titel „Die Welt weiß vom Unrecht in der Zone!“, das 1962 von der PSK-Truppe in die DDR versandt wurde und laut Antwortbriefen für einiges Aufsehen sorgte. (Schindelbeck S. 225f)
- 15 Mehr zu den Inhalten findet sich bei Drews im Kapitel „Flugschriften und weitere Druckerzeugnisse“ (Drews), sowie ausgewählte Originale im Anhang bei Drews, bei Roth und in den Aufsätzen von Schindelbeck und Bliembach im Sammelband „Propaganda in Deutschland“.
- 16 Die DDR-Dienstwege, z.B. der Befehl, feindliche Propagandaartikel aufzusammeln, stellten auf eine ganz eigene Art die Verbreitung sicher. So gibt es Berichte aus dem ländlichen Raum, die besagen, dass etwa 8-10 Personen ein Flugblatt in den Händen hielten und aller Wahrscheinlichkeit auch lasen, bis es vom Acker des Bauern zum lokalen Stasi-Offiziellen gelangt war. (Schindelbeck S. 224)
- 17 Laut Stern sendeten PSK-Einheiten 1968 in den Wochen des „Prager Frühling“ rund um das Eingreifen der Führung aus Moskau auf Wellenlängen abgeschalteter Sender der CSSR, was allerdings von offizieller Seite immer dementiert wurde.
- 18 „Grundlagenvertrag“ wird ein 1972 zwischen BRD und DDR ausgehandeltes Vertragswerk genannt, das im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ unter Willy Brandt eine de facto Anerkennung der DDR als souveränen Staat zur Folge hatte.
- 19 Ein Vorteil war dabei die örtliche Nähe der PSV-Schule zur Fremdsprachenschule der Bundeswehr, die zu dieser Zeit beide in Euskirchen angesiedelt waren.
- 20 Die im Jahr 1990 gegründete Nachfolgeeinheit der PSV der Bundeswehr.
- 21 Die Markus-Verlag GmbH wurde Anfang der 1950er Jahre vom NS-Propagandisten Eberhard Taubert gegründet, dessen Wirken bereits im Abschnitt „Die Anfänge der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr“ dargestellt wurde.
- 22 Der Leiter der PSV-Schule Klein sah beispielsweise die Rückendekung für die Bundeswehr an der Heimatfront als zentrale Aufgabe des Staates und damit auch der PSV. Als Negativbeispiel musste dafür der Vietnamkrieg herhalten, der seiner Meinung nach verloren ging, als die Gesellschaft der USA nicht mehr hinter der Armee stand. (Drews S. 135) Ein Augenmerk dieser Anschauung war dabei auf die Schulen gerichtet, die aber als unfähig angesehen wurden, die Verteidigungsbereitschaft der Jugendlichen herzustellen.
- 23 Nicht zu verwechseln mit der Publikationsreihe „Informationen zur Politischen Bildung“, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird.
- 24 Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass abgesehen von der Anfangszeit unter Strauß, ein klares Feindbild der PSK/PSV immer verneint wurde. Diese Behauptung lässt sich allerdings leicht widerlegen, denn verwendete Sprache, Einstellung der AkteurInnen, KooperationspartnerInnen und vieles mehr sind von einer stark antikommunistischen Einstellung geprägt, die teilweise auch offen vertreten wurde.
- 25 Mechttersheimer war Mitglied im RCDS und Stipendiat der Adenauer-Stiftung, bevor er über Parteiverbindungen zur PSK-Truppe kam und dort zeitweise in der Lehre aktiv war. Nach der Beendigung seiner Soldatenkarriere wurde er Vordenker der westdeutschen Friedensbewegung und in dieser Position parteiloser Bundestagsabgeordneter für die Grünen. Nach 1990 wandte er sich dem „nationalen Pazifismus“ zu und war in den 1990er Jahren als Vordenker der extremen Rechten und Begründer der Deutschland-Bewegung aktiv.
- 26 Besonders brisant war diese Enthüllung, weil die Universität Münster nach Verhandlungen einen Satellitenzugang zu Rundfunksendern der UDSSR erhalten hatte, die gegen sämtliche Vereinbarungen somit auch der PSV in die Hände fielen.
- 27 Die militärische Führung von OpInfo und AIK bestand nach der offiziellen Auflösung und Neugründung zwar aus neuen Gesichtern, im Bereich der Forschung und Lehre tauchte allerdings u.a. Ortwin Buchbender, einer der Frontmänner der PSK/ PSV erneut als Dozent und Leiter der wissenschaftlichen Gruppe in der AIK auf. Weitere Persönlichkeiten, beispielsweise der Leiter der Zielgruppenanalyse der OpInfo (Stand 2006), Oberstleutnant Hartmut Dressler, wurden bis 1989 in PSV-Bataillonen ausgebildet.

Er war einer der rund 20% der neuen OpInfo-Truppe, die bereits als PSV-KämpferInnen gedient hatten.

- 28 Seit 2014 unter dem Namen Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr aktiv.

Literaturverzeichnis

- Bald, Detlef (2005): Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte. 1955-2005. München: C.H. Beck
- Bliembach, Eva (1996): Worte als Waffe. Flugblattpropaganda im Kalten Krieg. In: Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Creuzberger, Stefan und Hoffmann, Dierk (Hrsg.) (2014): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung“, Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München: Oldenbourg
- Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.) (1996): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Drews, Dirk (2006): Die Psychologische Kampfführung/ Psychologische Verteidigung der Bundeswehr – eine erziehungswissenschaftliche und publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität
- Körner, Klaus (2003): Die Rote Gefahr. Antikommunismus in der Bundesrepublik. Hamburg: Konkret Literatur
- Neumann, Nicolas (1971): Eine Affäre vorweg. In: Roth, Karl Heinz (Hrsg.): Invasionsziel: DDR. Psychologische Kampfführung. Vom Kalten Krieg zur neuen Ostpolitik. Hamburg: Konkret
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1992): Öffentliche Meinung. Rede der Leiterin des Allensbacher Instituts zur Einführung in die Arbeit der Akademie am 8. Oktober 1990 in Waldbröl. In: Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (Hrsg.): Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation. Waldbröl
- Roth, Karl Heinz (1971): Invasionsziel: DDR. Psychologische Kampfführung. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik. Hamburg: Konkret Buchverlag
- Schindelbeck, Dirk (1996): Propaganda mit Gummiballons und Pappraketen. Deutsch-deutscher Flugblattkrieg nach dem Bau der Mauer. In: Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- o.A. (1958): Psychologische Verteidigung. Rauch am Horizont. In: Der Spiegel 39/1958 Hamburg: Spiegel-Verlag
- o.A. (1966): Rundfunkbataillon. Mütterliche Wärme. In: Der Spiegel 7/1966 Hamburg: Spiegel-Verlag
- Schimmeck, Tom (1989): „Wir müssen an Mütter und Bräutern“. Tom Schimmeck's Archiv
- Moser, Thomas (2007): Entsorgte Geschichte – Die dunklen Kapitel der Bundeswehrabteilung für psychologische Kampfführung. Baden-Baden: SWR2 Wissen - Manuskriptdienst
- Gesteuerte Demokratie? (2006): Regie/Drehbuch: Hutchings, Steven, Deutschland: Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main. Fassung: Online, 62'14 Min

Die Kirche und das Militär

von Jonathan Gerlinger

Die großen Kirchen in Deutschland arbeiten in verschiedenen Bereichen mit dem Militär zusammen. Zum Beispiel finden in jedem Jahr etwa 50 Militärmusik-Adventskonzerte in Kirchen statt.¹ Die Militärmusikkorps der Bundeswehr spielen dann weihnachtliche Melodien. Die Einnahmen gehen an kirchlich-soziale Projekte. Ein zweites Beispiel ist die Militärseelsorge. Es gibt in Deutschland etwa 200 Stellen für Militärpfarrer/innen.² Die Militärpfarrer/innen werden bei ihrer Anstellung vom MAD überprüft, sie haben ihre Büros in Kasernen und werden vom Militär bezahlt. Als „Bundesbeamte auf Zeit“ benutzen sie E-Mail-Adressen der Bundeswehr, fahren Dienstwagen der Bundeswehr oder werden von Soldat/innen gefahren. Sie tragen im Manöver, im Ausland und auf Kriegsschiffen militärische Kleidung. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) lässt sich die Zusammenarbeit mit der Kirche einiges kosten. Die Militärseelsorge, die vom BMVg organisiert und bezahlt wird, kostet den Steuerzahler pro Jahr etwa 30 Mio. Euro. Die Militärmusik in Kirchen kostet pro Jahr 1-2 Mio. Euro.³

Neben Militärkonzerten und der Militärseelsorge gibt es weitere Formen der Zusammenarbeit. Eine davon ist das Schweigen. Die Kirchen schweigen zu den Kreuzen, die auf den Panzern, Kriegsschiffen und Kriegsflugzeugen der Bundeswehr zu sehen sind. Auch schweigen die Kirchengemeinden oft zu den Rüstungsfirmen, die sich in der Nähe der Gemeinden befinden.⁴

Neben dem Schweigen gibt es auch die Zweigleisigkeit: Die großen Kirchen unterstützen zwar Kriegsdienstverweigerer, aber finden auch den „Dienst mit der Waffe“ in Ordnung. Zwar stellt man strenge Kriterien auf, wann Kriege erlaubt sind, aber am Ende stimmt man dem Krieg doch zu. Zwar setzt man sich für Rüstungskonversion ein, aber viel weniger deutlich als erforderlich und möglich.

Eine Verbindung zwischen Militär und Kirche existiert schließlich auch in den kirchlichen Akademien und Friedensforschungsinstituten. In den Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) wird von 2012 bis 2015 das Dialogprojekt „Dem Frieden der Welt zu dienen...“ durchgeführt. Dieses Projekt wird von der Militärseelsorge unterstützt und begleitet.⁵ Eine Schlüsselposition im Gespräch zwischen Kirche und Militär nimmt auf katholischer Seite das „Institut für Theologie und Frieden“ (ithf) in Hamburg ein, auf evangelischer Seite die „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ (FEST) in Heidelberg. Die Vertreter/innen der Kirchen sagen hier selten ein klares „Nein!“ zu Militär, Rüstung und Krieg. Stattdessen lässt man sich auf Diskussionen über Schutzverantwortung, drohende Genozide und UN-Mandate ein. Man entwickelt eine neue Sprache und spricht nicht mehr vom gerechten Krieg, sondern vom „gerechten Frieden“. Man spricht nicht von Machtinteressen, sondern von Schutzverantwortung. Man spricht nicht mehr von Krieg oder militärischer Intervention, sondern von „just policing“.⁶

Militärfreundliche Bibelauslegung

Seit etwa 1.700 Jahren arbeiten Kirche und Militär zusammen. Dies prägt auch die Auslegung der Bibel. Militärkritische Aus-

GASTBEITRAG

sagen der Bibel werden unterdrückt. Die Bergpredigt Jesu gelte nur für das Privatleben und nur für besondere Menschen. Das Reich Gottes, von dem Jesus von Nazareth oft gesprochen hat, existiere nur im Herzen der Christen, in der fernen Zukunft oder im Himmel. Lutherische Theologen

sprechen zudem von den „zwei Schwertern“ oder „zwei Reichern“: Im Reich des Glaubens regiere Gott ohne Gewalt. Aber im Reich der Welt müsse Gott auch mittels Polizei und Militär regieren. Der Mensch sei und bleibe ein Sünder, und man könne die Sünde oft nur mit Gewalt nieder halten. Es gebe in dieser Welt, die voll von Gewalt ist,⁷ manchmal keine andere Möglichkeit, als Gewalt anzuwenden. Gerne spricht man in den großen Kirchen auch vom Dilemma: Wenn ein Genozid droht, können wir entweder eingreifen oder nicht eingreifen, wir werden so oder so schuldig; aber – Gott sei Dank – Jesus Christus hat unsere Schuld auf sich genommen. Man bezieht sich dabei gerne auf Dietrich Bonhoeffer.

Fast vergessene Ursprünge

Die Propheten des Alten Testaments haben bereits im 8. Jh. v. Chr. ein Friedensreich vorausgesagt: Eines Tages wird man alle Schwerter zu Pflugscharen umschmieden. Dann wird niemand mehr lernen, Kriege zu führen. Eines Tages werden alle Uniformen und alle Soldatenstiefel vernichtet. Dies wird nicht weit entfernt „im Himmel“ geschehen, sondern auf dieser Erde.⁸

Christen glauben: Jesus Christus ist der Friede-Fürst, mit dem das verheißene Friedensreich beginne. Die neue Zeit sei geprägt von Gastfreundschaft, vom Miteinander-Teilen, von Vergebung und von Gewaltfreiheit. Jesus hat in der Überzeugung gelebt, diese neue Zeit würde bereits anbrechen, mitten in der alten Zeit, die von Gewalt geprägt ist. Jesus hat sich und seine Schüler als die ersten Bewohner dieses Friedensreiches verstanden. Er selbst hat bis zum Ende gewaltlos gelebt.⁹ Seinen Schüler/innen hat er gesagt, wie sie sich verhalten sollen, wenn sie angegriffen werden: Wenn dich jemand auf eine Wange schlägt, dann lass dich nicht klein kriegen, sondern halte ihm auch die andere Backe hin.¹⁰ Wenn dich ein Soldat zwingt, sein Gepäck eine Meile zu tragen, dann trage sein Gepäck zwei Meilen; damit der Soldat in Schwierigkeiten kommt, denn der Soldat durfte nach römischem Recht einen Einheimischen nur zwingen, das Gepäck eine Meile zu tragen, nicht zwei Meilen.

Jesus hat die Friedens-Stifter seliggepriesen. Die ersten Christen haben das verstanden. Die Kirche hat in den ersten 200 bis 300 Jahren das Militär abgelehnt. Ein Soldat, der zum Militär ging, wurde aus der Gemeinde ausgeschlossen:

„Ein Soldat, der unter Befehl steht, soll keinen Menschen töten. Erhält er dazu den Befehl, soll er diesen nicht ausführen, auch darf er keinen Eid leisten. Ist er dazu nicht bereit, soll er abgewiesen werden. [...] Der Katechumene wie auch der Gläubige, der Soldat werden will, muss abgewiesen werden, weil er Gott verachtet hat.“¹¹

Mit Kaiser Konstantin (4. Jh.) hat sich dies geändert. Thron und Altar, Kirche und Militär arbeiten seitdem zusammen. Nur am Rand der Kirche gab es weiterhin Kritik an Krieg und Gewalt. Martin von Tours (4. Jh.) hat gegenüber Kaiser Julian den Kriegsdienst verweigert.¹² Franz von Assisi (12. Jh.) hat sich für Armut und Gewaltfreiheit eingesetzt. Die Täufer (16. Jh.) haben den Militärdienst abgelehnt.¹³ Die historische Friedenskirchen (Men-

noniten, Quäker, Hutterer) lehnen bis heute den Kriegsdienst ab. Der „Friedenshitzer“ Pfarrer Otto Umfrid (1857-1920) hat gegen Aufrüstung und Krieg gekämpft. Die friedliche Revolution (1989) wurde entscheidend von Christen geprägt.

Auch in der Liturgie der Kirchen finden sich Spuren des ursprünglichen Friedensauftrages. Es gibt zahlreiche Gebete, Lieder und Segenswünsche, in denen sich die Sehnsucht nach Frieden ausdrückt. Zur Feier der Eucharistie (des Abendmahls) gehört auch der Friedensgruß. Weihnachten gilt als „Fest des Friedens“. Auch die Tatsache, dass Theologie-Studenten nicht zum Militär eingezogen wurden, hat seinen Grund in der Erinnerung, dass Christen keinen Krieg führen sollten.

Was man tun kann – und erste Erfolge

Gegen die Zusammenarbeit der Kirche mit dem Militär gibt es zahlreiche Handlungsmöglichkeiten: Man kann zum Beispiel vor Kirchen, in denen Militär-Konzerte stattfinden, protestieren. In Freiburg im Breisgau hatten solche Proteste nach drei Jahren Erfolg.¹⁴ Die Leitung der Kirchengemeinde hat sich mit Vertreter/innen der Friedensbewegung an einen Tisch gesetzt. Ergebnis: Ab 2014 gibt es in der St.-Barbara-Kirche keine Militär-Advents-Konzerte mehr. Der zuständige Pfarrer und die Bundeswehr waren „genervt“ von den Demonstrationen. Außerdem sei ohnehin das zuständige Militärmusikkorps Karlsruhe gerade aufgelöst wurden. Dies war die offizielle Erklärung.

In den Jahren 2012 und 2013 wurden zudem zwei Initiativen gegründet, die sich mit dem Verhältnis Kirche-Militär beschäftigen: Die „Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge“ (www.militaerseelsorge-abschaffen.de) und die Initiative „Musiker/innen gegen Auftritte der Militärmusikkorps“ (www.musiker-gegen-militaermusik.de).

Im Gespräch mit Kirchenvertretern schließlich kann man auf die pazifistischen Ursprünge der Kirche hinweisen. Und auf die pazifistischen Reden und Taten ihres Gründers. Nötig ist eine Rückbesinnung auf diese Ursprünge. Dass die Kirche dann eventuell Mitglieder und Privilegien verlieren würden, wäre der Preis.

Im Mai 2015 erscheint: Wolfram Beyer (Hg.), Militär & Musik - Denkschrift zur Abschaffung der Militärmusikkorps, IDK-Schriftenreihe, 4. Band, www.idk-berlin.de, ISBN 978-3-9816536-2-5.

Anmerkungen

- 1 Im übrigen Jahr gibt es 10-15 Militärkonzerte in Kirchen. Des Öfteren tritt die Bundeswehr-Bigband auch bei Kirchentagen auf, wie z.B. beim „Abend der Begegnung“ des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) in Hamburg am 1.5.2013.
- 2 Es sind auf evangelischer und auf katholischer Seite jeweils 100 Stellen. Auf evangelischer Seite gibt es auch Militärpfarrerinnen. Auf katholischer Seite kann wegen des Priestermangels ein Teil der Stellen nicht besetzt werden.
- 3 Die letzten verfügbaren Zahlen sind aus dem Jahr 2010: Bundestagsdrucksache 17/715 (2009: 16/12038).
- 4 Dem Autor ist keine Kirchengemeinde bekannt, die offen über ortsansässige Rüstungsfirmen spricht und zu diesen Firmen recherchiert.
- 5 Dieses Dialogprojekt umfasst insgesamt etwa 20 Tagungen, verteilt auf mehrere evangelische Akademien in Deutschland. Auch nicht-öffentliche Treffen gehören zum Programm. Im Projektflyer steht, dieses Dialogprojekt finde statt „Unterstützt von und in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Militärseelsorge.“
- 6 Dieser Begriff wurde in einem mehrjährigen Gespräch von Mennoniten und Katholiken in New York entwickelt (www.geraldschlabach.net/2007/03/29/just-policing-not-war-an-alternative-response-to-world-violence/). Die EKD befürwortet das militärische Eingreifen gegen die IS-Kämpfer im Irak als „just policing“ (EKD-Stellungnahme „UN-Mandat für Einsatz gegen IS-Terror Schutz von Flüchtlingen hat höchste Priorität“, Hannover 2014).
- 7 Der theologische Begriff lautet „gefallene Schöpfung“, so heißt die Welt nach dem Sündenfall.
- 8 Die „Theologie der Befreiung“ betont dies, gegen die traditionelle Theologie. Vgl. auch Jesaja 9, Jesaja 11 und Micha 4. Das erwartete Friedensreich umfasst auch die Natur.
- 9 Häufig wird gesagt, Jesus habe Händler und Geldwechsler mit Gewalt aus dem Tempel gejagt. Das kann aber nicht sein, denn sonst wären innerhalb kürzester Zeit die Tempelwächter eingeschritten.
- 10 Vgl. Matthäus 5, Lukas 6.
- 11 Dieser Text stammt aus der „Traditio Apostolica“, einen frühchristlichen Gemeindeordnung, formuliert um 200 als Anforderung an die Taufbewerber, zitiert bei Wilhelm Geerlings: Die Stellung der vorkonstantinischen Kirche zum Militärdienst, 1989, S. 17f.
- 12 Bekannt ist Martin von Tours als „Sankt Martin“. „Des Sulpicius Severus Schriften über den hl. Martinus...“ in: Bibliothek der Kirchenväter, 1. Reihe, Band 20, Kempten; München 1914, Kapitel 4.
- 13 Zum Beispiel Michael Sattler. Er und seine Frau wurden 1527 in Rottenburg grausam hingerichtet.
- 14 Dieser Abschnitt beruht auf den Aussagen von zwei Mitgliedern der Friedensbewegung, die an dem Gespräch teilgenommen haben. Vgl. auch Friedensforum Freiburg, 24. Mai 2014: Bundeswehrkonzert in der St. Barbara Kirche, www.ffffr.de/?p=2111.



Katholischer Militärpfarrer (links) und evangelischer Militärpfarrer (rechts) im ISAF-Einsatz Foto: Sir James/wikimedia.

Deutsche Komplizenschaft

Das geplante Polizeiabkommen mit Mexiko bedeutet Billigung von Menschenrechtsverletzungen

von Peter Clausing

Die Ablehnung eines Abkommens zur Zusammenarbeit mit mexikanischen Sicherheitskräften ist keine „konjunkturelle“ Entscheidung, die sich erst aus den dramatischen Menschenrechtsverletzungen im mexikanischen Bundesstaat Guerrero vom September 2014 ergeben hat. Bereits am 1. Juli 2011 wandte sich die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, ein Netzwerk von 14 Organisationen, brieflich an den deutschen Außenminister¹ und bezeichnete es als „völlig unangebracht“, ein solches Abkommen in Betracht zu ziehen. Im Januar 2012 veröffentlichte dieses Netzwerk ein Positionspapier,² in dem es seine ablehnende Haltung ausführlich begründete. Das Papier wurde von Bundesregierung und Bundestagsausschüssen zur Kenntnis genommen und zur Seite gelegt. Seitdem sind drei Jahre vergangen und es ist einerseits viel passiert, andererseits hat sich fast nichts geändert. Im Herbst 2014 gab es allerdings den berühmten Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Die Vorgeschichte

Die im vorliegenden Kontext wichtigste Nachricht: Das Polizeiabkommen ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Im Gegensatz zu ähnlichen, ebenfalls mit repressiven Ländern abgeschlossenen Vereinbarungen, erfreute sich das mit Mexiko geplante Abkommen einer unerwartet großen öffentlichen Aufmerksamkeit. Darüber wunderte sich selbst der zuständige Ministerialbeamte auf einer Internationalen Mexikotagung im Dezember 2012 in Berlin. Zwar bedürfen Verträge dieser Art der Genehmigung des Bundestages und des Bundesrates, werden aber in der Regel „durchgewunken“. Mit Mexiko verhielt es sich anders. Die erste Anfrage eines linken Bundestagsabgeordneten gab es im Mai 2011 im Rahmen einer Fragestunde des Bundestages,³ später folgten mehrere „kleine Anfragen“ an die Bundesregierung von der Linken bzw. gemeinsam von SPD und Grünen.⁴ Die Verhandlungen ruhten während des mexikanischen Wahlkampfes und bis zum Amtsantritt des neuen mexikanischen Präsidenten im Dezember 2012. Auch danach hatte das Thema offenbar keine Priorität. Eine erneute Rückfrage bei den zuständigen Stellen im Frühjahr 2014 wurde allerdings dahingehend beantwortet, dass man unbeirrt daran festhalte, dieses Abkommen abzuschließen.

Zwei Mythen

Dokumentationen,⁵ die belegen, dass in Mexiko alle Ebenen der staatlichen Gewalt an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, werden von der deutschen Regierung hartnäckig ignoriert. Stattdessen beruft man sich auf den Mythos, dass die Menschenrechtsverletzungen auf Übergriffe von örtlichen Polizeikräften und solchen der mexikanischen Teilstaaten zurückzuführen seien, während die Bundespolizei der richtige Partner für die Bekämpfung von Korruption und zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen sei.

Das zweite Argument, auf das sich die deutsche Regierung stützt, ist jener Mythos, dass die mexikanische Regierung ernsthaft um

eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit bemüht sei und man ihr deshalb Zeit (und Unterstützung) gewähren müsse. Doch das von Vertretern des Außenministeriums beständig wiederholte Argument eines „benefit of the doubt“ (Unschuldsvermutung) für die mexikanische Regierung wird von den tatsächlichen Verhältnissen schon seit langem ad absurdum

geführt. Mexiko ist Weltmeister im Verschleiern von Zuständen und in der Errichtung von Kartenhäusern, die den Blick auf die Realität versperren, so lange man sie nicht anrührt. Ein gravierendes Beispiel, aber bei weitem nicht das einzige, ist die systematische Anwendung von Folter. Mexiko ratifizierte 1987 als eines der ersten Länder die Antifolter-Konvention der UNO. Doch bis zum heutigen Tag gehört Folter in diesem Land zum Tagesgeschäft. Von deutschen Regierungsvertretern wird dieser Zustand nicht bestritten, aber seit Jahren mit dem Verweis darauf relativiert, dass dies „leider noch immer“ ein Thema sei, weil man es in Mexiko – salopp gesagt – nicht schaffe, einige sadistische Dorfpolizisten unter Kontrolle zu bringen. Doch gründliche Untersuchungen stehen in krassem Gegensatz zu dem „leider noch immer“-Duktus der deutschen Regierung. Die jüngste – ein im September 2014 von Amnesty International vorgestellter Bericht – spricht von einem dramatischen **Anstieg** von Folterfällen in den letzten zehn Jahren. Auch die Tatsache, dass nach wie vor Geständnisse, die unter Folter erzwungen wurden, als Beweismittel juristisch anerkannt werden, belegt, dass es sich hierbei nicht um individuelle Verfehlungen von Polizisten handelt. Vielmehr geht es hier um ein strukturelles Problem, das die nahezu vollständige Straflosigkeit für weitere Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, wie extralegale Hinrichtungen, Vergewaltigungen und das gewaltsame Verschwindenlassen unschuldiger Personen beinhaltet.

Bundesregierung verteidigt Mythen

Das Staatsverbrechen vom 26. September 2014, bei dem 6 Personen von der örtlichen Polizei erschossen und 43 Lehramtsstudenten verhaftet wurden, die seitdem spurlos verschwunden sind, ist emblematisch. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass dies „nur“ der stark beachtete Einzelfall eines Dauerzustandes ist. Nicht umsonst forderten die Teilnehmer_innen einer 43-stündigen Mahnwache, die vom 31. Oktober bis 1. November 2014 vor der mexikanischen Botschaft in Berlin abgehalten wurde: „Wir wollen die 43 lebend zurück, und auch die 26.000 anderen!“⁶ Es gibt zahlreiche Belege, dass mexikanische Sicherheitskräfte aller Ebenen, einschließlich der Bundesebene am Verschwindenlassen von Personen beteiligt sind. Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang ist das vielfach kritisierte „*Arraigo*“, das die mexikanischen Behörden ermächtigt, Personen ohne Haftbefehl bis zu 80 Tage festzuhalten, ein Konstrukt, das der „Schutzhaft“ Nazideutschlands ähnelt. Es gibt keine offiziellen Statistiken, aber seröse Schätzungen beziffern die seit 2006 in Mexiko verschwundenen Personen auf 26.000, wobei dies durch Drogenbanden Entführte ebenso einschließt wie die zahlreichen, durch Sicherheitskräfte willkürlich Verhafteten.

In einer Fragestunde des Bundestages am 15. Oktober 2014 verkündete Staatsministerin Dr. Maria Böhmer: „Die Bundesregierung hält an der Absicht fest, das in Verhandlungen befindliche Sicherheitsabkommen mit Mexiko zum Abschluss zu bringen.“

Ziel des Abkommens sind die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der mexikanischen Bundesregierung – ich betone: Bund – und deren Unterstützung bei der Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität.⁴⁷

Knapp drei Wochen später insistierte Michael Roth, ein weiterer Staatsminister im Auswärtigen Amt, bezüglich einer Aussetzung der Verhandlungen zu dem Abkommen: „Da es gerade um den Kampf gegen die organisierte Kriminalität geht, wäre es aus meiner Sicht geradezu hanebüchen, wenn wir jetzt vor dem Hintergrund dieser schrecklichen Verbrechen im Bundesstaat Guerrero unsere Verhandlungen aussetzen würden. Wir brauchen mehr Sicherheit. ... Daher bin ich dafür, dass wir diese Verhandlungen entschieden fortsetzen.“⁴⁸ Dabei schloss er sich der Sichtweise des EU-Botschafters in Mexiko an, dass aufgrund der oben erwähnten Vorfälle „keine Notwendigkeit von Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der EU und Mexiko“ erforderlich seien, weil der Verhandlungspartner die Bundesebene ist, die nicht Urheber der Menschenrechtsverletzungen im Bundesstaat Guerrero sei.

Auf dünnem Eis

Die Argumentation der Bundesregierung ist schamlos und verhöhnt die Opfer, denn selbst im aktuellen Fall der 43 Lehramtsstudenten ist eine Beteiligung der Bundesebene nachgewiesen:

- Informationen von mexikanischen Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden die Studenten, bevor sie von der lokalen Polizei angegriffen wurden, durch bundesstaatliche und föderale Polizeikräfte überwacht. Diese Kräfte zogen sich mit Beginn der Angriffe durch die lokalen Polizeieinheiten zurück.
- Soldaten des 27. Infanteriebataillons und der Bundespolizei errichteten eine Straßensperre, während die Studenten beschossen und verhaftet wurden, so dass über diesen Zeitraum der betreffende Ort für unabhängige Personen, zum Beispiel Journalisten, unerschließbar war.
- Dort stationierte bundesstaatliche Sicherheitskräfte (das 27. Infanteriebataillon und das 3. Bataillon der „Spezialkräfte“) sowie ein Operationszentrum der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft wurden in derselben Nacht über die Übergriffe informiert, ohne dass sie etwas unternahmen.
- Zwei Stunden nach dem Vorfall war das Militär direkt am Ort des Geschehens. Statt die verbliebenen, nicht entführten Studenten zu unterstützen, wurden diese bedroht, geschlagen und ihnen Hilfe verweigert.
- Die nationalen Sicherheitskräfte nahmen die Suche nach den 43 verschwundenen Studenten erst acht Tage nach dem Vorfall auf, als sich ein Handeln aufgrund des öffentlichen Aufschreis nicht mehr vermeiden ließ. Dabei ging die Bundespolizei während der angeblichen Suche nach den Verschwundenen gegen die örtliche Bevölkerung vor. Die Bewohner eines Dorfes, einschließlich der dortigen Kinder, wurden bedroht, geschlagen, und acht Personen ohne Vorlage eines Haftbefehls festgenommen.

Der oben geschilderte Hergang, der sich aus Meldungen in der mexikanischen Presse und Aussagen von renommierten Menschenrechtsorganisationen rekonstruieren lässt, erinnert an die Verhältnisse zu den schlimmsten Zeiten des kolumbianischen Bürgerkrieges: Die zentralen Kräfte schaffen die Rahmenbedingungen und sorgen für Straflosigkeit und die lokalen Kräfte erledigen die Drecksarbeit.

Doch die Ereignisse vom September 2014 sind kein Einzelfall. Ebenfalls im Bundesstaat Guerrero, wurde am 12. Dezember 2011 in der Hauptstadt Chilpancingo eine Demonstration,

gewaltsam aufgelöst und dabei zwei Studenten erschossen. An dem Einsatz waren sowohl die Polizei von Guerrero als auch Bundespolizisten beteiligt. Ein Teil dieser Polizisten war mit G36-Sturmgewehren des deutschen Unternehmens Heckler & Koch bewaffnet. Gegen die Mörder der beiden Studenten gibt es bis heute kein Strafverfahren. Somit ist weder der Verdacht ausgeräumt, dass die Erschießung der Studenten mit G36-Gewehren erfolgte, noch, dass die Schüsse von Bundespolizisten abgefeuert wurden.

Ein weiterer schwerwiegender Fall der jüngsten Zeit wurde von Sicherheitskräften, die der Bundesregierung unterstehen, direkt begangen. Am 30. Juni 2014 wurden – Recherchen der Zeitschrift *Esquire México* zufolge – 21 unbewaffnete Personen von der mexikanischen Armee exekutiert.⁹ Offiziellen Darstellungen zufolge waren diese angeblich bei einem Schusswechsel ums Leben gekommen. Erst die *Esquire*-Recherche brachte den Vorfall ans Tageslicht. Es gibt zahlreiche Fälle wie diese. Wenn die deutsche Regierung trotz erdrückender Beweislage darauf beharrt, dass die mexikanischen Sicherheitskräfte auf der Bundesebene sozusagen „unbefleckt“ sind, beteiligt sie sich an der Verschleierung von Straftaten.

Desinteressiertes „Menschenrechtsministerium“

Staatsminister Roth erklärte in der oben erwähnten Fragestunde, dass sich das Auswärtige Amt „nicht nur als Ministerium für internationale Beziehungen versteht, sondern vor allem als Menschenrechtsministerium“. Daraus ergibt sich die Frage, warum das Ministerium seiner selbst erklärten Verantwortung so ungenügend nachkommt. Eine Antwort darauf gibt das abschließende Urteil¹⁰ des Permanenten Völkertribunals (TPP). Dieses in der Tradition der Russell-Tribunale aus der Zeit des Vietnamkriegs stehende Tribunal hatte sein „Kapitel Mexiko“ im Oktober 2011 aufgeschlagen, zahlreiche Anhörungen durchgeführt und auf tausenden Seiten dokumentiert. In seiner Abschlussitzung kam es zu dem Urteil, dass in Mexiko eine extrem schwere, generalisierte humanitäre Krise herrscht. Das Tribunal schlussfolgerte, dass dort – gemessen an den Statuten des Vertrags von Rom und des Internationalen Strafgerichtshofs – multiple Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden und identifizierte dafür vier grundsätzlich Verantwortliche: die transnationalen Unternehmen; Drittstaaten, unter anderem Deutschland, die zugunsten ihrer Konzerne intervenierten; internationale Institutionen, wie den Internationalen Währungsfond und die Weltbank; sowie den mexikanischen Staat. Aus dieser Perspektive wird verständlich, warum sich Deutschland bemüht, der mexikanischen Verschleierungstaktik Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Anmerkungen

- 1 Offener Brief der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko an Bundesaußenminister Westerwelle, 1.7.2011.
- 2 Polizeizusammenarbeit mit Mexiko – eine kritische Analyse, 23.1.2012.
- 3 Deutscher Bundestag - Stenografischer Bericht, 11.5.2011.
- 4 Drucksache 17/8275; Drucksache 17/9116.
- 5 Ni Seguridad, Ni Derechos, *Human Rights Watch*, 9.11.2011; Mexiko: Schockierender Anstieg von Folterfällen in den letzten zehn Jahren. Pressemitteilung, *Amnesty International*, 4.9.2014.
- 6 <http://vimeo.com/112652424>
- 7 Deutscher Bundestag - Stenografischer Bericht, 11.10.2014.
- 8 Deutscher Bundestag - Stenografischer Bericht, 5.11.2014.
- 9 Der Artikel wird ausführlich zitiert in *Proceso*, 17.9.2014.
- 10 www.tppmexico.org/sentencia-de-la-audiencia-final-del-capitulo-mexico-del-tpp/

Rüstungsatlas Thüringen gestartet

von Thomas Mickan

In der zweiten Novemberwoche dieses Jahres ging offiziell der Rüstungsatlas Thüringen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen online. Dabei handelt es sich nicht wie beim IMI-Rüstungsatlas Baden-Württemberg um eine Broschüre, sondern um einen internetbasierten Atlas, der auf einer Thüringenkarte Standorte von Krieg und Frieden zeigt und kontextualisiert. Unter www.ruestungsatlas-thueringen.de kann sich in vier Rubriken (Bundeswehr/Forschung/Unternehmen/Friedensbewegung) ein Bild davon gemacht werden, in welchen Umfang im Freistaat Thüringen Kriegsinfrastruktur und Widerstand vorhanden sind. Ziel dieses Verortens ist es, auf der einen Seite lokale Anknüpfungspunkte für Widerstand zu ermöglichen und auf der anderen Seite lokale Orte in größere Kontexte zu stellen. Lokales Anknüpfen beginnt damit, sich zu vergegenwärtigen, welche Kriegsinfrastruktur sich in der eigenen Nachbarschaft befindet und wie darin eine Möglichkeit erwächst, dagegen aktiv zu werden.

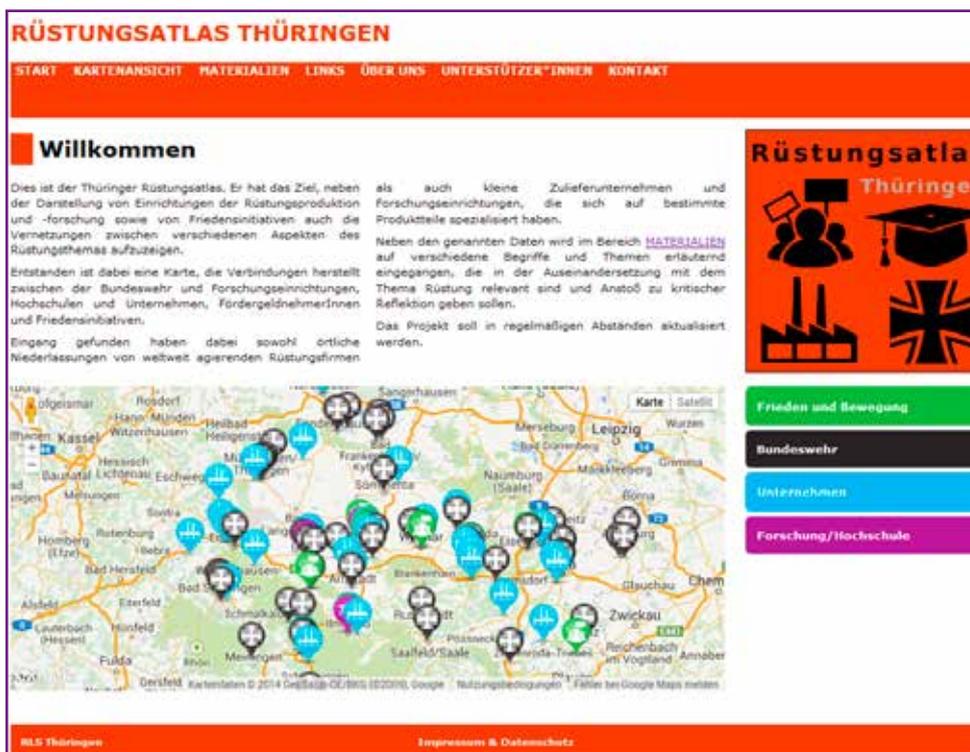
Ein anschauliches Beispiel für einen solchen lokalen Ort ist Die Stadt Gotha mit dem das Aufklärungs bataillon (AufklBtl) 13, das rund 800 Soldat_innen umfasst und sowohl für eine bodengebundene wie auch luftgestützte Lageaufklärung sorgt. Die ebenfalls im Rüstungsatlas zu findende Friedenstein-Kaserne ist der Heimatstandort der AufklBtl 13 mit ihren Drohnen LUNA, Mikado, KZO und ALADIN. Die Patenschaft für das Bataillon hat die Stadt Gotha übernommen, für dessen 2. Kompanie die Gemeinde Wechmar, die 3. Kompanie die Gemeinde Mühlberg und die 4. Kompanie die Gemeinde Luisenthal. Das AufklBtl 13 nahm an fast allen großen Auslandseinsätzen der Bundeswehr teil: IFOR, SFOR, KFOR, TFF, EUFOR und mehrfach im ISAF-Einsatz in Afghanistan. Zudem war das AufklBtl 13 an Hochwassereinsätzen in Deutschland beteiligt. Das AufklBtl 13

selbst unterhält eine militärische Patenschaft mit dem mittlerweile in Grafenwöhr stationierten 1st Squadron des 91st US Cavalry Regiment der US-Army, das ebenfalls bei ISAF und OEF eingesetzt war. Seit 2013 nutzt das AufklBtl 13 den ebenfalls in Thüringen liegende Standortübungsplatz Ohrdruf für ihre Drohnenübungen. Das AufklBtl 13 ist – wie weitere in Thüringen stationierte Truppenteile – der Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ mit Stabsitz in Frankenberg/Sachsen unterstellt.

Anhand dieses Beispiels lässt sich erahnen, dass militärische Standorte viele Querverweise besitzen, beginnend bei Patenschaften, Verquickungen innerhalb militärischer Infrastruktur, Unternehmen bis hin in die zivile Gesellschaft. Der Rüstungsatlas ist ein lebendes Projekt, in der Natur der Sache liegend unvollständig und nur in Ansätzen soweit ausgebaut, all diese Verknüpfungen darzustellen. Er ist jedoch mehr als nur ein guter Anfang, die Tradition der zahlreichen bereits vorhandenen Rüstungsatlanten fortzuschreiben. Dazu trägt nicht nur die webbasierte Oberfläche bei, das gelungene Zusammenbringen bereits aktiver Akteuren vor Ort wie dem Trägerkreis Rüstungskonversion Jena sondern auch der Ausblick, das der Rüstungsatlas Thüringen Vorbild und Grundlage zur Weiterentwicklung für einen bundesweiten Rüstungsatlas darstellen könnte.

Der Atlas soll einladen zum Erkunden. Er soll ermöglichen, eigene Schlüsse über militarisierte Landschaften zu ziehen und wie diese in die Gesellschaft eingewoben sind. Alle sind eingeladen, über das Kontaktformular auf der Rüstungsatlas-Website weitere Einträge, Korrekturen und Ergänzungen beizutragen. Die Aufgabe eines solchen Rüstungsatlas wäre jedoch bereits erfüllt, wenn Menschen über ihren Widerstand aus militarisierten Landschaften Orte des Widerstandes machen, wie es etwas beim GÜZ in der Colbitz-Letzlinger Heide, dem Zeitzer Forst oder am Bodensee (Stichwort: „Waffen vom Bodensee“) gelungen ist.

Die IMI ist Mitautorin des Rüstungsatlas und wir freuen uns, wenn die Arbeit hilft, Widerstand gegen Krieg, Rüstung und Militär vor Ort zu organisieren.



Screenshot von der Startseite des Rüstungsatlas.

Die Oligarchie und die geopolitische Orientierung der Ukraine

von Mirko Petersen

Nach den ukrainischen Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 dankte Präsident Petro Poroschenko den WählerInnen, dass sie sich für eine „demokratische, reformerische, proukrainische und proeuropäische Mehrheit“ entschieden hätten,¹ d.h. in erster Linie für seinen „Block Petro Poroschenko“ und für die „Volksfront“ um Premierminister Arsenij Jazenjuk (jeweils ca. 22 % der Stimmen). Dass bei dieser Wahl, an der lediglich etwas mehr als 50 % der Bevölkerung teilnahm bzw. teilnehmen konnte, nicht nur eine Entscheidung über ein Parlament, sondern um eine geopolitische Ausrichtung der Ukraine gefällt worden sei, ließ sich auch in den deutschen Medien vernehmen: „Die ukrainische Wahlbevölkerung hat bei der Parlamentswahl am Sonntag freilich eindrucksvoll demonstriert, dass sie den Weg ins liberale demokratische Europa unbeirrt weiter gehen will“, ließ uns Richard Herzinger in der „Welt“ wissen.² Der Autor und Publizist Sergej Lagodinsky spricht sogar von einem historischen Einschnitt: „Nach Jahrhunderten des Zusammenlebens befinden sich Russland und die Ukraine in einer blitzartigen und hoch dramatischen Entfremdungsspirale. Diese Realität ist seit dem Wahlsonntag offiziell besiegelt. Die Ukraine hat sich am Sonntag gegen Russland entschieden.“³

Doch was bedeutet eine Entscheidung für Europa und gegen Russland oder vice versa eigentlich? Wem dient diese Polarisierung und welche Folgen hat sie? Zunächst soll mit einem kritischen Blick auf die Ereignisse in der Ukraine seit dem Beginn der Proteste gegen die ehemalige Regierung im November 2013 über diese Fragen reflektiert werden. Anschließend sollen die Problematiken einer verstärkten Blockbildung für die Ukraine aufgezeigt werden.

Ukraine: Pro-europäisch? Pro-russisch? Pro-oligarchisch!

Bei den ukrainischen Parlamentswahlen kam die offen faschistische Partei des „Pravij Sektors“ zwar nicht über 2,5 % der Stimmen hinaus, doch der rechtsnationale Charakter des Votums ist nicht außer Acht zu lassen. Während sich Präsident Poroschenko im Vorfeld der Wahlen eher staatstragend gab und im Verhältnis zu Russland vergleichsweise moderat agierte, fiel Premierminister Jazenjuk, in dessen Wahlbündnisse auch Rechtsnationalisten und Milizenführer integriert sind, hingegen mit kriegerischer und antirussischer Rhetorik auf.⁴ Jazenjuk sei „in Tarnfleck-Uniform auf Panzern über die Bildschirme gerollt und hat gefordert, eine Mauer zu errichten“, betont der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew, Stephan Meuser.⁵ Wenn sich europäische Regierungen als Unterstützerinnen einer politischen Kraft inszenieren, die fordert, ein Land mit Hilfe einer Mauer zu trennen, muss dies zu denken geben.

Insbesondere angesichts des Erfolgs Jazenjuks, aber auch aufgrund des anti-russischen Tenors der meisten anderen ukrainischen Akteure, denen es im anhaltenden Kriegszustand möglich ist, politisch Einfluss zu nehmen, ist es sicherlich berechtigt, von einer anti-russischen und vagen pro-europäischen Ideologie in der ukrainischen Politik zu sprechen. Doch was heißt dies für die

eigentlichen politischen Inhalte?

Wie bereits bei den Präsidentenwahlen am 25. Mai 2014, ist es in erster Linie illusorisch, von einem nachhaltigen Wandel in der ukrainischen Politik zu sprechen. Häufig wird bei den Gründen für die sogenannte Maidan-Revolution lediglich der Abbruch der

Verhandlungen zu einem EU-Assoziierungsabkommen durch den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch genannt. Dies mag ein zentraler Auslöser gewesen sein, doch wenn wir einen Schritt zurücktreten und nach den eigentlichen Ursachen der sogenannten Maidan-Revolution fragen, ist ein Blick auf eine landesweite Umfrage vom Dezember 2013 – also kurz nachdem die Proteste gegen Janukowitsch begannen – aufschlussreich. Als die drängendsten politischen Probleme wurden Inflation, Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und das marode Gesundheitssystem genannt. 74 % der Befragten äußerten Misstrauen gegen die politischen Institutionen und zwei Drittel gegenüber den PolitikerInnen – nicht nur Präsident Janukowitsch, sondern auch Oppositionelle wie Julia Tymoschenko oder Arsenij Jazenjuk waren damit gemeint. Die geopolitische Ausrichtung stellte zu diesem Zeitpunkt nicht die Antriebskraft für Proteste dar: gerade einmal 14 % sahen das Verhältnis zu Russland und 4 % das Verhältnis zur Eurasischen Union als problematisch an. 34 % sprachen sich für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland aus, 35 % wollten eine engere Anbindung an die EU und 17 % sahen keinen Widerspruch in den beiden genannten Tendenzen.⁶ Zweifelsohne wird Europa für viele Menschen weltweit, nicht anders in der Ukraine, immer noch mit Wohlstand und Freiheit in Verbindung gebracht. Doch in Anbetracht einer solchen Umfrage retrospektiv zu behaupten, dass „[...] auf dem Maidan [...] zum ersten Mal Menschen für Europa gestorben“⁷ sind, wie es der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer tat, wird den eigentlichen Motiven des Protests nicht gerecht.

Die de facto als dringend empfundenen Probleme waren genau die, die nach der „Maidan-Revolution“ nicht von der Politik aufgegriffen wurden. Vielmehr hat sich, wie der Politikwissenschaftler Klaus Müller hervorhebt, „an den realen Machtverhältnissen und den politischen Institutionen der Ukraine genauso wenig verändert [...] wie an den wirtschaftlichen Strukturen. [...] Die gewaltsame Räumung der Kiewer Protestzone Anfang August erfolgte nicht, weil die Forderungen des Maidan nach einem Ende der Korruption und eines von Oligarchen vereinnahmten Staates erfüllt worden wären. Sie sollte vielmehr die Kontinuität des politischen Geschäfts demonstrieren und gewährleisten.“⁸

Das geopolitische Taktieren der Oligarchie

Die oligarchischen Clans sowie die von ihnen deutlich dominierten politischen und ökonomischen Strukturen bildeten sich im Übergang von der sowjetischen zur postsowjetischen Phase (wie auch in Russland)⁹ heraus.¹⁰ Die ukrainischen OligarchInnen zeichnen sich durch verschiedene Arten von Einflussnahmen aus, u.a. sind sie (Mit-) BesitzerInnen von großen Firmen, Medienorganen, Fußballklubs und Kulturgütern. Einige von ihnen vertreten ihre Interessen selbst als ParlamentarierInnen. Die jüngeren Auseinandersetzungen in der Ukraine lassen sich als ein Duell des Clans um Rinat Achmetov, der hinter der Partei der Regionen und Janukowitsch stand, mit dem Clan um Victor Pintschuk, der sich für die Wahl Poroschenkos zum Präsidenten und Witali Klitschkos zum Kiewer Bürgermeister einsetzte, beschreiben.



Florian Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Premierminister. Foto: Europäische Union.

Bei Rinat Achmetov handelt sich um den reichsten Ukrainer mit einem geschätzten Besitz von 15,4 Milliarden Dollar. Unter der Präsidentschaft von Leonid Kutschma (im Amt von 1994-2005) stieg er zu einem bedeutenden Strippenzieher in der Kohle- und Metallindustrie im ukrainischen Osten auf. Seinen Aufstieg verdankte er seinen Beziehungen zu Janukowitsch, der damals zum Gouverneur der Region Donezk ernannt wurde. Der endgültige Schritt zu nationalem Einfluss gelang Achmetov dann ab 2002, als Janukowitsch Premierminister des Landes wurde. Als die Kräfte der sogenannten Orangen Revolution ab 2005 die Regierung übernahmen, büßte Achmetov leicht an Macht ein, nur um ab 2010, als Janukowitsch Präsident wurde, noch einmal kräftig zu expandieren.¹¹ Sein Konkurrent Victor Pintschuk ist der zweitreichste Mann der Ukraine. Seine Firma Interpipe stellt Stahlrohre für Erdgas- und Erdölpipelines her und zudem besitzt Pintschuk Anteile an zwei Fernsehsendern und kontrolliert die Zeitung „Fakty“. Dieser Oligarch unterhält enge Kontakte zu westlichen EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft und Politik und hat sich die Westbindung der Ukraine und die damit verbundenen Geschäfte in Europa zum Ziel gesetzt.¹²

Was in der Ukraine also vor allem stattfand, war ein „Oligarchenwechsel“.¹³ Die jeweilige geographisch-politische Orientierung ergibt sich dabei nicht aus ideologischen Motiven, sondern aus ökonomischen Kalkulationen der jeweiligen Akteure. Die „politische Orientierung“ der ukrainischen Oligarchen ist also sehr instrumentell und deshalb auch gegebenenfalls von Zeit zu Zeit erheblichen Wandlungen unterworfen. Das zeigt sich etwa an Pintschuks vor diesem Hintergrund nur vermeintlich paradoxem Werdegang: Er, der nun die Einbindung der Ukraine in EU und NATO fordert, erlangte seinen Zugang zu den höchsten Kreisen der Macht durch seine Beziehung zur Tochter des Präsidenten Leonid Kutschma, der die Ukraine in enge Beziehungen zu Russland führte.¹⁴ Doch dies ist nur ein Anhaltspunkt, der davor warnt, pro-europäische OligarchInnen mit Attributen wie „liberal“ und „demokratisch“ zu versehen und sie „autoritär-korrupten“ pro-russischen GegenspielerInnen gegenüberzustellen, denn „[...] die meisten Oligarchen in der Ukraine [haben] immer zwischen dem prowestlichen und dem prorussischen Lager taktiert“¹⁵, wie der Journalist André Eichhofer konstatiert.

Ein mindestens ebenso eindringliches Beispiel wie Pintschuk, der selbst nicht mehr direkt als Politiker aktiv ist, stellt der jetzige Präsident Petro Poroschenko dar, dessen Wahl (ebenso wie die Wahl Klitschkos zum Kiewer Bürgermeister) von Pintschuk unterstützt wurde. Poroschenko gelang in der Umbruchzeit nach



Früher Schulterchluss: Arsenij Jazenjuk mit der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice 2007. Foto: US-Statelibrary, Wikipedia.

dem Ende der UdSSR eine steile Karriere. Er wurde Besitzer ehemaliger Staatsbetriebe, zunächst einer Schiffs- und Rüstungsfabrik und später einer Schokoladenfirma. Zudem kontrolliert er eine Mediengruppe mit TV- und Radiosendern. Er war Mitgründer der Partei der Regionen, die Ex-Präsident Kutschma nahestand und später zum Wahlbündnis für Victor Janukowitsch wurde. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, zu Beginn der Regierungszeit der „Orangen Revolution“ Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats zu werden (Poroschenko wurde sogar als Kandidat für das Ministerpräsidentenamt gehandelt). Den damaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko kennt er persönlich sehr gut – er ist Patenonkel eines seiner Kinder. Aufgrund von Korruptionsvorwürfen musste Poroschenko nach kurzer Zeit aus seinem neuen Amt zurücktreten, wurde jedoch im Oktober 2009 noch einmal für ein halbes Jahr Außenminister. Auch unter Janukowitsch konnte er einen Posten bekleiden: er war ab März 2012 für ein dreiviertel Jahr Wirtschaftsminister. Danach distanzierte er sich jedoch von der Regierung und seine Medien berichteten zunehmend negativ über sie. Den Maidan-Protestierenden empfahl er sich durch ausführliche Berichterstattung in seinen Medien und brachte sich damit erfolgreich als Präsidentschaftskandidat in Stellung. Wie das Beispiel Poroschenko zeigt, spiegelt sich das Manövrieren der Oligarchie zwischen verschiedenen Bündnissen auch im ukrainischen Parteienspektrum wider. So folgert Klaus Müller: „Angesichts des vorherrschenden Opportunismus wäre es also trügerisch, die parteipolitische Szenerie der Ukraine in starre innen- und geopolitische Lager einzuteilen.“¹⁶

Die Westbindung und die Zerschlagung der Brücken

In Bezug auf die schwierige Situation in der Ukraine war es erstaunlicherweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger, der treffende Worte bezüglich des geopolitischen Zerrens um dieses Land fand: „Die Ukraine-Frage wird viel zu oft als ein Showdown dargestellt: Geht die Ukraine an den Westen oder an den Osten? Aber um zu überleben und sich zu entwickeln, darf die Ukraine Niemandens Vorposten sein. Vielmehr sollte sie eine Brücke zwischen beiden Seiten darstellen.“¹⁷ Zum einen ist für diesen Ausgleich nötig, die Ukraine nicht ausschließlich in ein westliches oder russisches Bündnissystem zu drängen.¹⁸ Darüber hinaus ist jedoch wichtig zu betonen, dass eine progressive Entwicklung der Ukraine nur durch wirkliche Selbstbestimmung und Demokratisierung erreicht werden kann. Diesen Zielen steht jedoch die OligarchInnenherrschaft im Weg, die immer wieder

Der ukrainische Oligarch Wiktor Pintschuk. Foto: David Shankbone/Wikipedia.



von außen stabilisiert wird. Denn solange Russland auf der einen sowie die EU und die USA auf der anderen Seite mit Hilfe der dominanten Kräfte versuchen, die Ukraine komplett für sich zu gewinnen, behalten die oligarchischen Clans die Schlüsselpositionen in dieser Auseinandersetzung.¹⁹

Der Pintschuk-Clan möchte keine Zeit auf dem Weg Richtung Westen verlieren. Bereits einen Monat vor den Parlamentswahlen kündigte Poroschenko Reformen an, die es der Ukraine bis 2020 ermöglichen sollen, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen. Wie der Journalist Benjamin Bidder hervorhebt, hätten „[d]ie Reaktionen [...] in Europas Hauptstädten verhaltener kaum sein können.“²⁰ Zwar ist die EU gewillt, die Ukraine fest an sich zu binden, doch nur mit einem Partnerschafts- bzw. Assoziierungsabkommen und nicht mit einer festen Mitgliedschaft, denn in den Augen vieler EU-Eliten ist das Land zu bevölkerungsreich (zu viele Stimmen im Rat der EU), zu chaotisch (zu schwer kalkulierbarer innerer Konflikt) und würde eine große Angriffsfläche für rechtsnationalistische und rechtsradikale EU-KritikerInnen bieten (speziell im Themenfeld Migration).²¹ Doch abgesehen von der anzuzweifelnden Realisierbarkeit der EU-Mitgliedschaft, sollte ein Blick auf die periphere Eingliederung anderer (mittel-) osteuropäischer Staaten in die EU ohnehin die Frage aufwerfen, ob der Beitritt zur Union in ihrem jetzigen Zustand erstrebenswert ist.²² Schon die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds verlangt der Ukraine eine Austeritätspolitik ab, die längerfristig die Maßnahmen Griechenlands seit dessen Schuldenkrise noch deutlich in den Schatten stellen könnte.²³

Über diese wirtschaftlichen Aspekte hinaus wirft die Außenorientierung der Ukraine die Frage darüber auf, was zukünftig unter diesem Staatsgebilde überhaupt noch fassbar sein wird. Es erfordert schon einen kühnen Optimismus, sich die Ukraine noch einmal als funktionierenden Staat vorzustellen. Neben einer deeskalierenden Politik Moskaus im Osten der Ukraine wäre eine der elementarsten Voraussetzungen für eine „Utopie regionalen Ausgleichs“ (Claus Leggewie),²⁴ dass Kiew nicht auf eine ausschließliche Westbindung des Landes setzt. Anders ließe sich keine Verhandlungsbasis mit den abtrünnigen Gebieten im Osten herstellen. Auch EU und NATO müssten Kiew zu einem Programm des Ausgleichs ermuntern und nicht, wie momentan, immer mehr Öl ins Feuer gießen.

Die Entwicklungen in der Ukraine haben auch in vielen anderen Ländern, besonders in (Mittel-) Osteuropa, zu einer verstärkten Reflektion über die Beziehungen zu Russland geführt. Doch neben den Rufen nach verstärkter NATO-Präsenz, speziell aus

dem Baltikum und aus Polen, ließ sich auch Kritik an dem westlichen Vorgehen gegen Russland vernehmen. Besonders der slowakische Premierminister Robert Fico kritisierte die westlichen Sanktionen gegen Russland und warnte die Ukraine vor vorbehaltlosen Schritten nach Westen: „Ich glaube, dass es der Ukraine schwer fallen wird, mit den Herausforderungen fertig zu werden, die mit dem EU-Beitritt zusammenhängen, da sie vor einem absoluten Zerfall steht. Ich lehne die Vorstellung davon ab, dass die Ukraine irgendwann Nato-Mitglied werden könnte, denn dies würde die Sicherheit in der Region stören.“²⁵ Bezeichnend für die verstärkte Blockbildung infolge der Auseinandersetzungen in der Ukraine ist ein Kommentar zu den Äußerungen Ficos in der Washington Post. In einem Artikel des Journalisten Jackson Diehl mit dem Titel „Osteuropäer beugen sich Putins Macht“ werden diese und andere heterogene, aus (Mittel-) Osteuropa stammende Kritiken am Westen gemeinsam als Indikatoren dafür angeführt, dass US-Präsident Barack Obama die Kontrolle über die osteuropäischen NATO-Mitglieder verloren hätte: [...] ein großes Stück der NATO-Allianz hat leise begonnen sich Moskau zuzueigen. [...] Die ‚Russophoben‘ einer expandierten NATO wurden in mehr als ein paar Hauptstädten durch Putin-Appeasers ersetzt.“²⁶ Auch ukrainischen PolitikerInnen könnten zukünftig kleinste Widerworte als Wille zur Wiederannäherung an Russland ausgelegt werden.

Eine Monroe-Doktrin für Osteuropa?

Ein besonders radikaler Vorschlag für den zukünftigen Umgang mit der Ukraine legte der US-Journalist James Kirchick in einem Artikel im Wall Street Journal vor, dessen deutsche Übersetzung die Frankfurter Allgemeine Zeitung publizierte. Kirchick stellt sich die Frage, wie Staaten, die (noch?) nicht in der NATO sind, vor russischem Einfluss geschützt werden können – in erster Linie geht es hier um die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau. Seine Antwort ist die Ausrufung einer „Monroe-Doktrin“ für die NATO. Diese 1823 unter der Präsidentschaft von James Monroe entstandene Doktrin erklärte ganz Lateinamerika zur Einfluss-sphäre der Vereinigten Staaten, offiziell um die gerade unabhängig gewordenen Staaten vor den ehemaligen europäischen Kolonialmächten zu schützen, de facto ebenfalls um ein eigenes Imperium südlich seiner Grenzen zu errichten. Kirchick begegnet der Kritik an der Monroe-Doktrin folgendermaßen: „Seit Monroe diese Doktrin [...] verkündete, haben Historiker und linke lateinamerikanische Politiker sie als ideologische Essenz des Yankee-Impe-

rialismus in den Dreck gezogen. Doch indem sich die Vereinigten Staaten zur Hegemonialmacht über die westliche Hemisphäre ausriefen, taten sie genau das Gegenteil: Sie schufen einen Raum für die lateinamerikanischen Nationen, in dem diese über ihr eigenes Schicksal entscheiden konnten, frei von ausländischer Intervention. Und die Doktrin funktionierte: die Aggression der Kolonialstaaten in Lateinamerika nahm ab.²⁷ Zu behaupten, lateinamerikanische Staaten wären seit der Monroe-Doktrin in der Lage gewesen, sich frei zu entwickeln, ist nicht mehr als Hohn und Spott für die zahlreichen Opfer wirtschaftlicher Strangulierungen und menschenrechtverletzender Militärdiktaturen. „Die kreative Umdeutung der Monroe-Doktrin erstaunt nicht zuletzt mit Blick auf die bis in die Gegenwart anhaltende direkte Einmischung der USA in Lateinamerika, die bis zur Unterstützung von Putschen (etwas in Honduras 2009) und Putschversuchen (etwa in Venezuela 2002) gegen demokratisch gewählte Regierungen reicht und nicht vom Respekt für die Entscheidung der dortigen Bevölkerungen über ihr ‚eigenes Schicksal‘ motiviert.“²⁸ Dass diese osteuropäische Monroe-Doktrin einer NATO-Mitgliedschaft der entsprechenden postsowjetischen Staaten dem in nicht vielen nachstehen würde, lässt sich den weiteren Ausführungen Kirchicks entnehmen: „Für die europäischen Staaten, die durch einen geografischen Nachteil außerhalb der Nato-Allianz liegen, deren Bestand als souveräne, freie und friedliche Staaten für den Kontinent aber essentiell sind, sollte die Nato deshalb etwas anwenden, das der Monroe Doktrin gleicht. Zum einen könnte dieses Prinzip so formuliert werden, dass Versuche einer außenstehenden Macht, die Souveränität dieser Staaten zu untergraben, als ‚Manifestation einer unfreundlichen Disposition‘ – um es in Monroes Worten zu sagen – gegen die westliche Allianz gewertet werden. In der Praxis käme dies allem gleich, was knapp an der Verpflichtung nach Artikel 5 vorbeigeht, Nato-Truppen in das Land zu schicken, um es gegen einen Angriff zu verteidigen.“²⁹

Wir mögen diese Ausführungen Kirchicks als Gedankenspiele eines Hardliners verbuchen, die vielleicht in dieser Form nicht direkten Einzug in die Politik finden werden. Doch ob so etwas wie eine neue Monroe-Doktrin ausgerufen wird oder nicht, der Verweis auf dieselbe ist im Falle der Ukraine passender als je zuvor, denn er deutet auf verschiedene Aspekte, die Lateinamerika über lange Zeit bzw. häufig bis in seine aktuelle Situation hinein prägen und die sich auch in der jetzigen Ausrichtung der Ukraine zeigen: 1. Zuschnitt als Primärgüterproduzent für einige wenige, in diesem Fall europäische, Märkte; 2. „Strukturanpassungsmaßnahmen“, d.h. von der EU und dem IWF verordnete Austeritätspolitik ohne Rücksicht auf soziale Verluste; 3. Militärstrategische Absicherung dieses Entwicklungspfades. Dies sind die Kennzeichen einer sich als proeuropäisch ausrichtenden Ukraine.

Anmerkungen

- Zitiert nach [Spiegel Online](#) (26.10.2014): Proeuropäische Kräfte gewinnen deutlich.
- Herzinger, Richard: Moskaus langer Arm ([welt.de](#), 28.10.2014).
- Lagodinsky, Sergej: Ukraine-Wahl: Warum der Ausgang uns alle betrifft ([carta.info](#), 26.10.2014).
- Vgl.: Roetzer, Florian: Ukraine nach der Wahl: Irgendwie proeuropäisch und stark rechtsnationalistisch ([Telepolis](#), 27.10.2014).
- IPG (27.10.2014): Wahlen in der Ukraine: „In Tarnfleck-Uniform auf Panzern über Bildschirme gerollt“. Sechs Fragen an Stephan Meuser in Kiew.
- Vgl.: Müller, Klaus: Die Clans der Ukraine. Machtverhältnisse in einer Demokratie, die nie existiert hat, in: *Le Monde Diplomatique* (Deutsche Ausgabe), Oktober 2014, S. 8-9.
- Joschka Fischer im Interview mit Pohl, Ines/Reeh, Martin: „In Syrien nicht zu intervenieren, war ein Fehler“, in: *taz* am Wochenende, 1./2.11.2014, S. 4-5, hier: S. 5.
- Müller: Die Clans der Ukraine, s.o., S. 8.
- Zur Transformation in Russland und den dabei entscheidenden Akteuren vgl.: Jaitner, Felix: Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin, Hamburg: VSA Verlag, 2014.
- Auf die Frage nach den Konsequenzen der Parlamentswahl für den Einfluss der Oligarchie auf die Politik, meint Stephan Meuser von der Friedrich-Ebert-Stiftung Kiew gegenüber dem IPG Journal: „Die Wahl dürfte hieran erst einmal nichts ändern. Bei jeder einzelnen Partei ist weiterhin nachweisbar, dass Politik und Oligarchen eng miteinander verbunden sind. Positiv ist aber, dass etwa 25 der Aktivisten vom Maidan ein Abgeordnetenmandat errungen haben – in ganz verschiedenen Parteien“ (IPG: Wahlen in der Ukraine, s.o.).
- Leshchenko, Sergii: Hinter den Kulissen. Eine Typologie der ukrainischen Oligarchen ([eurozine.com](#), 15.5.2014).
- Vgl.: Eichhofer, André: Der Oligarch, der das Land vorm Zerfall retten soll ([welt.de](#), 16.9.2014).
- Dérens, Jean-Arnault/Geslin, Laurent: Schwergewichte aus Donezk, in: *Le Monde Diplomatique* (Deutsche Ausgabe), April 2014, S. 11.
- Vgl.: Leshchenko: Hinter den Kulissen, s.o.
- Eichhofer: Der Oligarch, der das Land vorm Zerfall retten soll, s.o.
- Müller: Die Clans der Ukraine, s.o., S. 8.
- Kissinger, Henry A.: Eine Dämonisierung Putins ist keine Politik. Vier Vorschläge für eine ausbalancierte Unzufriedenheit (IPG, 6.3.2014).
- Auch Kissinger plädiert dafür, die Ukraine nicht in die NATO aufzunehmen (vgl.: ebd.).
- Für eine Analyse darüber, wie die USA Julia Tymoschenko und die EU versuchte Vitali Klitschko als ihre jeweiligen PräsidentschaftskandidatInnen der Ukraine zu etablieren, vgl.: Wagner, Jürgen: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte, IMI-Studie 2c/2014, 21.7.2014, S. 10-12.
- Bidder, Benjamin: Die Ukraine gehört in die EU ([Spiegel Online](#), 24.10.2014). Der Autor spricht sich für eine „erstgemeinte Perspektive für einen Beitritt“ der Ukraine aus; die offizielle Pressemitteilung der Ankündigung von Präsident Poroschenko in der englischen Übersetzung lässt sich hier nachlesen: <http://www.president.gov.ua/en/news/31289.html>.
- Vgl.: Cormack, Tara: The EU: an accidental warmonger ([spiked](#), 30.10.2014).
- Für einen kritischen Blick auf die EU-Osterweiterung vgl.: Rowlands, Carl: Europe's Periphery ([eurozine.com](#), 25.1.2011), www.eurozine.com/articles/2011-01-24-rowlands-en.html.
- Genauer zu den bereits getroffenen Maßnahmen vgl: Wagner, Jürgen: Die Ukraine nach der „Wahl“. Wirtschaftliche Demontage, Sozialkollaps und Bürgerkrieg, in: IMI Ausdruck 3/2014, S. 15-18.
- Leggewie, Claus: Utopischer Realismus ([taz.de](#), 14.10.2014).
- Zitiert nach [RIA Novosti](#) (14.9.2014): Premier der Slowakei: Ukraine steht vor absolutem Zerfall.
- Diehl, Jackson: Eastern Europeans are bowing to Putin's power ([washingtonpost.com](#), 12.10.2014).
- Kirchick, James: Eine Monroe-Doktrin für die Nato ([faz.net](#), 3.11.2014).
- German Foreign Policy (4.11.2014): Eine Monroe-Doktrin für Osteuropa.
- Kirchick: Eine Monroe-Doktrin für die Nato, s.o.

Die Republik Moldau

Zerrissenes Land zwischen Europäischer und Eurasischer Union

von David X. Noack

Nachdem die reibungslose EU-Assoziierung der Ukraine im November 2013 gescheitert war, verblieben als einzige Signatarstaaten der Assoziierungsverträge mit der Europäischen Union in Osteuropa Georgien und Moldau. Während in Georgien, welches die Kontrolle über seine beiden abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien bereits vollständig verloren hat, die Widerstände gering waren, bleibt die Republik Moldau im Fokus der internationalen Diplomatie. Eine Pro-EU-Koalition mit hauchdünner parlamentarischer Mehrheit hat mit einer der EU-Assoziierung abgeneigten Opposition sowie verschiedenen pro-eurasischen sowie autonomistischen und separatistischen Bewegungen im Norden, Osten und Süden des Landes zu kämpfen. All dies auch noch in einem der ärmsten Länder des europäischen Kontinents. Eine Eskalation der verschiedenen Konflikte im Land ist und bleibt weiterhin nicht ausgeschlossen. Am 30. November 2014 wählen die moldauischen Bürger ein neues Parlament. Experten aus den USA befürchten eine angespannte Lage vor den Parlamentswahlen und Provokationen aus dem Ausland, welche einen Regierungswechsel in Chişinău vorbereiten sollen.¹ Laut aktuellen Umfragen hat die bisherige Regierungskoalition, die eine Annäherung an EU und NATO forciert, keine Aussicht auf eine Mehrheit im Parlament. Für die außenpolitische Orientierung des Landes in der Zukunft wird die Haltung der Kommunistischen Partei der Republik Moldau (PCRM) entscheidend sein. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben die Kommunisten jedoch einige außenpolitische Salti geschlagen.

Ökonomische Vorgeschichte und heutige Lage

In den 1990er Jahren forcierten die moldauischen Regierungen einen neoliberalen Sparkurs für ihr Land nach IWF-Vorgaben. Laut „Reformindizes“ des Weltwährungsfonds setzten die Politiker in Chişinău wirtschaftsliberalere Maßnahmen durch als beispielsweise die in Russland, der Ukraine, in Rumänien oder in Bulgarien.² Die Folgen für die Wirtschaft des Landes waren selbst laut den Angaben des IWF katastrophal: Allein in den Jahren 1992 und 1994 sackte das Bruttoinlandsprodukt des Landes jeweils um circa 30 % ab.³ Im Jahr 1997 betrug das BIP Moldaus dann auch nur noch circa 44 % des Wertes von 1990.⁴ Die neoliberale Schocktherapie sowie ein kurzer Bürgerkrieg um die abtrünnige Region Transnistrien trieben das Land in den wirtschaftlichen Abgrund.

Der Redaktionsschluss des vorliegenden Beitrags lag kurz vor den Wahlen in der Republik Moldau am 30. November 2014. Obwohl die russlandfreundliche Sozialistische Partei als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorging, vereinigte der proeuropäische Block insgesamt etwas mehr Stimmen auf sich (wobei in Transnistrien nicht abgestimmt wurde). Die Koalitionsverhandlungen dürften sich noch einige Zeit hinziehen, wodurch die im folgenden Artikel beschriebene angespannte Lage sicher nicht besser werden dürfte.

Anders verlief die Entwicklung im nach dem Bürgerkrieg 1992 abgespaltenen Osten des Landes. Transnistrien war und ist das ökonomische „Power House“ der früheren Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR). Mit den industriellen Zentren der ehemaligen MSSR, preis-

wertem Gas aus Russland und einer teilweisen Eingliederung in das russische Rentensystem konnte sich die Region ökonomisch gut entwickeln. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Transnistrien ist höher als das in den Gebieten unter Kontrolle der moldauischen Zentralregierung.⁵ Der Telekomkonzern *Interdnestrcom* ist sogar einer der zehn größten Telefonanbieter in der Ukraine. Der Moldau-Experte Georgiy Bjanow schätzt, dass die transnistrische Oligarchengruppe um den Konzern *Sheriff* im Falle einer Wiedervereinigung mit Kern-Moldau alle moldauischen Oligarchen übertrumpfen und die politisch mit diesem Konzern verbundene Partei ‚Obnovleniye‘ (Erneuerung) die Regierung Gesamtmoldaus übernehmen könnte.⁶ Ein früherer moldauischer Parlamentsabgeordneter ist wiederum der Überzeugung, dass im Falle einer Wiedervereinigung der *Sheriff*-Konzern sich eine Mehrheit im moldauischen Parlament kaufen würde.⁷ Sollte das stimmen, wäre die Motivation der politischen Führung in Chişinău sowie der mit ihnen verbundenen Geschäftsgruppen – allen Bekundungen zum Trotz – gering, eine Lösung für die Transnistrien-Frage zu finden.

Die Schaukelpolitik der Kommunistischen Partei Moldaus

Als mit Wladimir Woronin im Jahr 2001 zum ersten Mal ein Mann mit kommunistischem Parteibuch zum moldauischen Staatsoberhaupt gewählt wurde, waren die Ängste in Westeuropa groß. Woronins außenpolitisches Programm erschien zu diesem Zeitpunkt zunächst offen pro-russisch.⁸ Die Annäherung an Moskau brachte auch konkrete Ergebnisse: Das Kozak-Memorandum von 2003 brachte zum ersten Mal eine moldauisch-transnistrische Lösung zum Greifen nahe. Doch die Intervention des US-Botschafters in Chişinău bei Woronin persönlich verhinderte die Lösung unter Vermittlung Russlands.⁹ Russland, Kasachstan, Belarus und die Ukraine lehnten aufgrund dieses destruktiven Verhaltens Woronins einen Beitritt Moldaus zum damals geplanten Gemeinsamen Wirtschaftsraum ab.¹⁰ In die Enge getrieben vollzog Woronin Ende 2003 bis Anfang 2004 eine außenpolitische Kehrtwende und forcierte fortan einen möglichen EU-Beitritt. Gleichzeitig lehnte er aber eine NATO-Mitgliedschaft offen ab.

Die westlichen Staaten ließen den Weg der „pro-europäischen Ausrichtung“ zementieren, indem im Umfeld der moldauischen Parlamentswahlen aus den USA mit einem „orangenen Szenario“ (nach dem Vorbild der Ukraine wenige Monate zuvor) gedroht wurde.¹¹ Woronin hielt sich an die Vorgaben aus Washington und Brüssel und nahm Kurs auf die EU – vorerst zu mindestens. In den Jahren 2007 und 2008 modifizierte er seine Außenpolitik erneut und zeigte sich Russland gegenüber wieder etwas offener. Folgerichtig kam es nach dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei bei den Parlamentswahlen 2009 dann tatsächlich zu einem „orangenen Szenario“. Selbst US-amerikanische Hardliner zeigten sich damals offen überzeugt, dass die Kommunisten den Urnengang gewonnen hatten.¹² Demonstranten stürmten nichtsdestotrotz das Parlament sowie den Präsidentensitz und hissten



die rumänische Flagge.¹³ Bereits seit Gründung der moldauischen Nationalbewegung plädierte ein Teil der Intelligenz des Landes für die Vereinigung mit Rumänien¹⁴, was heute den schnellsten Weg eines Beitritts zu EU und NATO bedeuten würde.

Der damalige moldauische Präsident warf Rumänien eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes vor.¹⁵ Der rumänische Botschafter sowie mehrere Journalisten aus dem Nachbarland wurden ausgewiesen. Darüber hinaus führte die PCR-M-Regierung die Visumpflicht für Bürger aus dem südlichen Nachbarland wieder ein. Der Putsch misslang zwar, jedoch ging das Land in eine politische Dauerkrise über. Innerhalb von 18 Monaten kam es zu drei Parlamentswahlen, da die Opposition stets die Volksvertretung blockierte. Erst im Januar 2011 konnte eine neue Regierung gebildet werden – die „Allianz für Europäische Integration“ unter Beteiligung von drei liberalen und konservativen Parteien. In der Opposition näherte sich die Kommunistische Partei wieder Russland an und lehnte beispielsweise die EU-Assoziierung ab.

Doch auch dieser Schwenk der PCR-M blieb nicht von Dauer. Zuletzt machten Gerüchte die Runde, PCR-M-Chef Wladimir Woronin stehe der EU-Assoziierung nicht mehr abgeneigt gegenüber. Um diesen erneuten Schwenk vorzubereiten, musste ein prominenter Linker der Partei gehen. Im Herbst 2014 wurde der junge Abgeordnete Grigore Petrenko auf Betreiben des Dauervorsitzenden Woronin ausgeschlossen.¹⁶ Petrenko als international gut vernetzter linker Außenpolitiker konnte auf eine große Basis in der Kommunistischen Jugend setzen und wurde somit zur Gefahr für Woronin, der mittlerweile seit 20 Jahren die PCR-M anführt. Der Ausschluss Petrenkos und dessen Antritt für die Nichtregierungsorganisation ‚Rodina‘ (Russisch für Vaterland) stellt bereits die vierte größere Abspaltung von der PCR-M in den vergangenen 10 Jahren dar. Die Wählerbasis dieser Partei, die einst über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, schrumpft indessen immer weiter.

EU-Assoziierung – gegen alle Widerstände

Im Herbst 2013 hatte international für Aufmerksamkeit gesorgt, dass die sich seit demselben Jahr selbst so bezeichnende „Pro-Europäische Koalition“ (PEK) die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommen mit der EU forcieren wollte. Gleichzeitig versuchte die oppositionelle Kommunistische Partei Moldaus – gemeinsam mit der auch im Parlament vertretenen oppositionellen ‚Partei der Sozialisten der Republik Moldau‘ (PSRM) und christlich-orthodoxen Gruppierungen¹⁷ – das Assoziierungsabkommen zu verhindern.¹⁸ Die Kommunisten und ihre Verbündeten blockierten dabei das Parlament, organisierten Aktionen des zivilen Ungehorsams und Demonstrationen.¹⁹ Doch aus dem „Moldauischen Roten Oktober“ wurde nichts und die Regierung des zerrütteten Landes unterzeichnete auf dem EU-Gipfel im litauischen Vilnius im November 2013 das Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Brüsseler Kommission erklärte daraufhin, dass Moldau die Anforderungen an einen Aktionsplan zur Visaliberalisierung erfüllt habe.

Belarus als Sprungbrett zur Eurasischen Union?

Mit der Eurasischen Union (EaU) wird die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) demnächst das am weitesten reichende ökonomische Integrationsformat seit dem Ende der Sowjetunion erleben. Als Vorläufer der Zollunion (ZU) aus der demnächst die Eurasische Union werden wird, trat im Jahr 2011 das GUS-Freihandelsabkommen in Kraft, welches neben der Ukraine auch Moldau mit einschließt.²⁰ Trotz ihrer Pro-EU- und teilweise sogar Pro-NATO-Ausrichtung stimmten auch die moldauische AEI-Regierungskoalition dem Abkommen zu.

Neben Russland wird die EaU auch Belarus umfassen, welches ein Zentrum der industrialisierten Gebiete der früheren Sowjetunion ist. Die von Russland gegen Moldau infolge der Pro-EU-Politik verhängten Sanktionen im Lebensmittelbereich



Das Sheriff-Stadion der gleichnamigen transnistrischen Oligarchengruppe. Bild: David X. Noack

fürten bereits zu einem Anstieg des belarussisch-moldauischen Handels um 36 %. Bei einem Staatsbesuch des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko Ende September 2014 schlug dieser vor, dass Moldau und Belarus in den nächsten Jahren den Handel zwischen beiden Staaten verdreifachen könnten. Die derzeitige moldauische Regierung schien aber ausschließlich am belarussischen Absatzmarkt sowie Möglichkeiten zur Umgehung der russischen Sanktionen interessiert zu sein.²¹ Eine engere Verzahnung der belarussischen und der moldauischen Wirtschaft könnte ein Mittel sein, die Republik Moldau enger an die EaU heranzuführen.

Pulverfässer: Bălți, Gagausien und Taraclija

Die von der Zentralregierung in Chişinău verfolgte Annäherung an die Europäische Union führt zu einer verschärften innenpolitischen Konfrontation. Vor allem die ethnischen Minderheiten sowie die abtrünnige Republik Transnistrien lehnen die Assoziation der Republik Moldau mit der EU ab. Die verschiedenen Hochburgen der ethnischen Minderheiten befinden sich im Norden, Osten und Süden des Landes.

Die nördliche Stadt Bălți ist multikulturell geprägt und gilt seit jeher als Hochburg der Ukrainer in der Republik. Die Ukrainer sind laut dem bisher letzten Zensus aus dem Jahr 2004 noch vor den Russen die größte ethnische Minderheit des Landes. Viele ethnische Ukrainer leben in der abtrünnigen Provinz Transnistrien. Ähnlich wie die anderen ethnischen Minderheiten im Land nutzen diese Russisch als Verkehrssprache. Im Schatten der Ukraine-Krise kursierten Meldungen, dass in der Stadt Bălți bewaffnete Gruppen aufgetaucht seien. Zwischenfälle gab es bisher keine.

Neben den Ukrainern im Norden ist die Lage im Süden Moldaus politisch am angespanntesten. Als Vertreter der ersten Territorialeinheit innerhalb der damaligen Moldauischen SSR erklärten die politischen Vertreter der südlichen Region Gagausien, die von einer turksprachigen und christlich-orthodoxen Minderheit bewohnt wird, im August 1990 ihre Souveränität.²² Im Gegensatz zu Transnistrien kam es in Gagausien nur zu kleineren Kämpfen und wenigen gewaltsamen Demonstrationen. Das gagausische

Budschak-Bataillon, eine paramilitärische Einheit eines früheren KGB-Offiziers, führte jedoch keine Militäroperationen durch.²³ Trotzdem kann davon gesprochen werden, dass von 1991 bis 1994 Gagausien effektiv nicht unter Kontrolle der Zentralregierung von Moldau stand.²⁴ Nach einem politischen Kompromiss kehrte die Region Gagausien in den Staatsverband Moldaus zurück und erhielt dafür ein eigenes Regionalparlament sowie weitgehende Autonomierechte. Diese politische Lösung wurde durch ein Referendum von der Bevölkerung angenommen.

Nach anderthalb Jahrzehnten relativer Ruhe nahmen die Spannungen im von Gagausien Gagauz Yeri genannten Gebiet wieder zu. So erkannte das Autonomieparlament der Region die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens nach dem georgischen Waffengang gegen diese beiden abtrünnigen Republiken im Sommer 2008 an.²⁵ Im Frühjahr 2013 schlug der gagausische Gouverneur Mihail Formuzal vor, dass Russland und die Türkei als internationale Garanten für die Autonomie seiner Region dienen könnten. Als weiteres Land könnte sich zu einem späteren Zeitpunkt Aserbaidschan mit zu diesen Garantiemächten gesellen.²⁶ Solch eine international garantierte Autonomie existiert in Europa beispielsweise in der Südtirolfrage in Italien. In Moldau wurde sie jedoch nicht realisiert.

Im Juli 2013 erklärte Formuzal außerdem, dass im Falle einer Union Transnistriens mit Moldau auch Gagausien den Status einer separaten Republik in solch einem Staatsverband erhalten müsste.²⁷ Die gagausische Region ist eine der ärmsten des Landes und die nationalistischen moldauischen Politiker tragen ihre Ignoranz gegenüber den Gagausen stets offen zur Schau.²⁸

Im Jahr 2011 hatte der Gouverneur von Gagausien die ‚Partei der Regionen Moldaus‘ (PRM) gegründet und ist seitdem ihr Vorsitzender.²⁹ Die Gründung rein lokaler Parteien ist in Moldau verboten, deswegen hat die Partei einen gesamt-moldauischen Anspruch. Außerdem ist der Name eine klare Anspielung auf die bis Anfang 2014 größte ukrainische Partei (Partei der Regionen, PdR), der auch der aus dem Amt geputschte ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch angehörte. Die PdR wandte sich in ihrem Land gegen einen ukrainischen Nationalismus und wurde unter anderem wegen dieser ausgleichenden Politik auch von vielen ethnischen Bulgaren, Ungarn, Russen, Ruthenen und Slowa-

ken gewählt. Doch Höhenflüge wie sie die PdR in der Ukraine erlebt hatte, sind für die PRM in Moldau unrealistisch. Bei landesweiten Wahlen hat die vom gagausischen Gouverneur gegründete PRM geringe Chancen, in das Parlament einzuziehen. In Umfragen taucht die Partei meist nicht auf.

Den bisherigen Höhepunkt der politischen Konfrontation in und um Gagausien stellte eine Volksabstimmung im Februar 2014 dar. Bei einem von den Regionalbehörden Gagausiens organisierten Referendum sprach sich eine überwältigende Mehrheit von 98 Prozent gegen die EU-Assoziierung und für eine Annäherung an die Eurasische Union aus. Nach Angaben des gagausischen Wahlkomitees beteiligten sich über 70 % der circa 100.000 Wahlberechtigten an der Volksabstimmung. Im Falle eines Souveränitätsverlustes der Republik Moldau solle Gagausien aus dem Staatsverband austreten, ergab die Abstimmung außerdem. Die Zentralregierung erkannte das Votum nicht an³⁰, die deutsche Bundesregierung ebenso.³¹ Formuzal erklärte nach dem Referendum, dass Gagausien damit de facto schon die Unabhängigkeit erklärt habe.³²

Handlungsbedarf für die gagausischen Spitzenpolitiker ergab sich durch die von der AEI- bzw. PEK-Koalition in Chişinău forcierte Annäherung an die EU. Durch von der Europäischen Union geforderte Steuerreformen für die „tiefe Integration“ Moldaus in den EU-Binnenmarkt vermindern sich einerseits die Einnahmen der gagausischen Autonomieregion und dadurch erhöht sich im Gegenzug die Abhängigkeit von der Zentralregierung. Künftig müssen die Gagausier „die Hälfte der Mehrwertsteuereinnahmen an den Staatsetat“ abführen.³³ Der politische Kompromiss von vor 20 Jahren für Gagausien endet somit quasi mit der von Brüssel gewünschten Assoziierung Moldaus mit der EU.

Auch der Druck auf die südliche Region Gagausien hat im Zuge der Ukraine-Krise zugenommen. Der gagausische Başkan (Regierungschef) berichtete gegenüber der russischen Presse, dass in seinem Autonomiegebiet Waffenlager von Polizeiwachen geräumt worden seien.³⁴ Im Juli 2014 waren Gerüchte im Umlauf, dass Formuzal 10.000 Uniformen für eine angeblich geplante Miliz bestellt habe.³⁵ Gagausien könnte sich jederzeit zu einem zweiten Transnistrien entwickeln und die EU-Assoziierungspolitik spielte eine wesentliche Rolle, die Gagausen von der Zentralregierung zu entfremden.

Ein weiterer potenzieller moldauischer Unruheherd ist die südliche Provinz Taraclija. In dieser Region lebt die Hälfte der bulgarischen Minderheit in der Republik Moldau, die andere Hälfte dieser Minorität verteilt sich größtenteils auf die umliegenden Bezirke. Das erste Mal für internationale Aufmerksamkeit sorgten die Bulgaren von Taraclija im Jahr 1999, als sie sich in einer Volksabstimmung gegen die Auflösung ihrer Provinz gewandt hatten.³⁶ Die Entscheidung des gesamt moldauischen Parlamentes, diese Provinz zu erhalten, erfolgte daraufhin entlang klarer

parteipolitischer Linien: Die Kommunisten der PCRМ und die als russlandfreundlich geltenden Zentristen stimmten damals dem Ansinnen der bessarabischen Bulgaren zu.³⁷ Bis zuletzt konnte die PCRМ bei Urnengängen auf großen Rückhalt in Taraclija setzen.

Auch der Widerstand der Bessarabienbulgaren in Taraclija wächst. Im April 2013 votierte der Bezirksrat von Taraclija für die Schaffung einer Autonomie der bessarabischen Bulgaren in Moldau.³⁸ Vielleicht kann die im Süden Moldaus konzentrierte ethnische Minderheit in dieser Frage auch auf Unterstützung aus dem Ausland setzen: Im Frühjahr 2014 erklärte der russische Botschafter in der Republik Moldau, dass Russland in diesem Jahr Gagausien und Taraclija besondere Aufmerksamkeit schenken werde.³⁹ Forderungen aus Moskau, die Autonomie zu implementieren sind jedoch noch nicht zu vernehmen – bisher wenigstens.

Die jüngsten Entwicklungen in der Transnistrien-Frage

Die Parlamentswahlen 2011 in Transnistrien bedeuteten den Endpunkt einer Demokratisierungsphase des politischen Lebens in der nicht anerkannten Republik. Der bis dahin regierende Dauerpräsident Igor Smirnow schaffte es nicht, für eine fünfte Amtszeit wiedergewählt zu werden.⁴⁰ Russland spielte bei der Pluralisierung des Landes eine entscheidende Rolle.⁴¹ Obwohl Vertreter der russischen Regierungspartei ‚Einiges Russland‘ auf den Kandidaten der dem *Sheriff*-Konzern nahestehenden Erneuerungspartei, Anatoli Kaminski, gesetzt hatten, schaffte dieser es nicht, die Wahl für sich zu entscheiden. Präsident wurde Jewgeni Schewtschuk, der bis 2010 der *Sheriff*-nahen Partei ‚Erneuerung‘ angehört hatte, jedoch aus dieser vor den Wahlen austrat und als unabhängiger Kandidat angetreten war.

Im Jahr 2011 wurden außerdem die Gespräche zwischen den Regierungen in Chişinău und Tiraspol über eine politische Lösung des Konflikts wieder aufgenommen. Öffentlichkeitswirksam beharrten die transnistrischen Vertreter dabei darauf, dass es lediglich darum gehe, die Beziehungen zwischen beiden Seiten zu „normalisieren“.⁴² Trotz der Vereinigungsverhandlungen beschloss Schewtschuk in seinem ersten Amtsjahr, formell die Annäherung an die Zollunion (aus der nun die Eurasische Union hervorgeht) zum außenpolitischen Ziel.⁴³ Experten gehen jedoch davon aus, dass diese Positionierung Schewtschuks keine endgültige ist.⁴⁴

Im Falle einer zollrechtlichen Spaltung infolge der EU-Assoziierung Moldaus befürchteten Experten des Warschauer ‚Zentrums für Oststudien‘ im Herbst 2012 bewaffnete Zusammenstöße in der seit dem Ende des Bürgerkrieges von einer gemeinsamen moldauisch-transnistrisch-russischen Friedensstreitmacht kontrollierten Sicherheitszone.⁴⁵ Zur Eskalation trug damals bei, dass zu dieser Zeit die russische Regierung die russischen Friedenstruppen mit schwereren Waffen ausrüstete und den transnistri-

Moldau: Regierungen

April 2001 bis September 2009: Regierung der „Kommunistischen Partei der Republik Moldau“ (PCRМ)

September 2009 bis April 2013: Regierung der „Allianz für Europäische Integration“ (AEI)

April 2013 bis heute: Regierung der „Pro-Europäischen Koalition“ (PEK)

Rechts: Moldaus Parlamentsgebäude.
Foto: Wikipedia



schen KGB⁴⁶ mit einem hochrangigen Geheimdienstbeamten direkt unterstützte. Darüber hinaus bauten die russischen Truppen ihre militärische Infrastruktur in Transnistrien aus, ähnlich wie es 2008 vor der georgischen Aggression gegen die dortigen separatistischen Regionen Südossetien und Abchasien geschehen war.⁴⁷ Zusätzlich kamen Gerüchte auf, dass russische Raketensysteme in Transnistrien stationiert werden könnten.⁴⁸

Im Frühjahr 2013 baute Russland seinen formellen Einfluss in Transnistrien weiter aus, indem in der Hauptstadt Tiraspol eine Außenstelle der Botschaft errichtet wurde, die de facto als Konsulat in dem nicht anerkannten Staat dient.⁴⁹ Bis dahin unterhielt lediglich Südossetien ein Konsulat in Transnistrien und Abchasien einen diplomatischen Repräsentanten. Auch militärisch ging der Ausbau der Beziehungen immer weiter und im November 2013 wurde bekannt, dass die russische Armee einen Flugplatz in Tiraspol fertiggestellt hat.⁵⁰ Bisher liefen die Nachschublieferungen Russlands immer über Land und diplomatische Vertreter reisten stets über den Flughafen von Chişinău ein.

Seit Sommer 2014 verschärft die PEK-Regierung ihre Haltung gegenüber Transnistrien. So wurden Gerichtsverfahren gegen den transnistrischen Premier, den Vorsitzenden des Obersten Gerichts Transnistriens sowie den Landwirtschaftsminister der abtrünnigen Region aufgenommen. Die moldauische Regierung verhängte auch Einreiseverbote für verschiedene Personen, u.a. den Leiter des transnistrischen Büros einer unabhängigen Denkfabrik. Soldaten der russischen Friedenstruppen durften vermehrt nicht über den Flughafen von Chişinău einreisen und außerdem konfiszierte der moldauische Geheimdienst ein Teil des Gepäcks des russischen Sonderbeauftragten für Transnistrien, Dimitri Rogosin. In diesen Gepäckstücken befanden sich Briefe transnistrischer Bürger an die russische Regierung, in denen sich diese für den Beitritt zur Russischen Föderation aussprachen.⁵¹ Ähnlich wie im Falle Gagausiens verschärft die EU-Assoziierung diesen innenpolitischen Konflikt.

Der Einfluss der Ukraine-Krise auf Transnistrien

Sofort mit der Machtergreifung der Liberalkonservativen, Nationalisten und Faschisten in Kiew im Frühjahr 2014 geriet Transnistrien in den Fokus der internationalen Politik. Die Ereignisse in der Ukraine nährten „die Befürchtung, der Konflikt am Dnjestr könnte neuerlich eskalieren“, hieß es beispielsweise in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.⁵² Zur Eskalation trug bei, dass in Moldau Anfang Mai 2014 die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt wurden.⁵³ An der Zusammensetzung der Friedenstruppe in der Region änderte sich jedoch trotz der erhitzten Gemüter nichts. An der so genannten ‚Gemischten Kontrollkommission‘ sind weiterhin 402 moldauische, 395 russische und 331 transnistrische Soldaten beteiligt. Darüber hinaus nehmen weiterhin zehn ukrainische Militärbeobachter an den ‚Gemeinsamen Friedensschaffenden Kräften‘ teil.⁵⁴

Gerüchte über das Einsickern transnistrischer KGB-Agenten in die ukrainische Oblast Odessa tauchten immer wieder auf. Beim Massaker in Odessa Anfang Mai 2014 sollten laut Angaben ukrainischer Behörden auch transnistrische Bürger unter den Opfern gewesen sein. Immer wieder sprachen ukrainische Rechtspolitiker von dem Szenario, dass die russische Armee von Transnistrien aus die Ukraine angreifen könnte. Im Juli 2014 begannen die ukrainischen Behörden deswegen mit dem Ausheben eines Grabens an der ukrainisch-transnistrischen Grenze.⁵⁵ Der transnistrische Präsident Jewgeni Schewtschuk dementierte im Oktober erneut die in Kiew hervorgebrachte Behauptung, dass die nicht anerkannte Republik Truppen an der Grenze zusammenziehen würde.⁵⁶

Die eigentlich gegen Russland gerichteten administrativen Maßnahmen der Kiewer Putschregierung im Zuge des Bürgerkrieges im Donbass hatten auch verheerende Auswirkungen auf Transnistrien. Die Einberufung aller ukrainischen männlichen Staatsbürger zum Wehrdienst führte dazu, dass viele Transnistrier mit ukrainischem Pass nicht mehr in die Ukraine reisten. Das Verbot der Einreise in die Ukraine für russische Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren hatte den gleichen Effekt. Lediglich ein Drittel der Bewohner der nicht anerkannten Republik haben den moldauischen Pass. Transnistrische Versicherungsunternehmen übernahmen deswegen für den Transit in die Ukraine keine Garantien mehr und der Export nach Osten und Süden nahm ab.⁵⁷

Der Vorsitzende des transnistrischen Parlamentes, Michail Burla, wandte sich Mitte März 2014 öffentlichkeitswirksam an die russische Duma mit der Bitte der Aufnahme der abtrünnigen Republik in die Russische Föderation.⁵⁸ Die Regierung von Jewgeni Schewtschuk wiederholte ebenso mehrmals, dass Transnistrien gerne Russland beitreten wolle. Solche Forderungen scheinen jedoch nicht realistisch – allein schon aufgrund der Lage. Zwar wünscht sich die Mehrheit der transnistrischen Bevölkerung den Beitritt zu Russland, jedoch dürften die politisch einflussreichen Oligarchen um den *Sheriff*-Konzerns kein Interesse daran haben, da sie gegen die russischen Oligarchen keine Chancen auf ein wirtschaftliches Überleben hätten. Darüber hinaus würde solch ein Schritt nicht den Realitäten der transnistrischen Wirtschaft entsprechen, die selbst laut Angaben der dortigen Zentralbank im vergangenen Jahr mehr Handel mit Moldau tätigte als mit der Russischen Föderation.⁵⁹

Chişinău zwischen Kooperation und Konfrontation mit Moskau

Seit 2009 regierte in Chişinău eine selbsterklärte „Allianz für eine Europäische Integration“ (AEI) über das osteuropäische Land, die den schon von Woronin eingeschlagenen EU-Kurs forcierte und sich im Gegensatz zu den Kommunisten auch der NATO gegenüber aufgeschlossener zeigte. Eine der drei AEI-Koalitionsparteien, die ‚Liberale Partei‘ von Mihai Ghimpu, trat sogar offen für einen Beitritt Moldaus zum Nachbarland Rumänien ein – sie ist unionistisch. Im vergangenen Jahr zerlegten sich jedoch die Liberalen und eine Abspaltung trägt seitdem die PEK.⁶⁰

Darüber hinaus versucht die PEK-Koalition diplomatisch zu erreichen, dass die russischen Friedenstruppen aus Transnistrien abgezogen werden, was die Regierung in Moskau als Affront betrachtet.⁶¹ Die russische Regierung unter dem damaligen Premier Wladimir Putin hatte beim Istanbul OSZE-Gipfel 1999 einem Abzug der russischen Truppen aus den international anerkannten Grenzen Moldaus zugestimmt, wenn die anderen OSZE-Staaten den Angepassten KSE-Vertrag (AKSE-Vertrag) unterzeichnen würden. Dieser Abrüstungsvertrag sollte das Informations- und Verifikationsregime des vorangegangenen Abkommens verbessern und nationale und territoriale Obergrenzen für den Rüstungssektor vereinbaren. Von allen KSE-Staaten ratifizierten nur vier GUS-Staaten den Vertrag, nachdem die westlichen Staaten keine Anstalten machten, das Vertragswerk in gültiges Recht umzuwandeln, setzte die Russische Föderation sowohl das KSE- als auch das AKSE-Vertragswerk im November 2007 aus. Der Impuls, durch Abrüstung im gesamtkontinentalen Kontext auch mehr Entspannung nach Moldau direkt zu bringen, verpuffte.

Die antirussische Politik der PEK führte dazu, dass das Land Opfer russischer Sanktionen geworden ist. Im Sommer 2014 verlängerte *Rosselkhoz nadzor*, die staatliche russische Agentur für Agrargüter, erst wieder die Lebensmittelsanktionen gegen die

Republik Moldau. Angeblich entsprächen die moldauischen Lebensmittel nicht den russischen Hygienestandards.⁶² Diese Sanktionen sind ein offensichtlich politisches Druckmittel, welches jedoch im Falle einer Annäherung an die EaU wegfallen würde.

Die Moldauischen Parlamentswahlen 2014

Lange Zeit schien es so, als würde die PCRM die Wahlen zum moldauischen Parlament mit einer absoluten Mehrheit gewinnen können. Das letzte halbe Jahr vor dem Urnengang jedoch nahm die Popularität der Kommunisten beim moldauischen Wahlvolk immer weiter ab. Die Umfragen sehen die Kommunistische Partei zwischen 20 % und 30 % der Stimmen. Dafür rückten vermehrt neue Formationen, die nun ins Parlament einziehen könnten, ins öffentliche Bewusstsein.

Zum einen wäre da die Partei der Sozialisten der Republik Moldau unter der Führung von Igor Dodon. Dieser sprach sich Anfang November 2014 dafür aus, die EU-Assoziierung zu annullieren und stattdessen den Beitritt zur Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland zu forcieren.⁶³ Wenige Tage später besuchten Dodon und Zinaida Greceanii den russischen Präsidenten Putin.⁶⁴ Greceanii amtierte als die letzte Ministerpräsidentin der Kommunistischen Partei unter dem Präsidenten Woronin in den Jahren 2008 und 2009. Nach dem Besuch von Greceanii und Dodon in Moskau erklärte der Sprecher des gagausischen Autonomieparlaments, dass die gagausische Minderheit nun für die PSRM stimmen würde.⁶⁵

Zuletzt tauchte mit Renato Usatii auch eine neue Figur auf der politischen Bühne Moldaus auf. Bis vor wenigen Monaten war Usatii noch Gewerkschafter in Russland, stammte jedoch ursprünglich aus der Moldauischen SSR. Usatii setzt sich weder für eine EU-Assoziierung noch für den Beitritt zur EaU ein. Sein Zusammenschluss ‚Unsere Partei‘ erreicht in Umfragen seit Juli diesen Jahres 6 bis 10 % der Stimmen. Ein Einzug ins Parlament scheint äußerst wahrscheinlich.

Laut der moldauischen Zeitung ‚Tribuna‘ setzt die offizielle russische Außenpolitik angeblich auf die ‚Partei der Regionen‘ von Formuzal, die ‚Unsere Partei‘ von Usatii sowie die PSRM.⁶⁶ Die PdR erscheint nicht in den Umfragen und die beiden anderen Parteien kommen in diesen auf circa 15 % der Stimmen. Ob das für einen außenpolitischen Schwenk reicht, wird sich zeigen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die Liberale Partei, die von 2010 bis 2013 der AEI angehörte. Für Unruhe sorgt immer wieder die russophobe Parlamentarierin Ana Guțu der Liberalen Partei. Im Zuge der Ukraine-Krise schlug Guțu vor, alle russischen Sender im Land abzuschalten. Vertreter der OSZE baten daraufhin den moldauischen Rundfunkkoordinierungsrat, von dem Ansinnen Ana Guțus abzusehen, da die Meinungsfreiheit in Moldau nicht gefährdet werden sollte.⁶⁷ Die Liberale Partei wird weiterhin mit über 7 % im Parlament gesehen.

Den bisherigen politischen Mainstream sowie die derzeitige Regierung stellen die ‚Liberaldemokratische Partei Moldaus‘ (PLDM) sowie die nominell sozialdemokratische ‚Demokratische Partei Moldaus‘, deren Spitzenmann ein früherer PCRM-Überläufer ist. Die beiden Parteien erreichten beim vergangenen Urnengang 30 % bzw. 12 % der Stimmen und können derzeit auf 15 bis 18 % sowie 10 bis 12 % der Stimmen hoffen. Auf eine Mehrheit können diese Parteien also nicht setzen. Die außenpolitische Ausrichtung Moldaus nach den Wahlen scheint damit vollkommen offen.

Sechs Wochen vor der Wahl rief der moldauische Geheimdienstchef Mihai Balan außerdem zu erhöhter Vorsichtigkeit auf. Die Russische Föderation würde versuchen, die Wahlen zu beeinflussen und Provokationen inszenieren. Dazu würden auch

hunderterte von Nichtregierungsorganisationen finanziert und es seien angebliche Provokateure aus dem Ausland nach Moldau unterwegs, einige davon wurden auf dem Flughafen von Chișinău wieder in ihre Heimat zurückgeschickt.⁶⁸ Das Finanzieren von NGOs zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gehört dabei andererseits bereits seit zweieinhalb Jahrzehnten zum Repertoire diverser NATO-Staaten.⁶⁹ Auch die derzeitige moldauische Regierungskoalition hat genau von solch einem Verhalten Deutschlands, Rumäniens und der USA profitiert, wie das orangene Szenario in den Jahren 2009/2010 gezeigt hatte. Doch da die Wirtschaft des Landes weiterhin am Boden liegt, könnte die Eurasische Union für einen Staat mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen Moldaus vielleicht eine bessere Alternative darstellen.⁷⁰ Gleichzeitig wird solch ein Szenario von Pro-EU- und Pro-NATO-Politiker abgelehnt.

Oder doch Spaltung?

Angesichts einer neuen möglichen Dauerkrise im politischen System Moldaus kamen aus Berlin überraschend auch ganz neue Signale zur Lösung der verschiedenen Probleme des Landes. So zitierte die Zeitschrift ‚Internationale Politik‘ der ‚Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik‘ anonyme Diplomaten mit der Aussage, dass „die Aufspaltung Moldaus zwischen Russland und Rumänien wahrscheinlich sei“.⁷¹ Entlang welcher Grenze solch eine Aufspaltung organisiert werden soll, ist unklar.

Gerüchte machten auch bereits die Runde, die Gagausen dies- und jenseits der moldauisch-ukrainischen Grenze könnten sich zu einem Staat zusammenschließen.⁷² Im ukrainischen Budschak, welcher die Republik Moldau vom Schwarzen Meer trennt, leben viele ethnische Bulgaren, Gagausen und Russen. Zur Parlamentswahl in der Ukraine im Oktober 2014 gewannen dort durchweg Direktkandidaten der früheren ‚Partei der Regionen der Ukraine‘. Ob der Budschak mit Gagausien, Taraclija und Transnistrien einen neuen Staat („West-Noworossija“) bilden könnte und wie die ukrainische Zentralregierung darauf reagieren würde, steht in den Sternen.

Die Frage der politischen Orientierung von Ländern im postsozialistischen Raum ist mit aller Dringlichkeit auf die internationale Tagesordnung zurückgekehrt. Die vom Westen maßgeblich zu verantwortende Ukraine-Krise und die EU-Assoziierungsverträge drohen hierbei zum Anstoß für eine deutliche Verschärfung der im Zuge dessen stattfindenden Auseinandersetzungen zu werden – auch und gerade für Moldau.

Anmerkungen

- 1 Paul Goble: *Chisinau Says Pro-Moscow Provocations Ahead*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 162, 16.9.2014.
- 2 Valerie Mercer-Blackman/Anna Unigovskaya: *Compliance with IMF Program Indicators and Growth in Transition Economies*, in: Emerging Markets Finance & Trade, Jg. 40 (2004), Nr. 3, S. 55-83 (hier: S. 70).
- 3 Ebenda, S. 59.
- 4 Ebenda, S. 57.
- 5 Ulrich Speck: *Moldaus langer Weg nach Westen*, Internationale Politik 4, Juli/August 2014.
- 6 Marcin Kosienkowski: *Is Internationally Recognised Independence the Goal of Quasi-States? The Case of Transnistria*, in: Natalia Cwicinska/Piotr Oleksy (Hgg.): *Moldova: In Search of Its Own Place in Europe*, Bydgoszcz 2013, S. 55-65 (hier: S. 61).
- 7 Ebenda.
- 8 Theodor Tudoroiu: *Communism for the Twenty-first Century: The Moldovan Experiment*, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Jg. 27 (2011), Nr. 2, S. 291-321 (hier: S. 300).
- 9 Hannes Hofbauer: *Niemandsland am Dnjestr*, junge Welt 8.11.2005.
- 10 Tudoroiu: *Communism for the Twenty-first Century: The Moldovan Experiment*, S. 300.
- 11 *Durchbruch nach Osten*, 6.3.2005, www.german-foreign-policy.com/

- de/fulltext/51544
- 12 Vladimir Socor: *Ten Reasons Why the Communist Party Won Moldova's Elections Again*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 6, Nr. 66, 7.4.2009.
 - 13 „Gespens der Revolution“ erreicht Moldawien (Zusammenfassung), 7.4.2009, de.ria.ru/post_soviet_space/20090407/120966275.html
 - 14 Andreas Menn: *Konstruktion von Nation und Staat in Osteuropa – Transnistrien und die Republik Moldau*, Saarbrücken 2008, S. 33-37.
 - 15 *Moldawiens Präsident kritisiert rumänische Beteiligung an jüngsten Unruhen in Chisinau*, 10.4.2009, de.ria.ru/post_soviet_space/20090410/121058620.html
 - 16 *Unde l-a fătat mumă-sa pe Grigore Petrenko?*, 7.10.2014, www.tim-pul.md/articol/unde-l-a-fatat-muma-sa-pe-grigore-petrenko-64440.html
 - 17 Über 90 % der Bevölkerung sind christlich-orthodoxen Glaubens.
 - 18 Vladimir Socor: *Russia and the Moldovan Communists' Red October (Part One)*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 176, 3.10.2013; sowie: Vladimir Socor: *Russia and the Moldovan Communists' Red October (Part Two)*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 177, 4.10.2013.
 - 19 Sevim Dagdelen: *EU-Anschluss*, junge Welt 27.6.2014.
 - 20 Iwona Wiśniewska: *Signing an agreement on a free-trade zone within the CIS*, 26.10.2011, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2011-10-26/signing-agreement-a-free-trade-zone-within-cis
 - 21 Dumitru Minzarari: *Lukashenka's Moldova Visit Raises Hopes for Temporary Solution to Russia's Agricultural Ban*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 176, 6.10.2014.
 - 22 Steven D. Roper: *Regionalism in Moldova: The Case of Transnistria and Gagauzia*, in: Regional & Federal Studies, Jg. 11 (2001), Nr. 3, S. 101-122 (hier: S. 117).
 - 23 Budschak bezeichnet die südliche Provinz Südbessarabiens, in welchem vor allem Gagausen und bessarabische Bulgaren leben. Der derzeitige ukrainische Präsident Petro Poroschenko stammt aus dem ukrainischen Teil des Budschaks, der Moldau von einem Zugang zum Schwarzen Meer abschneidet.
 - 24 Jeff Chinn/Steven D. Roper: *Territorial autonomy in Gagauzia*, in: Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity, Jg. 26 (1998), Nr. 1, S. 87-101 (hier: S. 95).
 - 25 David X. Noack: *Transnistrien im Fokus der Großmächte*, IMI-Analyse 2012/021, 11.10.2012.
 - 26 Paul Goble: *Gagauzia's Head Urges Russia, Turkey and Azerbaijan to Be Guarantors of Its Survival*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 61, 2.4.2013.
 - 27 Vladimir Socor: *Tinkering with Gagauz Autonomy Can Destabilize Moldova*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 138, 26.7.2013.
 - 28 Ebenda.
 - 29 Башкан Гагаузии возглавил Партию регионов Молдовы, 18.10.2011, edingagauz.com/content/view/2667/1/
 - 30 Kamil Całus: *Gagauzia: growing separatism in Moldova?*, 10.3.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-03-10/gagauzia-growing-separatism-moldova
 - 31 Bundestag-Drucksache 18/1745.
 - 32 W.S./O.M.: *Moldova and the EU: Mixed feelings*, 9.7.2014, www.economist.com/blogs/easternapproaches/2014/07/moldova-and-eu
 - 33 Ebenda.
 - 34 *Konfliktherde: Jetzt gärt es in Moldawien*, 3.7.2014, de.ria.ru/zeitungen/20140703/268910459.html
 - 35 S./M.: *Moldova and the EU: Mixed feelings*.
 - 36 *A Bulgarian Problem develops in Moldova*, in: Jamestown Monitor, Jg. 5, Nr. 17, 26.1.1999.
 - 37 *Bulgarian County created*, in: Jamestown Monitor, Jg. 5, Nr. 198, 26.1.1999.
 - 38 Paul Goble: *Moscow Puts Moldova's Bulgarian Minority into Play Against Chisinau*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 71, 16.4.2013.
 - 39 Całus: *Gagauzia: growing separatism in Moldova?*
 - 40 Andrey Devyatkov/Marcin Kosienkowski: *Testing Pluralism: Transnistria in the Light of 2011 Presidential Elections*, in: Marcin Kosienkowski (Hg.): *Spotkania polsko-moldawskie*, Lublin 2013, S. 303-328.
 - 41 Ebenda, S. 314.
 - 42 *Transnistria presents conditions for renewing negotiations with Chisinau*, 2.3.2011, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2011-03-02/transnistria-presents-conditions-renewing-negotiations-chisinau
 - 43 Kamil Całus: *Transnistria formalises a pro-Russian turn in foreign policy*, 28.11.2012, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2012-11-28/transnistria-formalises-a-pro-russian-turn-foreign-policy
 - 44 Kosienkowski: *Is Internationally Recognised Independence the Goal of Quasi-States? The Case of Transnistria*, S. 60.
 - 45 Wojciech Konończuk/Witold Rodkiewicz: *Could Transnistria block Moldova's integration with the EU?*, 23.10.2012, www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2012-10-23/could-transnistria-block-moldovas-integration-eu
 - 46 Der KGB (Комитет государственной безопасности, Komitee für Staatssicherheit) ist der Inlands- und Auslandsgeheimdienst Transnistriens.
 - 47 Dumitru Minzarari: *Russian Military Developments in Transnistria Worry Moldovan Officials*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 9, Nr. 195, 25.10.2012.
 - 48 Irina Wolkowa: *Trumpfkarte Transnistrien?*, Neues Deutschland 20.4.2012.
 - 49 Agata Wierzbowska-Miazga: *Russia is strengthening its presence in Transnistria*, 13.2.2013, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2013-02-13/russia-strengthening-its-presence-transnistria
 - 50 Военный Аэродром в Тирасполе готов к Приему Транспортных Самолетов, 9.11.2013, tiras.ru/voennoe/38796-voennyu-aerodrom-v-tiraspole-gotov-k-priemu-transportnyh-samoleto.html
 - 51 Kamil Całus: *Chisinau is taking a tougher stance on Transnistria*, 5.11.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-11-05/chisinau-taking-a-tougher-stance-transnistria
 - 52 Karl-Peter Schwarz: *Der nächste Konflikt?*, 4.3.2014, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldau-der-naechste-konflikt-12829969.html
 - 53 *Moldau versetzt Truppen in Alarmbereitschaft*, 6.5.2014, www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-moldau
 - 54 Bundestag-Drucksache 18/1745.
 - 55 *Ukraine hebt Graben entlang Grenze zu Transnistrien aus*, 26.7.2014, de.ria.ru/politics/20140726/269119215.html
 - 56 *Transnistrien dementiert: Keine Kriegsvorbereitungen gegen Ukraine*, 7.10.2014, de.ria.ru/politics/20141002/269692875.html
 - 57 David X. Noack: *Tür geschlossen*, junge Welt 15.7.2014.
 - 58 Friedrich Schmidt: *Russlands nächster Beitrittskandidat*, 18.3.2014, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/transnistrien-russlands-naechster-beitrittskandidat-12851911.html
 - 59 Bundestag-Drucksache 18/1745.
 - 60 Sevim Dagdelen: *EU-Anschluss*, junge Welt 27.6.2014.
 - 61 *Chisinau will Abzug russischer Friedensmacht aus Transnistrien durchsetzen*, 4.8.2014, de.ria.ru/security_and_military/20140804/269195738.html
 - 62 Kamil Całus: *Russia's embargo on Moldovan goods is extended*, 23.7.2014, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-07-23/russias-embargo-moldovan-goods-extended
 - 63 Игорь ДОДОН: Молдавия должна аннулировать соглашение об ассоциации с ЕС и начать процедуру вступления в Таможенный союз, 02.11.2014, itar-tass.com/opinions/interviews/2299
 - 64 Игорь Додон и Зинаида Гречаный встретились с Владимиром Путиным, 6.11.2014, moldovainform.md/ru/news/20141106/23226.html
 - 65 Paul Goble: *Putin Puts Gagauz in Play Against Moldova and the West*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 201, 11.11.2014.
 - 66 Dumitru Spătaru: *Rusia și România schimbă mizele în Republica Moldova*, 5.7.2014, tribuna.md/2014/07/05/comentariu-rusia-si-romania-schimba-mizele-in-republica-moldova/
 - 67 Bundestag-Drucksache 18/1745.
 - 68 Paul Goble: *Chisinau Says Pro-Moscow Provocations Ahead*, in: Eurasia Daily Monitor, Jg. 11, Nr. 162, 16.9.2014.
 - 69 *Assoziierung und Spaltung*, 11.7.2014, www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58911
 - 70 Der belarussische Konzern *Belaruskali* ist einer der größten Kaliproduzenten der Welt; Kali ist eines der wichtigsten Düngemittel.
 - 71 Ulrich Speck: *Moldaus langer Weg nach Westen*, Internationale Politik, Juli/August 2014.
 - 72 *Assoziierung und Spaltung*.

Deutschland: Wi(e)der die Großmacht!

Zusammenfassung des IMI-Kongress 2014

Über das gesamte Wochenende besuchten etwa 200 Menschen den diesjährigen Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., der am 15./16. November 2014 zum inzwischen 17. Mal in Tübingen stattfand. Der Kongress stand unter dem Motto „Deutschland: Wi(e)der die Großmacht!“ – ganz im Zeichen der seit einiger Zeit immer offensiver formulierten deutschen Weltmachtansprüche. Dabei wurde auch diskutiert, auf welchen Ebenen diese Großmachtspolitik zu beobachten ist und wie und wo dagegen Widerstand organisiert werden kann.

Elitenkonsens

Der Kongress begann wie üblich am Freitagabend mit einer satirischen Auftaktveranstaltung zum Thema „Gauck im Glück: Ein Abend zur Lage der Nation“. Dabei führten die IMI-Beräte Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan unter viel Gelächter mit Zitaten des Bundespräsidenten locker in den Kongress ein, bevor es am darauffolgenden Tag ernster wurde. Den Samstag eröffnete IMI-Vorstand Jürgen Wagner und widmete sich dabei „Deutschlands neuen Großmachtambitionen“. Er führte dabei aus, dass der seit Anfang des Jahres von deutschen Spitzenpolitikern und insbesondere von Bundespräsident Joachim Gauck formulierte Anspruch auf eine offensivere (militärische) Weltmachtrolle Deutschlands von langer Hand vorbereitet worden sei. Insbesondere sei dies in dem vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes finanzierten Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ geschehen, in dem zwischen November 2012 und September 2013 ein gleichnamiger Bericht von 50 Mitgliedern des außen- und sicherheitspolitischen Establishments erarbeitet wurde: „Alle wesentlichen Gedanken der Gauck-Rede bis hin zu teils wortgleichen Formulierungen sind dem Bericht ‚Neue Macht – Neue Verantwortung‘ entnommen. Gauck wurde also lediglich zum Sprecher eines Elitenkonsenses auserkoren, der darauf basiert, dass eine aggressivere Militärpolitik die notwendige Bedingung für den angestrebten Aufstieg Deutschlands zu einer veritablen Großmacht darstellt“, so Wagners Kritik.

Im zweiten Panel wurden Schlaglichter auf unterschiedliche Aspekte der Sicherheitspolitik der Großen Koalition geworfen. Zum Auftakt rekapitulierte Tobias Pflüger die Genese der parlamentarischen Kontrolle militärischer Auslandseinsätze und konstatierte einen sukzessiven Abbau derselben. Anfänglich noch unter dem Aspekt der Geheimhaltung betrieben – wie z.B. bei den Einsätzen des Kommandos Spezialkräfte – habe später und unter der neuen Regierung eine aktive Aushebelung parlamentarischer Rechte zur Information und Beteiligung stattgefunden. Mit dem Verweis auf „Bündnisverpflichtungen“ oder auch auf niederschwellige Einsätze werde das Parlament bewusst und gezielt umgangen. Auch bei der Entscheidung über Waffenexporte sei das Parlament außen vor, was angesichts der zunehmend politischen Bedeutung der einzelnen Entscheidungen überaus bedenklich sei (siehe die Lieferung von Waffen an „nicht-staatliche“ Akteure wie die Peschmerga).

Thomas Mickan skizzierte in seinem Beitrag den Versuch des Verteidigungsministeriums, das Militär als Arbeitgeber attrak-

tiver zu gestalten und stellte das Maßnahmenpaket der Regierung hierzu vor sowie den dazugehörigen Lobbyentwurf des Bundeswehrverbandes. Er wies darauf hin, dass die Regierung die Bundeswehr als weltweit agierenden „Konzern“ verstehe und die Werbemaßnahmen dementspre-

chend an die Marketingstrategien großer Unternehmen anlehne. Seiner Einschätzung nach ist die Attraktivitätsoffensive auch als Binnenkommunikation innerhalb der Bundeswehr zu verstehen, um verlorenes Vertrauen in die Bundeswehrführung aufgrund der Bundeswehrreform wieder herzustellen und Fachkräfte zu binden.

Reiner Rehak vom Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung analysierte die Tätigkeit der Geheimdienste im Bereich der elektronischen/digitalen Bespitzelung und kam zum Schluss, dass der BND ähnliche Strategien verfolge wie der US-amerikanische Geheimdienst NSA und eng mit diesem zusammenarbeite. Er rekapitulierte auch, dass es die modernen Medien und auch das Kommunikationsverhalten der Nutzer den Diensten leicht machen würden, Informationen abzugreifen und in die Privatsphäre einzudringen. Er konstatierte umgekehrt eine neue Sensibilität gegenüber dem Thema, die auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene um sich greife.

Die Hardware der Großmacht

Am späten Nachmittag ging es dann um die Standorte und die Rüstungsprojekte der Armee im Einsatz sowie um den bisherigen und zukünftigen Einsatz von Drohnen durch die Bundeswehr. Christoph Marischka stellte das Stationierungskonzept der Bundeswehr von 2011 vor. Darin werde festgehalten, dass die Möglichkeit, sich an Kriegen hoher Intensität sowie mehreren Interventionen gleichzeitig zu beteiligen, von der Regierung als Voraussetzung gesehen wird, überhaupt Außenpolitik zu betreiben. Die Einsatzorientierung und die damit einhergehende Berufarmee führe auch zu einer räumlichen Reorganisation der Streitkräfte in Deutschland. Standortschließungen ergäben sich aus Einsparungen im Umgang mit Wehrpflichtigen, der Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben und einzelnen militärischen Aufgaben und umfassender Privatisierung insbesondere bei Logistik und Instandhaltung. Demgegenüber würden jedoch auch Standorte beträchtlich aufgewertet, in Baden-Württemberg insbesondere jene der neuen Division Schnelle Kräfte und der Deutsch-Französischen Brigade. Darüber hinaus wurden als wichtige bundesweite Strukturen u.a. die Funktionen des Flughafens Halle/Leipzig, des Gefechtsübungsentrums bei Magdeburg, der Luftlagezentren in Kalkar und Uedem sowie der US-Standorte in Ramstein und Stuttgart kurz vorgestellt.

Arno Neuber beschrieb daraufhin die wichtigsten und größten gegenwärtigen Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Eine klare Einsatzausrichtung zeige sich bei den neuen Tranporthubschraubern NH90, dem Kampfhubschrauber Tiger und dem Schützenpanzer Puma. Dieser solle auch im zukünftigen Militärtransporter A400M verlegbar sein, der weltweit auch unter widrigen Umständen starten, fliegen und landen sowie Spezialkräfte aus der Luft absetzen könne. Zugleich machte Neuber mit Zahlen eindrücklich, dass sich die veranschlagten Kosten und die Lieferzeiten vonseiten der Industrie stets und damit absehbar erhöhen. Projekte wie der Eurofighter würden der gegenwärtigen Einsatzausrichtung gar nicht mehr entsprechen und von Luftfahrt- und Rüstungsindustrie eher als Subventionsprogramm ver-

standen. Verteidigungsministerin von der Leyen inszeniere sich zwar gegenwärtig als mutige Kämpferin gegen diese Missstände, die Abhängigkeit der Armee von der Rüstung sei jedoch nicht zu überwinden. Vor diesem Hintergrund sei auch die Aufhebung der letzten Tabus in Sachen Waffenexporte zu verstehen, die gegenwärtig vorangetrieben werde.

Zur gegenwärtigen und zukünftigen Nutzung von Drohnen durch die Bundeswehr sprach Matthias Monroy und problematisierte dabei v.a. auch die Nutzung unbewaffneter Aufklärungsdrohnen mittlerer Größe. Nachdem diese längst – und zuletzt in rasantem Tempo in immer neuen und größeren Weltregionen – militärisch eingesetzt würden, interessierten sich zunehmend auch Polizei- und Grenzschutzbehörden für ihre Verwendung, was stärker in den Blick genommen werden müsse. Zukünftig werde sich die Bundeswehr auch bewaffnete Drohnen anschaffen – ungeachtet der breit angekündigten „gesellschaftlichen Debatte“. Als Zwischenlösung werde gegenwärtig das Nachfolgemodell der Heron 1 diskutiert, die (unbewaffnet) bereits für die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz sei, dabei aber von der Herstellerfirma geleast und durch private Angestellte gestartet und gelandet werde. Mittelfristig strebten Deutschland und die EU jedoch die Entwicklung einer eigenen Drohne dieser Klasse mit Beteiligung der deutschen Industrie an, wofür sich im Bundestag v.a. die SPD stark mache. Monroy verwies auch darauf, dass der Euro Hawk keineswegs vom Tisch sei. Die darin verbaute Technologie zur Signalerfassung solle zukünftig womöglich ebenfalls in einer selbstentwickelten Drohne zur Anwendung kommen, das aus den USA stammende Trägersystem Global Hawk werde für die NATO angeschafft und zu wesentlichen Teilen aus dem Bundeshaushalt finanziert; zukünftig sei überdies geplant, diese Aufklärungsdrohnen auch in Schleswig-Holstein zu stationieren.

Medien im Krieg

Am Samstagabend analysierte IMI-Vorstand Claudia Haydt mediale Ideologieproduktion. Sie ging dabei auf mediale Sprach- und Argumentationsmuster ein, die einerseits militärisches Eingreifen als einzig mögliche Option rahmen und andererseits Kriegsgegner_innen und alternative Lesarten diskreditieren würden. Haydt stellte die Ergebnisse von Uwe Krügers Buch „Meinungsmacht“ vor, in dem er journalistische Elitennetze und ihre Verbindungen zur sogenannten Strategischen Gemeinschaft untersucht. Dabei ließen sich die Sprach- und Argumentationsmuster auch in Krügers Netzwerkanalyse von meinungsführenden Journalist_innen wiederfinden, die ihrerseits die medialen Kriegstrommeln rühren würden, gleichzeitig aber auch Mitglieder in verschiedensten militärischen Lobbyorganisationen seien. Haydt schloss sich abschließend Krügers Forderungen für eine andere journalistische Ethik an, die eine allzu enge Verbindung von Berichterstattungsfeld und den beteiligten Personen untersagt.

Von Afghanistan nach Afrika

Den Sonntagmorgen eröffnete Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag. Er beschäftigte sich damit, welche Lehren in Deutschland seitens Regierung und Militär aus dem Afghanistan-Krieg gezogen wurden. Bei Betrachtung der einzelnen Beiträge hierzu zeige sich zunächst einmal, dass die Hinterlassenschaft des Krieges, seine unzähligen Opfer und die dramatischen Verheerungen, die er angerichtet habe, in der Debatte keinerlei Rolle spielten. Dies habe wiederum zur Folge, dass lediglich darüber diskutiert werde, wie ein solcher Krieg künftig „besser“ geführt werden könne, so Henken weiter. Es werde

debattiert, wie die Techniken der Aufstandsbekämpfung „verbessert“ werden könnten, insbesondere was den Häuserkampf anbelange. Vor diesem Hintergrund sei eine feste Entschlossenheit zu erkennen, nicht etwa von der kriegerischen Politik Abstand zu nehmen, sondern im Gegenteil vor allem auch über weitere Aufrüstungsmaßnahmen und auf ihre Effektivierung hinzuarbeiten.

Im Anschluss sprach IMI-Beirätin Christin Bernhold über die „neue“ Afrika-Politik der BRD. Aufgrund bedeutender Rohstoffvorkommen und sich bietender Investitionsmöglichkeiten werde Afrika bereits seit einiger Zeit seitens Industrie und Politik nicht mehr ausschließlich als Krisen-, sondern auch als „Chancenkontinent“ begriffen. Genau aus diesem Grund werde aber verstärkt die militärische Flankierung gefordert, um etwaige Profitmöglichkeiten und Rohstoffvorkommen abzusichern. Im Wesentlichen seien diese Forderungen in dem im ersten Halbjahr 2014 veröffentlichten Afrika-Konzept des Entwicklungsministeriums sowie in den Leitlinien zur Afrika-Politik der schwarz-roten Regierung übernommen worden. Dabei setze die Bundesregierung aber eher auf „Outsourcing“ von Gewaltanwendung als auf großangelegte Militäreinsätze. Wenn möglich werde der Aufbau lokaler prowestlicher Kräfte bevorzugt, so Bernhold. Gleichzeitig gehe es auch insgesamt darum, über militärische Präsenz in Form von Ausbildungsmissionen die deutsche Position in Afrika zu stärken.

Ukraine als Testfall

Danach beschäftigte sich Jürgen Wagner mit der „Ukraine als Testfall für Deutschlands neue Großmachtambitionen“. „Die Ukraine- bzw. Russland-Politik der Bundesregierung ist so etwas wie der Fleisch gewordene Gauckismus“, so Wagner. Der Konflikt habe sich an der Ablehnung des damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch entzündet, ein Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen: „Die Erweiterung des EU-Einflussgebietes ist aus Sicht der Elite erforderlich, um auf der Weltbühne in der ersten Reihe mitspielen zu können. Vor dem Hintergrund wachsender westlich-russischer Konflikte stellt der Abschluss eines Assoziationsabkommens faktisch den Beitritt zu einem der beiden zunehmend verfeindeten Blöcke dar. Denn mit ihm wird ein Nachbarland fest in den EU-Binnenmarkt und in die EU-Militärstrukturen und damit auch in das EU-Einflussgebiet integriert.“ Die Ukraine sei dabei eines der bedeutendsten Länder, weshalb EU und USA nach der Weigerung, das Abkommen zu unterzeichnen, massiv die Proteste unterstützt hätten, die schließlich zum gewaltsamen Sturz des gewählten Präsidenten führten. Auch wenn Russland hierauf durchaus ebenfalls mit harten machtpolitischen Bandagen reagiert habe, sei die Ursache des Konfliktes deshalb in der westlichen Expansionspolitik zu suchen, so Wagner.

Mobilisierung

Das enorme Eskalationspotential der Ukraine-Krise führte in der anschließenden Diskussion mehrfach zu der Frage, wie nun von Seiten der Friedensbewegung hierauf zu reagieren sei. Daran schloss das Abschlusspodium an, auf dem Aktivisten von den Vorbereitungen zu den Protesten gegen den Celler Dialog, die Königsbronner Gespräche und die Nato-Sicherheitskonferenz berichteten. Diese stehen stellvertretend für „Standorte der Ideologieproduktion“, an denen sich der Elitenkonsens formiere und nach außen getragen werde, wo sich aber auch Widerstand durch breite Bündnisse formiert und zeigt. In diesem Kontext wurde auch auf den G7-Gipfel im Juni 2015 in Bayern verwiesen, zu dem breite Proteste – auch gegen Deutschlands neue Großmachtambitionen – zu erwarten seien.



Aus dem Aufruf zu den Protesten der Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) am

7. Februar 2015: KEIN FRIEDEN MIT DER NATO

Stoppt den Konfrontationskurs und die neue NATO-Aufrüstung

Auf der sogenannten Sicherheitskonferenz (SIKO) geht es – entgegen der Selbstdarstellung der Veranstalter – weder um Sicherheit noch um Frieden auf dem Globus. Die SIKO ist eine Versammlung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Machteliten vor allem aus den NATO- und EU-Staaten, die sich über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft und über gemeinsame Militärinterventionen verständigen.

Wir erklären den selbsternannten „Weltherrschern“, die zur SIKO nach München kommen und den Regierungschefs beim G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau: Ihr seid hier und überall auf der Welt unerwünscht.

Kommt zur Demonstration in München am Samstag, 7. Februar 2015 um 13 Uhr, Marienplatz

Für alle weiteren Informationen und den gesamten Aufruf:

<http://sicherheitskonferenz.de/>

Aktiv werden gegen NATO-Kriegspolitik

 **Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung
der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154*